

Digitales Brandenburg

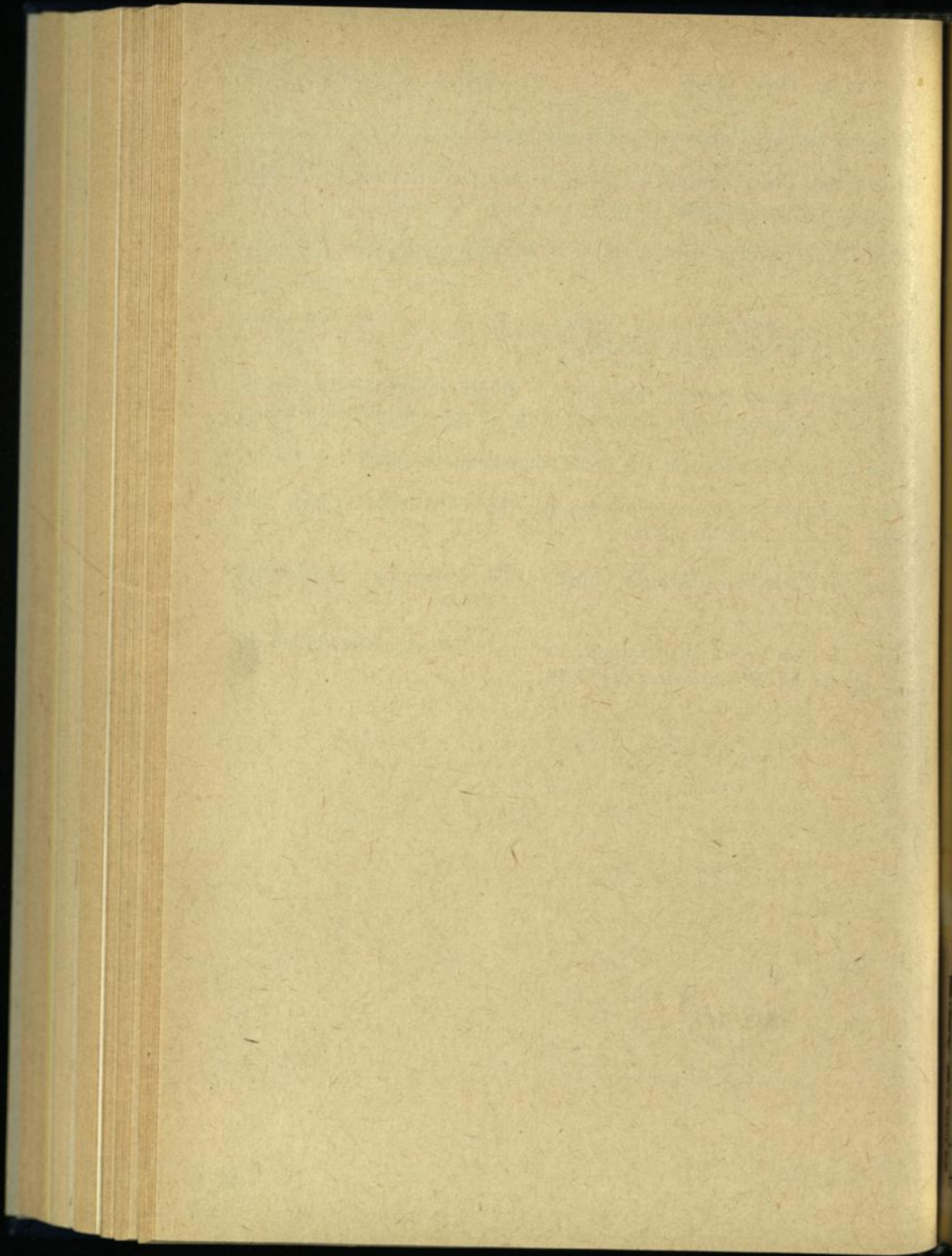
hosted by Universitätsbibliothek Potsdam

Märkische Heimat

Potsdam, 1982

Heft 5

urn:nbn:de:kobv:517-vlib-4878



8
51
PH. P.

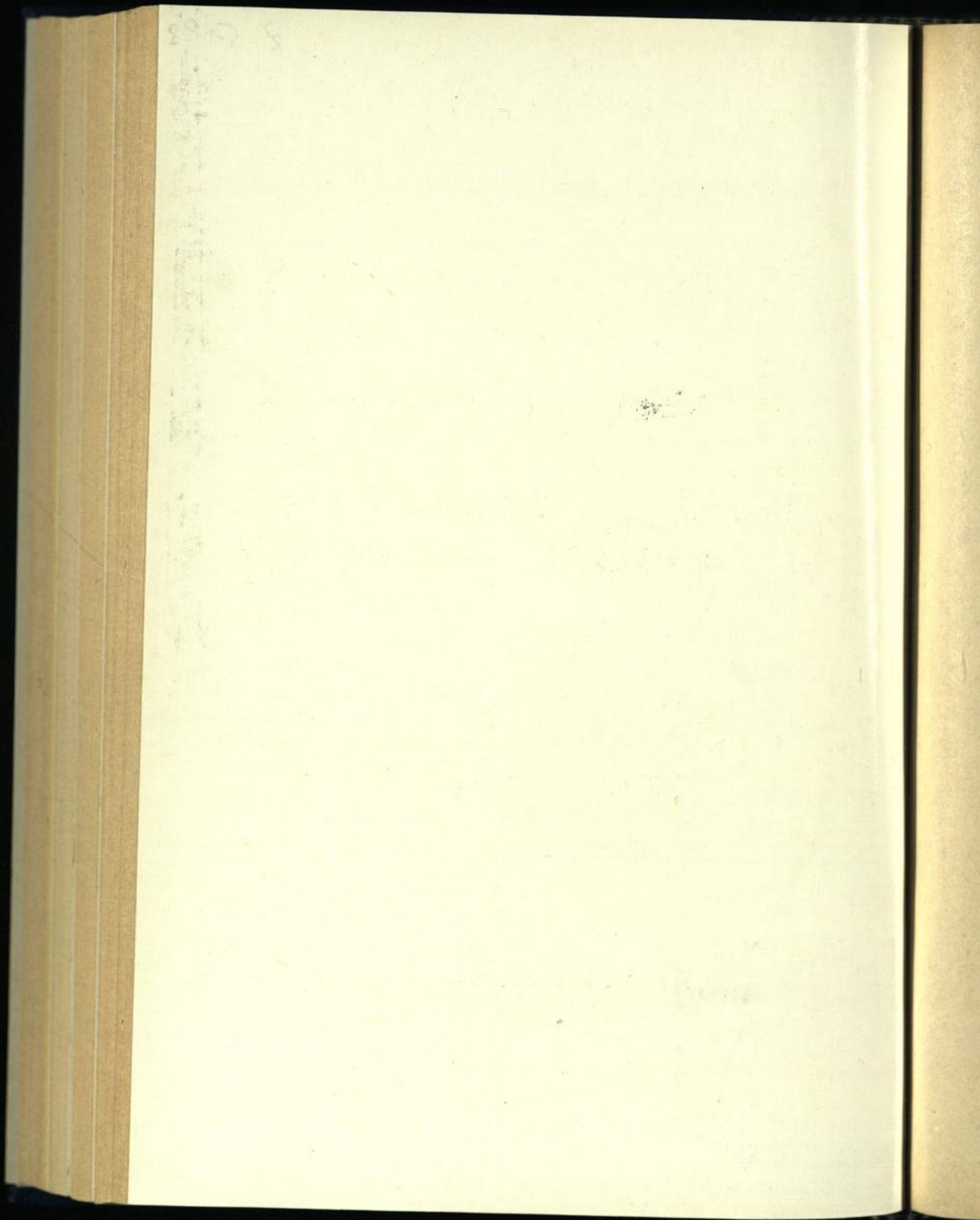
Beiträge zur Heimatgeschichte
des Bezirkes Potsdam 1986



Z
5183
PH Potsdam



Märkische
Heimat



z 5183

Märkische Heimat

Beiträge zur Heimatgeschichte
des Bezirkes Potsdam

Heft 5

Potsdam 1986

„Märkische Heimat“
Beiträge zur Heimatgeschichte des Bezirkes Potsdam, Heft 5,
Potsdam 1986

87/49/1

Hochschulbibliothek
Bibliothek Geschichte



Herausgeber:
Kulturbund der DDR, Gesellschaft für Heimatgeschichte, Bezirksvorstand
Potsdam,
mit Unterstützung des Rates des Bezirkes Potsdam, Abt. Kultur und des
Staatsarchivs Potsdam

Redaktion:
Joachim Schulz (Leiter), Rolf-Dieter Bierhals, Lieselott Enders,
Dorothee Geßner, Helmut Langner, Brigitta Schönknecht

Bilder und Dokumente:
Titelfoto: Schloß Rheinsberg; Manfred Haseloff; Bildarchiv des Bezirksparteiarchivs, Steiner (privat), Weidner (privat), Staatsarchiv Potsdam, Bildarchiv der „Märkischen Volksstimme“, Museum für Ur- und Frühgeschichte Potsdam/D. Sommer, Koppatz (privat).

Redaktionsschluß für Heft 5 am 6. Mai 1986.
Manuskriptsendungen an Redaktion „Märkische Heimat“, Mangerstr. 34-36,
Potsdam, 1500.

© Märkische Heimat 1986
P 93/86,

Gestaltung: Klaus Pommerening
Druck: Druckerei „Franz Maecker“, Neuruppin,
Zweigwerk der Druckerei Märkische Volksstimme Potsdam

F 25/86
00500

Inhalt

Genosse Willy Sägebrect an der Spitze der Bezirks- parteiorganisation der Kommunistischen Partei Deutschlands der Provinz Brandenburg im Kampf um die Einheit der Arbeiterklasse (1945-1946) von Werner Bystry	4
Zum preußischen Münzwesen unter König Friedrich II. Zum 200. Todestag des Preußenkönigs von Jürgen Koppatz	36
<i>Aus dem Fachbereich Heimatgeschichte/Ortschronik</i> Carl Wilhelm Fröhlich, die Eisenhütte und der Dorfschulmeister Picard in Gottow, Kreis Luckenwalde von Gerhard Steiner	57
<i>Aus dem Fachbereich Ur- und Frühgeschichte</i> Die Stadtwüstung Freyenstein, Kreis Wittstock von Christa und Friedrich Plate	72
<i>Aus dem Fachbereich Kulturgeschichte/Volkskunde</i> Der Backofen, das kleinste Bauwerk im Dorf von Kurt Weiden	80
Gründung der Bezirksarbeitsgruppe „Brandenburgische Sprachgeschichte“ von Rolf Bock und Helmut Langner	89
<i>Bibliographie</i> bearbeitet von Dorothee Geßner	91

Genosse Willy Sägebrecht an der Spitze der Bezirksparteiorganisation der Kom- munistischen Partei Deutschlands der Provinz Brandenburg im Kampf um die Einheit der Arbeiterklasse (1945-1946)

Von Werner Bystry

Im Leben und Wirken des revolutionären Arbeiters und Kommunisten Willy Sägebrecht nimmt seine Rolle im Kampf um die Einheit der Arbeiterklasse in der Provinz Brandenburg einen besonderen Platz ein. Als politischer Sekretär der Bezirksleitung der KPD war er mit großem persönlichen Einsatz bemüht, die Spaltung in der deutschen Arbeiterbewegung zu überwinden. Er betrachtete sie als „... entscheidende Voraussetzung“ – wie er in seinen Erinnerungen dalegte – „um den deutschen Imperialismus, den Schuldigen am Faschismus und Krieg, für immer zu beseitigen und ein neues, demokratisches Deutschland zu schaffen.“¹

Mit der Vereinigung von KPD und SPD zur SPD im Jahre 1946 wurde die grundlegende Lehre aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung gezogen. „Die Arbeiterklasse kann“ – so heißt es in den Thesen des ZK der SED zum Karl-Marx-Jahr 1983 – „ihre historische Mission nur erfüllen, wenn sie den Opportunismus überwindet und von einer zielklaren, geschlossenen und kampfgeklärten marxistisch-leninistischen Partei geführt wird, die eng mit den Massen verbunden ist.“²

Die vorliegende Arbeit möchte dazu beitragen, den Anteil Willy Sägebrechts bei der Lösung dieser historischen Aufgabe der deutschen Arbeiterbewegung sichtbar zu machen und damit zugleich einen konkreten Beitrag für die Erforschung und Propagierung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung im Bezirk Potsdam leisten.

Aktivist der ersten Stunde

Was in unzähligen Gesprächen, auch vom Kommunisten Willy Sägebrecht, zu Beginn des feigen, räuberischen Überfalls der deutschen Faschisten auf die Sowjetunion vorausgesagt wurde, daß die Kriegsmaschinerie Hitlerdeutsch-

lands unter den Schlägen der Roten Armee zusammenbrechen werde, war in den Maitagen 1945 unumstößliche historische Wahrheit geworden.

Die grausame Nacht des Faschismus war zu Ende. Große Teile Deutschlands waren verwüstet, darunter das einst blühende Land Brandenburg. Hunderttausende Wohnungen, Brücken, Straßen und Verkehrseinrichtungen lagen in Schutt und Trümmern. Menschen irrten durch das Land, hockten in ihren Kellern oder hausten in Ställen und Erdhöhlen. Für sie schien alles verloren.

Den Aktivisten der ersten Stunde – allen voran die führenden Mitglieder der KPD – verdanken sie es, daß letztendlich das materielle und geistig-kulturelle Chaos in Deutschland, die Hinterlassenschaft des Hitlerfaschismus, überwunden werden konnte. Jene Kräfte erkannten:

Mit dem Sieg der Sowjetunion und der mit ihr in der Antihitlerkoalition verbündeten Völker über den faschistischen Aggressor erhielt das deutsche Volk die historische Chance, eine grundlegende Wende in seiner Geschichte zu vollziehen.³

Entscheidend war, daß die Sowjetarmee, entsprechend den Zielen der Antihitlerkoalition, die wichtigsten Machtorgane des faschistischen Staates wie die Armee, Polizei und andere politische Machtorgane der Faschisten zerschlagen hatte. Dadurch entstanden günstige Bedingungen zur Überwindung des Imperialismus und Militarismus auf deutschem Boden, für die Ausrottung der preußischen Junker und Großgrundbesitzer.⁴

Die KPD selbst besaß in den historischen Beschlüssen des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale (1935) sowie der Brüsseler (1935) und Berner (1939) Parteikonferenzen des ZK der KPD das notwendige theoretische Rüstzeug, um breite Kreise des deutschen Volkes zusammenzuführen, die ehrlich bemüht waren, daß niemals mehr von deutschem Boden ein Krieg ausgeht und sich der jungen Generation eine Perspektive frei von Ausbeutung und Unterdrückung eröffnete.

Die damit verbundenen Aufgaben konnten jedoch nur unter Führung der Arbeiterklasse gelöst werden. Es war erforderlich, die Spaltung in der deutschen Arbeiterbewegung zu überwinden und eine einheitliche marxistisch-leninistische Arbeiterpartei zu schaffen. Die Realisierung dieser Aufgabe war angesichts der Lage, daß große Teile führender Mitglieder der KPD in faschistischen Zuchthäusern, Gefängnissen und Konzentrationslagern eingekerkert waren, andere jahrelang in der Illegalität bzw. im Exil gelebt hatten und viele bedeutende Funktionäre hingerichtet worden waren, sehr kompliziert.

Die Überlebenden aus ihren Reihen standen vor schier unlösbaren Problemen. Sie gaben aber nicht auf, sondern packten fest zu. Sie begannen, das neue Leben mit allen Antifaschisten zu organisieren.

Einer von ihnen war Willy Sägebrecht. Erprobt und erfahren in vielen Schlachten seiner Klasse, kämpfte er seit 1921 in den Reihen der Arbeiterjugend und seit 1925 in denen der Kommunistischen Partei Deutschlands und wurde ihr Funktionär.

Von seinen Freunden und Genossen geachtet und aktiv teilnehmend am illegalen antifaschistischen Widerstand war er den Hitlerschergen ein Dorn im Auge. Sie sperrten ihn in das Zuchthaus Luckau ein und schleppten ihn durch die Konzentrationslager.

Nach erfolgreicher Flucht aus den Kolonnen des Todesmarsches des KZ Sachsenhausen in der Nacht vom 1. zum 2. Mai 1945, im Walde von Below bei Lübs (im heutigen Bezirk Schwerin), wurde die kleine Gruppe, etwa 15 Genossen, deren Leitung Genosse Sägebrecht übernommen hatte, von der Roten Armee befreit. Sie meldeten sich beim Kommandeur der Einheit. Willy Sägebrecht erinnerte sich:

„Wir stießen auf einige Offiziere und meldeten, daß wir aus dem Konzentrationslager kämen und nach Hause wollten. Die Offiziere glaubten uns nicht sofort. Ein junger Leutnant, der ziemlich gut deutsch sprach, übersetzte: 'Der Offizier sagt, ihr könnt ja auch deutsche Faschisten oder vielleicht sogar SS-Offiziere sein. Heute wollen alle Deutsche Kommunisten sein – alle, die uns entgegenkommen. Keiner will Faschist gewesen sein.'

Doch bald konnten wir uns mit den sowjetischen Offizieren zusammensetzen. Ich erzählte ihnen, daß ich 1929 in Moskau gewesen war und beschrieb ihnen das ehemalige Moskau. Wir sangen Kampf- und Arbeiterlieder vor. Dann stimmten wir gemeinsam mit den sowjetischen Offizieren und Soldaten die Internationale an. Die Offiziere luden uns zum Bleiben ein und bewirteten uns.“⁵

Noch waren die Kampfhandlungen nicht beendet, die sowjetischen Genossen mußten weiter. Die Gruppe mit Willy Sägebrecht ruhte sich aus und machte sich am nächsten Morgen quer durch Mecklenburg in Richtung Provinz Brandenburg-Berlin auf den Weg.

Die Genossen erinnerten sich an die Diskussion im Konzentrationslager über die Brüsseler und Berner Konferenzen der KPD und dachten an das neue Deutschland, das sie mit aufbauen wollten. So war es für sie selbstverständlich, daß sie sich in Dörfern und Städten, die sie durchquerten, bei den sowjetischen Kommandanturen meldeten und nach Genossen der KPD und SPD fragten, zu denen sie Verbindung aufnahmen. Sie sprachen mit ihnen über den Aufbau der KPD und halfen ihnen mit Vorschlägen für die Besetzung der Funktionen des Bürgermeisters.

Ihr Weg führte sie in die Provinz Brandenburg. Sie kamen nach Fürstenberg, Gransee, Löwenberg und Oranienburg. In Oranienburg blieben sie einige

Tage, da sie physisch erschöpft waren. Dann machte sich Willy Sägebrecht mit Artur Franke auf den Weg nach Berlin.⁶

Zu Hause war die Freude groß, als Willy Sägebrecht nach jahrelanger Trennung Frau und Tochter Ursel wiedersah.

Viel war von dem Durchlebten zu erzählen.

Trotz schlechter körperlicher Verfassung gönnte er sich keine Ruhe. Gleich in den ersten Tagen stellte er Kontakt zu den Genossen der KPD im Wohngebiet Moabit her. Dort reihte er sich sofort in die Arbeit ein und half, ein System von Haus- und Straßenvertrauensleuten zu schaffen. Er organisierte ihre Schulungen und führte erste öffentliche Versammlungen durch.

Bereits Mitte Mai war die Verbindung zum Genossen Walter Ulbricht, dem Leiter der Beauftragengruppe des ZK der KPD, die am 30. April 1945 aus der Sowjetunion kommend bei Berlin landete, hergestellt.

Genosse Sägebrecht ließ dem Genossen Ulbricht ausrichten, daß er der Partei zum weiteren Einsatz zur Verfügung stehe. Wenige Tage später wurde er in die Gruppe Ulbricht eingereiht. Er erhielt die Aufgabe, im Neuen Stadthaus in Berlin-Friedrichsfelde, dem Sitz der Gruppe, die Genossen, die sich, aus den Konzentrationslagern, Zuchthäusern und Gefängnissen kommend, dort meldeten, zu sammeln und ihren künftigen Einsatz festzulegen. Zugleich sollte er mit einigen Genossen eine provisorische Bezirksleitung der KPD für die Provinz Brandenburg aufbauen.⁷

Genosse Sägebrecht gehörte zu den Parteikadern, die klar erkannten, daß nunmehr die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten eine große Aufgabe zu lösen hatten. Die Fehler von 1918 durften sich nicht wiederholen.

Die Errichtung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung stand auf der Tagesordnung. Über diesen Weg mußte die Arbeiterklasse auch in Deutschland ihre historische Mission erfüllen.

„Es war daher nicht zufällig, daß Genosse Sägebrecht nach der Befreiung unseres Volkes vom Faschismus vom ZK der KPD mit der Funktion des politischen Sekretärs der Bezirksleitung betraut wurde.“⁸, schrieb Genosse Kurt Seibt.

Ihm zur Seite gestellt wurden erfahrene Genossen wie Bruno Brockhoff und Gerda Sucker, etwas später Genosse Kurt Seibt. Sie leisteten in dieser Zeit eine umfangreiche propagandistische und organisatorische Arbeit.

Dabei lag ihnen am Herzen, insbesondere mit den Arbeitern ins Gespräch zu kommen.

Genosse Sägebrecht sagte zu dieser Frage: „... sobald das Proletariat sich überall aus dem Banne der Verwirrung, in welcher es vielfach durch die jahrelange Verdummungspolitik des Faschismus sich noch befindet, freigemacht hat, so wird es sein historisches Amt des internationalen Kampfes gegen Kapitalismus und Militarismus wieder auf sich nehmen.“⁹

Der Aufbau der Parteiorganisationen

Bereits in den ersten Tagen nach der Niederschlagung des Hitlerfaschismus entstanden vielfach spontan in großen Städten, einigen Betrieben und Gemeinden der Provinz Brandenburg Parteiorganisationen der KPD.¹⁰

Aber erst mit dem am 10. Juni 1945 erlassenen historischen Befehl Nr. 2 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration erhielt die Tätigkeit antifaschistisch-demokratischer Parteien und freier Gewerkschaften ihre entsprechende Grundlage.¹¹

Die KPD trat als erste Partei an die Öffentlichkeit. Bereits am 11. Juni 1945 wandte sich das ZK der KPD mit dem Aufruf an das schaffende Volk in Stadt und Land. Über seine wegweisende Rolle sagte Genosse Sägebrect: „Erst mit dem Aufruf des ZK vom 11. Juni vollzog sich allmählich eine politische Ausrichtung der Partei in Brandenburg und damit ergab sich auch die konkrete Aufgabenstellung für die Kreise und Orte. Jetzt ging es überall an die ideologische Durcharbeitung des ZK-Aktionsprogramms.“¹²

Genosse Sägebrect und die anderen Genossen der Bezirksleitung leisteten den Parteiorganisationen in den Städten und Dörfern persönliche Hilfe. Am 20. Juni 1945 trat Genosse Sägebrect in Luckenwalde, am 12. Juli 1945 in Mühlenbeck (Kreis Niederbarnim) und am 22. Juli 1945 in Bernau und im Kreisgebiet, seiner Wirkungsstätte Ende der zwanziger, Anfang der dreißiger Jahre, sowie in anderen Orten auf.¹³ Dabei galt es, viele Fragen zu beantworten. Geduldig erläuterte er die nächsten Aufgaben und trat konsequent und prinzipienfest für die Aktionseinheit mit den Genossen der SPD ein.

Der Neuaufbau der Parteiorganisationen war mit vielen dringend zu lösenden Aufgaben verbunden: Das betraf die Liquidierung der Reste des Faschismus, den Aufbau der neuen Selbstverwaltungsorgane, den Kampf gegen Abenteuerum, Provokateure, Korruption, Opportunismus und Sektierertum, die geschichtlich notwendige Bodenreform, die Sicherung der Ernte, aber auch den Kampf gegen Not und Elend, die Schulreform und den Aufbau der Gewerkschaften sowie der Frauen- und Jugendausschüsse.¹⁴

In dieser komplizierten Situation kam es darauf an, für die Partei neue Kräfte zu gewinnen und sie mit dem Bewußtsein eines Kommunisten auszurüsten. Mit tiefem Ernst versicherte Genosse Sägebrect immer wieder: „Wir treiben kein demagogisches Spiel, wir meinen es ernst. . .

Die Partei ist das treibende Element, die Partei muß erfüllt sein von der Erkenntnis, daß im deutschen Volk eine große Umschulung vor sich gehen muß. Wir sind uns darüber klar, daß wir eine schwere Arbeit vor uns haben. Der Kommunist muß der erste Arbeiter sein, gleich wo er steht.“¹⁵



Willy Sägebrect, 21. Februar 1904 bis 8. April 1981 1

Er betonte, daß viele Menschen jetzt auf die KPD schauen und ihr sowohl abwartend als auch erwartungsvoll gegenüberstanden.¹⁶

Der neue Parteaufbau mußte der großen Verantwortung, die die KPD vor der Arbeiterklasse und dem Volk besitzt, voll entsprechen.

Dazu war es notwendig, die Partei in allen Bereichen, Städten und Dörfern fest zu verankern. Das bisherige System des Parteaufbaus vor 1933 war dafür nicht in allen Fällen geeignet. Bis 1933 gab es keine selbständige Bezirksparteiorganisation der Mark Brandenburg. Jene war Bestandteil der Parteiorganisation Berlin-Brandenburg, Lausitz-Grenzmark.¹⁷

Genosse Max Herm als politischer Leiter und Willy Sägebrecht als Organisationsleiter hatten zwar Ende 1932 den Auftrag, eine Leitung für die Provinz Brandenburg zu bilden, jedoch war die Zeit, in der sie noch legal Parteiarbeit leisten konnten, zu kurz, um eine stabile Struktur zu schaffen.¹⁸

Die traditionelle Verbindung zu Berliner Unterbezirken, die je nach ihrer geographischen Lage und wirtschaftlichen Struktur mit Teilen der Provinz zu einem Unterbezirk vereinigt waren, lebte besonders in den Randgebieten von Berlin 1945 wieder auf. Die wachsende führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung verlangte aber den Organisationsaufbau der territorialen Verwaltungsstruktur anzupassen.¹⁹

Einige Parteiorganisationen der KPD wie die Bernauer wünschten sich daher schon am 9. Juni 1945 eine selbständige Bezirksleitung für die Provinz Brandenburg, die eine enge Verbindung zu den Kreisen und Ortsgruppen hält.²⁰

Genosse Sägebrecht stellte zu diesen Vorschlägen fest:

„Genossen, die Aufgabe ist gestellt. Der Bezirk Brandenburg ist durch die klare Einsicht des ZK über die Erfahrung der vergangenen Zeit und die Rolle der Partei in der Zukunft zu dem Entschluß gekommen, den Bezirk Brandenburg selbständig zu machen.“²¹

Wie in einem Brief des Genossen Sägebrecht an die Ortsleitung der KPD in Oranienburg zu lesen ist, setzte sich der Parteaufbau nach der neuen Struktur nicht überall sofort durch. Er schrieb: „Wie Euch bekannt ist, gibt es bei dem Neuaufbau der Partei keinen Unterbezirk Oranienburg mehr, sondern der ganze Kreis Niederbarnim, wozu auch Oranienburg gehört, untersteht der Kreisleitung Bernau. Es ist notwendig, daß auch der Kreis in verschiedene Arbeitsgebiete aufgegliedert und daß zu diesem Zweck eine Arbeitsgebietsleitung in Oranienburg geschaffen wird mit allen Ortsgruppen an der Nordbahn sowie der umliegenden Orte in Oranienburg. Die genaue Einteilung müßt Ihr mit der Kreisleitung in Bernau vornehmen.“²²

Andere Probleme traten auf. Politische Leiter einer Ortsgruppe waren gleichzeitig Kreisleiter der KPD. Auch hier half Genosse Sägebrecht, durch den Einsatz von jungen Kadern diese Personalunion zu beseitigen.²³

Auch sektiererische Tendenzen wurden in einigen Ortsgruppen sichtbar. Sie lehnten die Entwicklung zur Massenpartei ab oder kümmerten sich nur um den Parteaufbau und nicht auch um die Entwicklung des neuen Lebens. Wieder andere Organisationen der KPD nahmen alle willigen Sozialdemokraten in ihre Parteiorganisation auf. Damit wurde der Aufbau der Organisationen der SPD verspätet und die ideologische Vorbereitung zur Vereinigung beider Parteien verzögert.²⁴

Diese und andere Erscheinungen konnten durch das Auftreten erfahrener Marxisten-Leninisten wie Willy Sägebrect bald beseitigt werden. Der Aufbau der Parteiorganisationen in allen wichtigen Orten ging rasch vor sich. Der Zustrom neuer Mitglieder der KPD in der Provinz Brandenburg war groß. Das zeigt, stellte Willy Sägebrect fest, „... auch das große Vertrauen der Massen in der Provinz Brandenburg zur KPD, wobei auch gleichzeitig eine große Gefahr vorhanden ist bei nicht sofortiger organisatorischer und kassentechnischer Erfassung sowie politischer Betreuung auch mit kleinsten Aufgaben. Neun Zehntel unserer Partei sind neue Mitglieder...“ und er forderte deshalb „... noch mehr Aufmerksamkeit auf die Entwicklung junger Kräfte zu guten Funktionären“²⁵ zu konzentrieren.

Der Aufbau der Parteiorganisationen in einigen Dörfern vollzog sich zunächst schleppend. Das erklärt sich vor allem daraus, daß die ostelbischen Junker die traditionellen Träger des verderblichen „Dranges nach dem Osten“, die Träger des preußisch-deutschen Militarismus vor allem im ehemaligen Brandenburg und Mecklenburg waren.

Mit Hilfe des Antikommunismus und anderer volksfeindlicher Auffassungen hatten sie jahrhundertlang ihre Aggression gegen die slavischen Nachbarvölker begründet. Große Teile der Landbevölkerung waren davon beeinflusst. Ihr Vertrauen zur neuen Entwicklung wuchs langsam. Die KPD orientierte speziell auf die kleinen Bauern, die Landarmen und Landarbeiter und setzte sich für deren Recht auf eigenes Land ein. In diesem Zusammenhang war die Politik der KPD zur Bodenreform äußerst bedeutsam. „Das muß uns jetzt die Bauernmassen näher bringen, damit sich die KPD in den Orten verankert, wo wir keine Ortsgruppen haben. In Luckenwalde und Ostprignitz haben wir schon einen Teil der Bauern gewonnen, bis zu 15 % der Gesamtmitgliedschaft...“²⁶ „Im Zuge der Bodenreform wurden (dann) 270 neue Ortsgruppen der KPD geschaffen und über 3000 Bauern aufgenommen, davon 2600 Neubauern.“²⁷, analysierte Genosse Sägebrect.

Die erste Bezirks-Funktionärskonferenz der KPD

Für die Arbeit der Kommunisten und den Aufbau ihrer Organisationen war die Funktionärskonferenz der KPD für die Provinz Brandenburg am 27. 6. 1945 in Berlin von Bedeutung. Noch gab es keine genaue Übersicht

über den Stand des Parteaufbaus. Nicht alle Ortsleitungen waren erfaßt. Die Verkehrsverbindungen nach Berlin waren denkbar schlecht.

Auf dieser Beratung wurden die vielfältigen Aufgaben erläutert, die vor den Parteiorganisationen standen. Genosse Ulbricht, der diese Beratung leitete, erklärte die Richtlinien für den Parteaufbau und die Schaffung antifaschistisch-demokratischer Verwaltungsorgane. Vor allem wurde auf die weitere Entwicklung der führenden Rolle der Partei orientiert.

Im Zusammenhang mit der Berichterstattung der Ortsgruppenleiter auf der Funktionärskonferenz orientierte sie auf die Aufnahme neuer Mitglieder der KPD aus den Reihen der Antifaschisten, insbesondere der Jugendlichen. Das half einigen Genossen bei der Überwindung solcher Auffassungen, wie sie sich in Blankenfelde in dieser Zeit zeigten. Der Ortsleiter berichtete, daß sie nur eine „schlagkräftige“ Gruppe von 10 bis 20 Kommunisten aufbauen werden und wandte sich damit gegen das Prinzip der Massenpartei.

In Werder hatten 12 Genossen bereits in den Maitagen mit dem Parteaufbau begonnen und eine Gruppe von 400 Genossen geschaffen. Davon waren 150 schon früher in der KPD, 250 wurden neu aufgenommen. Unter den Neuaufgenommenen waren viele frühere Mitglieder der SPD. Das wirkte sich hemmend auf die weitere Entwicklung der Aktionseinheit in Werder aus.

Die erforderliche feste Verbindung der KPD auf dem Lande war eine weitere Aufgabe, die die Funktionärskonferenz stellte. Dazu war die Einbringung der Ernte zu sichern.

Das hieß, mit den Bauern zusammenzuarbeiten, so daß sich das Bündnis der Arbeiterklasse und der Bauern entwickelt und festigt. Als eine wichtige Maßnahme dabei nannte Genosse Ulbricht die Übergabe eines Teils des Grundbesitzes der Großagrarien und Naziverbrecher an die armen Bauern und Landarbeiter.

Mit wichtigen anderen Aufgaben wie dem Vertrieb der Parteipresse, dem Wiederaufbau der Wirtschaft, der Demokratisierung des Schulwesens, der Gewerkschafts- und Jugendarbeit wurden die Funktionäre vertraut gemacht. Prinzipiell wurde auf der Konferenz herausgearbeitet, daß die umfangreiche Arbeit nur erfolgreich zu bewältigen ist, wenn die Aktionseinheit zwischen SPD und KPD dazu die Grundlage ist.²⁸

Aktionsausschüsse von KPD und SPD

Willy Sägebrecth stellte in Gesprächen und Versammlungen immer wieder in den Mittelpunkt, daß es keine Wiederholung der Fehler von 1918 geben darf. Ausgehend von den Erfahrungen der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung erläuterte er die Rolle des Monopolkapitals und des Großgrundbesitzes, der sozialen Basis für Faschismus und Militarismus.

Mit seiner Argumentationskraft orientierte er auf die Aktionseinheit der Arbeiterklasse im Kampf gegen Nazismus und Reaktion, auf das engste Zusammenwirken beider Arbeiterparteien im antifaschistischen Umwälzungsprozeß.²⁹ Dabei stützte er sich auf die Lehren der Geschichte des deutschen Volkes, daß Hitler nur deshalb an die Macht kommen und den zweiten Weltkrieg entfachen konnte, weil die Arbeiterklasse und alle anderen Werktätigen gespalten waren. Erst nach dem Verbot beider Arbeiterparteien in Deutschland fanden im Kampf gegen Faschismus und Krieg immer mehr Kommunisten und klassenbewußte Sozialdemokraten zueinander.

Genosse Sägebrecht leitete die Schlußfolgerung ab: „Nie wieder soll die Reaktion uns uneinig oder gespalten vorfinden. Darum waren wir sofort nach der Niederschlagung Hitler-Deutschlands durch die Rote Armee und seiner Verbündeten einer Auffassung. Nie wieder Bruderstreit, sondern enge Zusammenarbeit, feste Aktionseinheit.“³⁰

So wie in den Konzentrationslagern, Zuchthäusern und Gefängnissen suchte er auch jetzt die Zusammenarbeit mit seinen Klassenbrüdern aus der SPD.

Ende Juni 1945 erfuhren die Genossen der Bezirksleitung der KPD, daß sich der Vorstand der SPD für die Provinz Brandenburg gebildet hat.³¹ Genosse Friedrich Ebert erhielt vom Zentralausschuß der SPD den Auftrag, gemeinsam mit Georg Spiegel die Leitung des Bezirksvorstandes der SPD zu übernehmen.³²

Um rasch eine Verbindung zur Leitung der SPD herzustellen, wurde Genosse Kurt Seibt vom Genossen Sägebrecht gebeten, den Genossen Ebert zu besuchen und zu fragen, wann sie zusammentreffen können.

Wenige Tage später im Haus des ZK der KPD, in dem auch der Sitz der Bezirksleitung für die Provinz Brandenburg war, kam es zu einer ersten Unterredung zwischen den Genossen Friedrich Ebert und Willy Sägebrecht.³³

Zunächst war es noch ein vorsichtiges Abtasten. Sie sprachen über das, was sie während der faschistischen Terrorherrschaft durchgemacht hatten. Schnell waren sie sich einig, solche Zustände in Deutschland nicht wieder zuzulassen.

„Dann gelobten wir, den Schwur zu erfüllen, den wir in den Konzentrationslagern, Gefängnissen und Zuchthäusern gemeinsam abgelegt hatten: in Zukunft einheitlich und brüderlich zu handeln.“³⁴; erinnerte sich Willy Sägebrecht an dieses Gespräch. Sie einigten sich auf der Grundlage des Abkommens zwischen dem Zentralkomitee der KPD und dem Zentralausschuß der SPD über die Herstellung der Aktionseinheit in der Provinz Brandenburg und versprachen einander, die Parteiorganisationen beider Parteien so zu orientieren. Ein weiterer wichtiger Punkt in diesem Gespräch war die gemeinsame Vorbereitung einer Provinzialverwaltung für Brandenburg.

Auch unterbreitete Genosse Sägebrecht dem Genossen Ebert den Vorschlag, den Sitz der beiden Leitungen von Berlin nach Potsdam zu verlegen. Da der

Vorsitzende des Bezirksvorstandes der SPD, Genosse Georg Spiegel, in Potsdam wohnte, stimmte Friedrich Ebert diesem Vorschlag zu.³⁵

Auf der Grundlage der zentralen Vereinbarung und des Gespräches zwischen den Genossen Ebert und Sägebrecht bildeten sich in allen Orten und Kreisen in der Provinz viele Arbeitsausschüsse beider Parteien. Mancherorts fehlten aber das richtige Verständnis und der Wille zum einheitlichen Handeln.³⁶

Genosse Sägebrecht studierte die ersten Erfahrungen dieser gemeinsamen Arbeit in der Praxis. Anlässlich der Teilnahme an der Funktionärsberatung am 27. Juli 1945 und seines Arbeitsbesuches im Kreisgebiet Bernau ließ er sich über die ersten Schritte dieser Arbeit berichten. Der schon seit einigen Tagen arbeitende Aktionsausschuß hatte sich in Bernau für die Lösung der örtlichen Probleme Aufgaben gestellt.³⁷

Neu war in dieser Etappe der herauszubildenden Aktionsausschüsse, daß die Genossen der KPD und SPD auf der Grundlage antifaschistischer Positionen den Willen bekundeten, demokratische Verhältnisse zu schaffen und Maßnahmen einzuleiten, um die Lebensbedingungen der Werktätigen zu verbessern.³⁸

Auch im Provinzmaßstab wurde am 1. September 1945 der Einheitsausschuß KPD-SPD ins Leben gerufen.

In der 1. Ausgabe der Zeitung „Volkswille“, dem Organ der KPD für die Provinz Brandenburg, wurde die getroffene Vereinbarung zwischen den 5 Vertretern der KPD, den Genossen Willy Sägebrecht, Bruno Brockhoff, Gerda Sucker, Willi Seeger, Kurt Seibt und den 5 Vertretern der SPD, den Genossen Georg Spiegel, Franz Büchel, Friedrich Ebert, Richard Küter, Else Bauer, veröffentlicht.³⁹

Willy Sägebrecht hatte einen entscheidenden Anteil an der sich rasch entwickelnden guten Arbeit im Einheitsausschuß. Auch im Sekretariat der Bezirksleitung der KPD war es Willy Sägebrecht, der immer wieder aus den Analysen der Lage die gemeinsamen Aufgaben für die Aktionsausschüsse herausarbeitete. So forderte er zum Beispiel, als der Winteraufbauplan 1945/46 behandelt wurde:

„Das im Kreis gestellte Aufbauprogramm muß gemeinsam im Aktionsausschuß besprochen werden . . . Es ist dadurch die Verantwortung auf alle Schultern geladen und nimmt von vornherein jede Opposition . . . Die Durchführung jedes Sofortprogramms ist nicht nur eine volkswirtschaftliche, sondern auch eine politische Frage.“⁴⁰

In der Besetzung der Funktionen für die demokratischen Verwaltungsorgane sah Genosse Sägebrecht eine wichtige Möglichkeit, das Vertrauensverhältnis zur SPD zu festigen. Er schlug den Genossen des Provinzialvorstandes der SPD vor, ihrerseits Vorschläge für die Stellenbesetzung der neuen Machtorgane zu unterbreiten, die dann gemeinsam beraten werden sollen. Nach

gründlicher Diskussion im Sekretariat der Bezirksleitung der KPD empfahl er dem Einheitsausschuß in Angermünde, Beeskow, Luckenwalde und Wittstock, die Landräte aus den Reihen der SPD zu besetzen und Mitglieder der KPD als Stellvertreter einzusetzen.

Den Kreisleitungen der KPD wurde unter dem Blickwinkel der Vorbereitung der Einheit beider Parteien durch den Genossen Sägebrecht und den anderen Genossen der Bezirksleitung geholfen, in der praktischen Zusammenarbeit mit der SPD beim demokratischen Aufbau, so auch bei den Stellenbesetzungen, das Vertrauensverhältnis zwischen beiden Parteien zu festigen.⁴¹

Für das einheitliche Auftreten in den Zusammenkünften des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien unterbreitete Genosse Sägebrecht den Vorschlag, vor allem Kaderfragen zur Besetzung von Funktionen in den demokratischen Verwaltungsorganen vorher mit den SPD-Funktionären zu beraten. Er vertrat den Standpunkt: „Im Block muß unsere Linie sein, daß wir immer mit der SPD konform gehen . . .“⁴²

Immer stärker setzte sich auch in den Kreisparteiorganisationen die Auffassung vom Genossen Sägebrecht durch. „Die Einheit der Arbeiterklasse kann nicht durch Beschluß des ZK allein gewährleistet werden. Sie muß von unten geschmiedet werden.“⁴³ Die Aktionsabkommen im Bezirk, in den Kreisen und Gemeinden wurden in der praktischen Arbeit von den Kommunisten und der Mehrheit der Sozialdemokraten realisiert. Die Aktionseinheit hat sich von Anfang an als entscheidende Kraft, um Not und Elend allmählich zu überwinden und der Arbeiterklasse den entscheidenden Einfluß beim antifaschistisch-demokratischen Neuaufbau zu sichern, bewährt.

Weitere Klärung des Klasseninhaltes der Aktionseinheit

Genosse Sägebrecht ließ sich von den Erfahrungen der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung leiten. Er wußte, daß eine revolutionäre Einheitspartei nur durch die Aktionseinheit und die Klärung politisch-ideologischer Fragen vorzubereiten ist.

Unter der Arbeiterklasse gab es viele Unklarheiten über den Charakter der demokratischen Selbstverwaltungsorgane, der antiimperialistischen Demokratie, die Rolle der Arbeiterklasse in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung, Illusionen über den Charakter der imperialistischen Besatzungsmächte und anderes, die überwunden werden mußten. Deshalb legte er großen Wert auf die Befähigung der Kommunisten, sich mit ihren sozialdemokratischen Klassenbrüdern überzeugend auseinandersetzen zu können.

Er selbst trat entschieden ideologischen Unklarheiten entgegen. Unter anderem setzte er sich mit der These der rechten Führer der Sozialdemokratie auseinander, die behauptete, daß es keinen Kapitalismus und Imperialismus

in Deutschland mehr gäbe und deshalb der Sozialismus auf der Tagesordnung stehe.

Diese verderbliche Phrasologie prangerte er an. Damit wollten die Sozialdemokraten um Schumacher von der Notwendigkeit der Abrechnung mit dem Monopolkapital und dem Junkertum ablenken.⁴⁴ Er wies darauf hin, daß der politische Machtmechanismus des deutschen Imperialismus zwar weitgehend lahmgelegt, jedoch die Eigentumsverhältnisse und die Institutionen des imperialistischen Systems weiter existierten.

Mit dem Akt, Betriebe durch Treuhänder zu verwalten, haben sich die Eigentumsverhältnisse nicht geändert. Es gibt noch kein sozialistisches Eigentum an Produktionsmitteln und damit keine Wirkungsbedingungen für ökonomische Gesetze des Sozialismus. Der eingeleitete gesellschaftliche Umwälzungsprozeß stand noch ganz am Anfang. In diesem Zusammenhang forderte Willy Sägebrecht von den Kreisleitungen, entschiedener die Genossen mit der Theorie des Marxismus-Leninismus auszurüsten. Es kam darauf an, die ganze Arbeiterklasse und ihre Verbündeten für die Lösung der komplizierten Aufgaben der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung ideologisch zu gewinnen.⁴⁵

Das war ganz im Leninschen Sinne, der die ideologisch gewonnene Avantgarde als Vorbedingungen einer jeden Revolution sieht.

„Ohne diese Vorbedingung kann man nicht einmal den ersten Schritt zum Sieg tun . . . Die Avantgarde allein in den entscheidenden Kampf werfen, solange die breiten Massen nicht Position eingenommen haben . . . wäre nicht nur eine Dummheit, sondern auch ein Verbrechen. Damit aber wirklich die ganze Klasse . . . zu dieser Position gelange, dazu ist Propaganda allein, Agitation allein zu wenig. Dazu bedarf es der eigenen politischen Erfahrung dieser Massen.“⁴⁶ Diese politischen Erfahrungen erwarben sich die Kommunisten und Sozialdemokraten im Bündnis mit allen werktätigen Schichten in vielfältigen gemeinsamen Aktionen. Zur weiteren Klärung ideologischer Fragen schlug Willy Sägebrecht vor, die Durchführung gemeinsamer Schulungsabende und anderer Veranstaltungen mit den Genossen der SPD zu organisieren und die Herausgabe von Schulungsmaterialien in Angriff zu nehmen.⁴⁷ Die KPD selbst hatte schon ein Schulungssystem. In den Zusammenkünften wurde die auf marxistisch-leninistischer Grundlage erarbeitete Strategie und Taktik des ZK der KPD vermittelt, die eine wesentliche politisch-ideologische Voraussetzung für die Herausbildung einer revolutionären Einheitspartei war.⁴⁸

Die neue Etappe im Kampf um die Einheit der Arbeiterklasse – die politisch-ideologische und organisatorische Vorbereitung der sozialistischen Einheitspartei

Der sich im Herbst 1945 verschärfende Klassenkampf auf deutschem Boden wurde hervorgerufen durch die reaktionären Kreise der USA und der anderen imperialistischen Staaten. Sie übten einen Druck auf ihre Regierung aus, von der gemeinsamen Politik der Antihitlerkoalition abzurücken. Ihr Ziel bestand darin: das Erstarken der UdSSR und das Übergreifen des revolutionären Weltprozesses auf andere Länder zu verhindern und die revolutionären Errungenschaften der ost- und südeuropäischen Länder sowie die wachsende Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten in einigen kapitalistischen Ländern rückgängig zu machen. Die Reaktion in Deutschland wurde immer aktiver. In den westlichen Besatzungszonen erlitt der Kampf um die Einheit der Arbeiterklasse sogar erste Rückschläge. Die konterrevolutionären Kräfte setzten alles daran, auch in der sowjetisch besetzten Zone das Voranschreiten einer geeinten Arbeiterklasse zu verhindern, denn „die Schaffung einer sozialistischen Einheitspartei war schließlich die Grundbedingung, um die bereits erzielten revolutionären Errungenschaften zu sichern und die antifaschistisch-demokratische Umwälzung voranzubringen.“⁴⁹

Auch in der Provinz Brandenburg rückte die politisch-ideologische Vorbereitung zur Vereinigung der beiden Arbeiterparteien immer mehr in das Zentrum des politischen Kampfes.

Die erste größere Bezirks-Parteiarbeiterkonferenz der KPD

Genosse Sägebrecht bereitete mit dem Sekretariat der Bezirksleitung die erste große Parteiarbeiterkonferenz der Provinz Brandenburg für den 29. 11. 1945 vor. In Anwesenheit vieler Parteifunktionäre des Bezirkes und des Vertreters des ZK, Genossen Walter Ulbricht, wurde die Bilanz über die geleistete Arbeit der letzten Wochen und Monate gezogen und Schlußfolgerungen für die nächste Etappe formuliert.

Genosse Sägebrecht, der das Referat hielt, konnte einschätzen, daß mit dem Aufbau der demokratischen Selbstverwaltungsorgane, der Sicherung und Einbringung der Ernte, der Durchführung der ersten Etappe der Bodenreform wichtige Aufgaben gelöst worden waren.⁵⁰

Das wohl bedeutendste Ergebnis aber war das Drängen der Arbeiter, die Hegemonie ihrer Klasse durch eine geeinte Führung zu stärken und Anschläge der Reaktion zurückzuweisen. Genosse Sägebrecht stellte dazu fest:

„Das Wesentlichste ist wohl, daß wir die Einheit der breiten Massen schon in einigen Kreisen, Städten und Orten verwirklicht haben und vertiefen konnten.“⁵¹ Auch die zum 7. und 9. November mit den Genossen der SPD

durchgeführten Kundgebungen und die Feiern zum 125. Geburtstag von Friedrich Engels waren wichtige Aktionen für die Klärung ideologischer Fragen und die Entwicklung des Klassenbewußtseins. Auf ihnen wurden Bekenntnisse zur Vertiefung der Zusammenarbeit beider Arbeiterparteien abgegeben. Bedeutsam war, daß Genossen der SPD, die in den Betrieben mit den Genossen der KPD praktisch zusammenarbeiteten, auf diesen Kundgebungen am klarsten den Gedanken der Einheit vertraten und die Forderung nach der Vereinigung von SPD und KPD erhoben.⁵²

Willy Sägebrecht arbeitete in seinem Referat heraus, daß die Verschmelzung beider Arbeiterparteien nicht durch einen Beschluß des ZK oder der Bezirksleitung verwirklicht wird, sondern durch die konkrete Parteilarbeit, durch die gemeinsame Lösung der Aufgaben in den Betrieben, Städten und Dörfern.⁵³

Es kam darauf an, die wachsende Hegemonie der Arbeiterklasse in der neuen Etappe des Kampfes gegen den Widerstand der Reaktion auszubauen.

Der immer stärker werdenden Zusammenarbeit mit der SPD, insbesondere in den Betrieben, wurden neue Impulse verliehen.

Genosse Sägebrecht erläuterte in seinem Referat, daß die immer näher rückende Notwendigkeit der revolutionären Einheit beider Arbeiterparteien vor allem in den Betrieben entschieden werden muß. Deshalb riet er den Genossen, die Organisationen der KPD im Leninschen Sinne zu festigen und sie aufs engste mit den werktätigen Massen zu verbinden.

In diesem Zusammenhang argumentierte er:

„Wenn wir durch unsere eigene Arbeit und Organisationsfähigkeit die Massen hinter uns haben, können wir stolz sein. Dieses Verhältnis ist eine feste beständige Basis und kann nicht umgestoßen werden.“⁵⁴

Der Wiederaufbau der Wirtschaft und die Inangangsetzung weiterer Betriebe erforderte, daß sich die Partei auf die Bildung weiterer Betriebsgruppen orientierte. Deshalb drängte Genosse Sägebrecht die Kreis- und Stadtleitungen, planmäßig für ... die Schaffung von Betriebsgruppen in den größten und wichtigsten Betrieben⁵⁵ zu sorgen und die besten Betriebsarbeiter für deren Führung auszuwählen. Vor allem sind die jungen Betriebsgenossen zu schulen. Den erfahrenen Genossen Arbeiter der KPD wurden in den meisten Kreis- und Ortsleitungen der Partei und in den demokratischen Selbstverwaltungsorganen bereits wichtige Funktionen übertragen, so daß in den Betriebsgruppen oft nur 12 bis 15 Genossen arbeiteten. Die Gewerkschaftsorganisationen in diesen Betrieben waren um das zehnfache bzw. zwanzigfache größer.⁵⁶ Entsprechend dieser Lage war es deshalb notwendig, wie Genosse Sägebrecht darlegte, die Verantwortung der Gewerkschaften als Klassenorganisation ... bei der Säuberung der Betriebe von allen Nazisten (die weiter versuchten, Industriesyndikate sowie Konzerne zu retten) sowie bei der Überleitung bestimmter Betriebe in kommunale Hände⁵⁷ zu erhöhen. Es kam darauf an,

die politische Massenarbeit in den Betrieben zu verbessern. Es galt die besten Gewerkschaftsfunktionäre für die KPD bzw. für die Durchsetzung der Linie der Partei zu gewinnen.

Der Initiative des Genossen Sägebrecht war es zu danken, daß in den Betrieben mit der Vorbereitung der Betriebsrätewahlen begonnen wurde. Zu ihrer Vorbereitung wurden gemeinsame Mitgliederversammlungen der KPD und SPD durchgeführt. Ohne Vorbehalte, so schlug Genosse Sägebrecht vor, sollten einheitliche Listen für die Betriebsrätewahlen erarbeitet werden, auf denen die besten Genossen, die besten Gewerkschafter, die ehrlich zur Einheit der Arbeiterklasse standen, erfaßt werden.⁵⁸

Dieses Herangehen der Genossen der KPD traf auch für die Gewerkschaftsarbeit auf dem Lande und in der Forstwirtschaft zu.

In diesem Zusammenhang machte Genosse Sägebrecht darauf aufmerksam, daß Neusiedler Bauern sind, die sich in den Ausschüssen der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB) organisieren und nicht in den Gewerkschaften.

„Die Bauern sollen ihre eigenen Ausschüsse schaffen, sollen sich dort eine Basis schaffen, damit sie das Gefühl bekommen, nicht mehr Landarbeiter, sondern Bauern auf eigener Scholle zu sein.“⁵⁹

Viele weitere konkrete Hinweise gab Willy Sägebrecht den Kreis- und Ortsleitungen für die Arbeit auf dem Lande, in deren Mittelpunkt die Festigung der neuen Ordnung, die Sicherung der Ernährung des Volkes, die Säuberung der Schulen von den faschistischen Irrlehren und Durchsetzung der Bildungs-ideale der Arbeiterklasse auch auf dem Lande standen.

Dabei kritisierte er die noch mancherorts anzutreffende mangelnde Organisationsarbeit der KPD in den Dörfern.

So gab es im Arbeitsgebiet Vetschau zum Beispiel nur Stützpunkte der KPD. Dort hatten die Genossen der KPD mit der SPD Abkommen getroffen, nach denen sich die KPD verpflichtete, in weiteren Dörfern keine Organisationen zu bilden. Diese Genossen hatten – wie Genosse Sägebrecht erklärte – „die Einheit falsch verstanden.“ Er rief die Genossen auf, in keinem Dorf auf eigene Organisationen zu verzichten,⁶⁰ denn für die politisch-ideologische Vorbereitung der Vereinigung beider Parteien war die Entwicklung von kampfstarken Parteiorganisationen der KPD von großer Bedeutung. Das war der einzige Weg, um die Einheit beider Arbeiterparteien auf revolutionärer Grundlage zu gewährleisten.

In einem weiteren Punkt befaßte sich Genosse Sägebrecht mit dem Problem der revolutionären Wachsamkeit.

Die Schärfe des Klassenkampfes zu diesem Zeitpunkt wurde sichtbar an der wachsenden Aktivität der Konterrevolution, auch in der Provinz Brandenburg. Vertreter der Konzerne verfolgten die Absicht, Betriebsteile nach Westberlin zu verlagern. Ihre Helfer sabotierten die Wiederinbetriebnahme von

Fabriken. Gegner der Bodenreform setzten alles daran, den Neubauern den Beginn unmöglich zu machen. Schieber und Spekulanten brachten die Werktätigen um die Früchte ihrer fleißigen Arbeit. Faschistische Elemente schafften Unsicherheit und Unruhe.⁶¹ Deshalb forderte die KPD, wie Willy Sägebrecht anführte, ständig revolutionäre Wachsamkeit zu üben, die faschistischen Elemente aufzuspüren und ihnen das Handwerk zu legen.

Für die Wiederingangsetzung der Betriebe und den Beginn ihrer planmäßigen Arbeit war die Erarbeitung eines Wirtschaftsprogramms erforderlich. Zu diesem Zweck hatte das ZK der KPD Willy Sägebrecht, der als Mitglied in das ZK kooptiert worden war, beauftragt, ein solches Wirtschaftsprogramm für das Land Brandenburg auszuarbeiten. Er wurde dabei vom Genossen Kurt Seibt, dem damaligen Wirtschaftssekretär der Bezirksleitung, unterstützt. Es war das erste Wirtschaftsprogramm, das für ein Land bzw. für eine Provinz in der sowjetischen besetzten Zone erarbeitet wurde. Bereits am 10. 10. 1945 auf einer Konferenz der Kreissekretäre, auf der Wilhelm Pieck anwesend war, stellte Willy Sägebrecht diesen Plan zur Diskussion.⁶²

Auch auf der Konferenz vom 29. 11. 1945 befaßte er sich in seinem Referat mit diesen Fragen. Er forderte, überall den Wirtschaftsplan so zu erarbeiten, daß er "... mit Hilfe der Partei, der Gewerkschaften und der Parteien des antifaschistischen Blocks zu einer lebendigen Angelegenheit des ganzen Volkes wird."⁶³ Das entspricht einem wesentlichen leninschen Prinzip der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, das in der bewußten Einbeziehung der werktätigen Massen in diese Arbeit die Garantie für die Lösung komplizierter ökonomischer Aufgaben sieht. Entscheidend war damals, zum normalen Leben zurückzukommen. Das bedeutete, die Betriebe in Gang zu setzen, um die dringendsten Bedürfnisse zu befriedigen.

Genosse Sägebrecht beendete die Analyse der Lage in der Provinz Brandenburg und die Aufgabenstellung mit der Aufforderung, die nächsten Tage und Wochen zur Mobilisierung der Parteikader und der mit der KPD verbundenen antifaschistischen Kräfte zu nutzen. Er schloß mit den Worten:

„Unsere Partei, getragen von den breiten Arbeitermassen in den Betrieben und Industriegebieten, verwurzelt auf dem flachen Lande unter den Bauern und Landarbeitern, verankert in der schaffenden Mittelschicht sowie der städtischen Intelligenz ... wird ... an der Spitze marschieren gemeinsam mit allen demokratischen Kräften und Volksteilen, ideologisch und organisatorisch vorbereitet, an die Durchführung der gestellten Aufgaben gehen.“⁶⁴

Die Dezemberkonferenz des ZK der KPD und des ZA der SPD und ihre Ausstrahlung

Das ZK der KPD ergriff, ausgehend von der Klassenkampfsituation und dem Entwicklungsstand der in der Aktionseinheit erreichten Ergebnisse, die

Initiative und unterbreitete dem ZA den Vorschlag, beide Parteien zur Vereinigung in die revolutionäre Einheitspartei vorzubereiten.

Genosse Willy Sägebrecht, Teilnehmer der 1. Sechzigerkonferenz, berichtet: „Die historische Sitzung des ZK der KPD und des ZA der SPD mit den Vertretern aus den Bezirken, die am 20. und 21. Dezember 1945 in Berlin getagt hat, war von ungeheurer Bedeutung. Diese Konferenz hat in der ganzen russischen Besatzungszone die Entwicklung zur organisatorischen Verschmelzung der beiden Arbeiterparteien eingeleitet.“⁶⁵ In der gründlichen Aussprache dieser Konferenz wurden Vorbehalte, die noch bei einigen Sozialdemokraten vorhanden waren, ausgeräumt. Es herrschte Einigkeit über den Charakter der Partei als einer Partei, die auf marxistisch-leninistischer Position steht.

In vielen Aussprachen mit Genossen der SPD sowie auf dem 1. Bezirksparteitag der SPD am 3. und 4. November betonte Willy Sägebrecht: „Wir haben mehr Gemeinsames, als Trennendes und einstmals werden wir alle Mitglieder der Einheitspartei der Arbeiter sein.“⁶⁶ Seiner prinzipiellen Haltung war es mit zu verdanken, daß am 28. 1. 1946 der Einheitsausschuß der KPD und SPD der Provinz Brandenburg in einem Beschluß die Entschließung der Sechziger Konferenz begrüßte und ein Übereinkommen traf.

Die Mitglieder beider Parteien wurden aufgerufen, noch enger und kameradschaftlicher zusammenzuarbeiten und gemeinsam gegen Saboteure und reaktionäre Kräfte aufzutreten. Der starke Druck reaktionärer Kräfte aus den westlichen Besatzungszonen, vor allem aus Westberlin, auf die Funktionäre und Mitglieder der SPD, gegen die Vereinigung beider Parteien aufzutreten, verfehlte seine Wirkung nicht. Im Sekretariat der Bezirksleitung der KPD wurde zu solchen Erscheinungen im Zusammenhang mit den Einschätzungen – Verhältnis zur SPD – vom Genossen Sägebrecht darauf hingewiesen, „Wir müssen uns bemühen, das Trennende zu beseitigen. Es zeigt sich, daß wir zu wenig mit den Sozialdemokraten zusammenkommen. Es gibt bestimmt mehr ehrliche Anhänger der Einheit als Spiegel und Küter. Wir müssen mit unseren Fragen diese Funktionäre auch von oben festlegen, nicht nur von unten und müssen Kontakte mit ihnen auch persönlicher Natur suchen.“⁶⁷ Genosse Sägebrecht nahm diese Forderung selbst sehr ernst. Darüber berichtete Genosse Friedrich Ebert:

„In ständigen Beratungen und Aussprachen, in enger werdender Zusammenarbeit entwickelte sich zwischen Genossen Sägebrecht und mir ein Freundschaftsverhältnis . . .“⁶⁸ Genosse Fritz Rücker, ehemaliger Vizepräsident im Land Brandenburg, bestätigte ebenfalls, daß W. Sägebrecht um ein freundschaftliches und konstruktives Verhältnis mit SPD-Genossen bemüht war. Er schrieb darüber:

„Bei Willy Sägebrecht fand ich stets Rat und Hilfe. Von seiner unbeirrbareren Fertigkeit in entscheidenden Fragen konnte ich viel lernen.“⁶⁹

Genosse Karl Steinhoff, ehemaliger Präsident der Provinzialverwaltung des Landes Brandenburg, wußte zu dieser Problematik zu berichten: „Die Zusammenarbeit zwischen KPD und SPD auf der Provinzebene war ausgesprochen gut. In meiner Arbeit als Sozialdemokrat und als Präsident der Provinzialverwaltung gewann ich von vornherein ohne die geringsten Schwierigkeiten ein positives Verhältnis zur KPD. Das lag nicht zuletzt an der Persönlichkeit des ehemaligen Sekretärs der KPD, Willy Sägebrecht, dessen Bescheidenheit und menschliche Wärme mir ebenso zugetan wie seine große Verbindlichkeit im Umgang mit Menschen bei aller gebotenen Festigkeit in entscheidenden Fragen. Er verfolgte auch vom ersten Augenblick die richtige Linie gegenüber den sozialdemokratischen Genossen. Allen Mitgliedern der SPD, die guten Willens waren, reichte er vorbehaltlos die Hand, ohne die geringste Spur von Überlieblichkeit zu zeigen oder eine Vorrangstellung zu beanspruchen. Mich hat er vom ersten Tage an voll unterstützt und auch später manchmal direkte und indirekte Versuche von seiten der rechten SPD-Leute abgewehrt, die wohl hofften, durch Personalwechsel oder, wenn dies nicht möglich erschien, durch Veränderungen im Präsidium den ihnen nicht genehmen Kurs zu ändern. Genosse Sägebrecht war damals für mich das Vorbild. Er zeigte mir, wie die Aktionseinheit der Arbeiterklasse zu verwirklichen war.“⁷⁰

Im Kampf gegen die Feinde der Einheit

Prinzipienfest trat Genosse Sägebrecht vor allem gegen die Wortführer der Einheitsgegner in den Reihen der Mitglieder der SPD auf. So auch in seinem Artikel „Vollendet den Bau“. Genosse Sägebrecht wies in ihm nach, daß Dr. Schumacher als Helfer des deutschen Monopolkapitals seine eigene Partei spaltete und auch sonst vor nichts zurückschreckte, wenn es gegen die Einheitsbestrebungen der Arbeiter ging.⁷¹ Um die Arbeiter zu täuschen, redete Schumacher vom Aufbau des Sozialismus in den westlich besetzten Zonen und vom Aufbau des Staatskapitalismus im Osten. „Aber ausgerechnet bei ihnen geben sich die reaktionären Kräfte wie Dr. Schwalbe von Telefunken, Schlange-Schöningen, Wull und andere ein gesundes und fröhliches Stelldichein. Ausgerechnet mit diesen Leuten will Dr. Schumacher den Sozialismus machen?“⁷²

In seiner Rede, die mit dem Titel beschrieben war „Die Lehren der Vergangenheit: Einheit und nochmals Einheit“, setzte er sich mit den zwei Wegen auseinander, die sich der Arbeiterklasse öffneten. Er erläuterte, daß der erste Weg der Weg der Einheit ist. „Nur damit sichert sich die Arbeiterschaft eine Machtstellung und erfüllt ihre historische Aufgabe bei der Schaffung eines

neuen demokratischen Deutschlands in enger Zusammenarbeit mit den bürgerlichen, demokratischen Parteien.⁷³

Den zweiten Weg, den des Dr. Schumacher, charakterisierte er als den Weg der Spaltung der Arbeiterklasse und den des Triumphes der Reaktion, der Kräfte des Imperialismus, den Weg des Antikommunismus, der Hetze gegen die Sowjetunion. Indem die Arbeiterklasse gegen die Feinde der Einheit kämpft, kämpft sie zugleich auch gegen die Feinde des ganzen deutschen Volkes, „Darum wollen wir uns auch von diesen Gedanken leiten lassen“ – schlußfolgerte Genosse Sägebrecht – „Alles was . . . der Einheit dient, dient dem deutschen Volke, dient seiner Zukunft und der Erreichung des sozialistischen Endzieles“.⁷⁴

In der Arbeit als Sekretär der Bezirksleitung der KPD war dieser Leitgedanke für Genossen Sägebrecht bestimmend beim Aufbau der Organisationen der KPD, der klassenmäßigen Erziehung der Arbeiterklasse und der Schaffung einheitlicher freier Gewerkschaften, der Durchführung der Bodenreform und der Festigung des Bündnisses mit den Bauern, der Schaffung demokratischer Verwaltungsorgane, der Blockpolitik und beim Wiederingangsetzen des Lebens.

Durch seine unermüdliche Arbeit sowie die des ganzen Parteikollektivs der Kommunisten und der klassenbewußten Sozialdemokraten konnten die Angriffe der Gegner der Einheit zurückgeschlagen werden. In dieser Auseinandersetzung wuchs die junge Demokratie und bewährte sich. Immer mehr Arbeiter verstanden die Rolle ihrer Klasse und die Notwendigkeit des einheitlichen Handelns, vor allem einer geeigneten Avantgarde. Dafür war die Provinzkonferenz des FDGB am 3. und 4. Februar 1946 ein überzeugender Beweis. Auf ihr sprach Genosse Sägebrecht zur Begrüßung, charakterisierte die Lage und erläuterte die Aufgaben in der damaligen Eappe des Kampfes.

Er arbeitete die große Verantwortung der Gewerkschaften heraus, die sie gemeinsam mit den vier antifaschistisch-demokratischen Parteien für den friedlichen Aufbau und das Hineinwachsen in die Gemeinschaft der friedliebenden Völker hatten.

Der Wirtschaftsplan 1946 stellte die Gewerkschaften vor weitere Aufgaben, speziell bei der Versorgung der Bevölkerung.

Genosse Sägebrecht forderte zur erhöhten Klassenwachsamkeit auf und hob die Kraft des FDGB hervor, die sich vielerorts bei der Abwehr reaktionärer Anschläge bewährt hatte. Er warnte vor den Täuschungsmanövern der arbeiterfeindlichen Elemente, die im Auftrage der Kartelle, Trust und Konzerne die Arbeiter betören wollten.

„Es sind die selben Leute, die sich als die schlimmsten Ausbeuter und Einpeischer unter dem Hitlersystem gegen die Arbeiter benommen hatten . . . Sie waren die Geldgeber für Hitlers braune Mordkolonnen und SS, die in

Deutschland dieses Terrorregiment ausgeübt haben.⁷⁵

Genosse Sägebrecht wies nach, daß sich diese Elemente nicht selten als Demokraten verkleideten und danach trachteten, die Betriebe wieder unter ihren Einfluß zu bringen. Er rief den Delegierten zu: „sichert Eure Arbeit als Gewerkschaftler in euren Betrieben. Die Gewerkschaften haben heute das Mitbestimmungsrecht in den Betrieben . . . wie . . . noch nie in der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung.“ Genosse Sägebrecht wußte, daß das erworbene Recht alle Tage aufs neue erkämpft und gesichert werden muß. Darum schlug er auch vor, die gemeinsamen Arbeiterinteressen und das Mitbestimmungsrecht durch gemeinsame Arbeitervertretungen in den Betrieben zu sichern.

Vor allem bei der Schaffung kollektiver Arbeitsverträge war das geschlossene Auftreten notwendig. Es kam darauf an, keinen Vertrag ohne die Mitarbeit der Gewerkschaften abzuschließen.⁷⁶

Auf die Verschmelzung der beiden Arbeiterparteien eingehend sagte er: „Je schneller wir zur Einheit kommen, um so größer wird die Kraft unserer Arbeiterklasse. Keine Macht kann gegen diese Klasse . . . Entscheidungen treffen, wenn wir als ein Block dagegen Stellung nehmen.“⁷⁷

Er zeigte den Delegierten anschaulich am Beispiel des getrennten Kampfes von KPD und SPD in den westlichen Besatzungszonen, in denen die Besatzungsmächte alles taten, um die Einheit der Arbeiterklasse zu verhindern, wie dadurch die Reaktionäre aller Schattierungen erneut Positionen gewinnen konnten.

Eindringlich erläuterte er, daß jetzt die Einheit zu schaffen ist und nicht erst dann, wenn sich „die Reaktion gesammelt hat.“ Das Beispiel der Gewerkschaft, die große einheitliche Organisation der Arbeiterklasse in der Provinz Brandenburg hervorhebend, forderte er: „Sorgen wir dafür, daß in den nächsten Wochen und Monaten die Verschmelzung der beiden Parteien zu einer politischen Arbeiterpartei Wirklichkeit wird. Erst dann ist die Voraussetzung gegeben, daß man mit Ruhe und Sicherheit sagen kann, in Zukunft wird die deutsche Arbeiterklasse nicht mehr Amboß, sondern Hammer sein.“⁷⁸

Die Etappe der unmittelbaren politisch-organisatorischen Vereinigung von KPD und SPD

Nachdem sich beim Aufbau der Gewerkschaft in der Provinz Brandenburg die Aktionseinheit beider Parteien erneut bewährt hatte, setzte sich Genosse Sägebrecht aktiv ein, um die Zusammenarbeit von KPD und SPD auf weiteren Gebieten zu entwickeln und in gemeinsamen Aktionen zu festigen. Mit Leidenschaft und großem Engagement trat er für die endgültige Überwindung der Spaltung der Arbeiterbewegung im Land Brandenburg ein. Dabei konnte er sich auf das einheitlich-handelnde Kollektiv der Bezirkslei-

tung stützen. An seiner Seite waren kampferfahrene Genossen wie die Genossen Gerda Sucker, Bruno Brockhoff, Kurt Seibt und Franz Brüning.⁷⁹

Genosse Seibt erinnerte sich an diese Zeit und schrieb: „Obwohl Genosse Sägebrecht nur vier Jahre älter war, habe ich in der Zeit unserer Zusammenarbeit viel von ihm gelernt . . . Er verstand es ausgezeichnet, uns seine langjährigen Erfahrungen und seine Kenntnisse als Parteifunktionär zu vermitteln. Dabei bewies er die Fähigkeit, sie bei der Lösung der komplizierten Probleme in der damaligen Zeit anzuwenden.“⁸⁰ Andere Genossen, mit denen Willy Sägebrecht ebenfalls eng zusammenarbeitete, brachten immer wieder die Vorbildwirkung Willy Sägebrechts zum Ausdruck. Genosse Otto Wiesner, damals Jugendsekretär der Bezirksleitung der KPD, sagte über ihn: „Er hat uns keine Illusionen über die Größe der Aufgaben gemacht, aber auf Willys Rat haben wir gebaut.“⁸¹

Unter seiner Leitung entwickelte sich die Kollektivität der Bezirksleitung und ihres Sekretariats. Auch im Einheitsausschuß der KPD und SPD für die Provinz war es in erster Linie seinem prinzipiellen Eintreten für die Aktionseinheit beider Parteien zu verdanken, daß unter den Genossen die kollektive Verantwortung für die Lösung der wichtigsten Aufgaben wuchs.

Jeder Schritt in dieser Arbeit wurde mit Friedrich Ebert und im Kollektiv des Einheitsausschusses beraten.

„Vom ersten Tage seines Wirkens an suchte er den Kontakt (zur SPD). Getreu dem Schwur der kommunistischen, sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter in den faschistischen Konzentrationslagern, setzte er sich sofort für die Einheit der Arbeiterklasse und ihrer Partei ein. Die enge Freundschaft mit Friedrich Ebert . . . überwand so manches Hindernis bei der Vereinigung der Parteien.“⁸², erinnerte sich Gerda Sucker.

Wenn es um die Durchsetzung der Beschlüsse und Festlegungen ging, war Willy Sägebrecht an den Schwerpunkten der Provinz einer der ersten. Er war auch immer dabei, wenn es darum ging, Unklarheiten zu beseitigen oder den tiefen Inhalt des Aufrufes der KPD vom 11. Juni 1945 und der Dezemberkonferenz der SPD und KPD zu erläutern.

Auf der gemeinsamen Konferenz der KPD und SPD am 10. Januar 1946 des Landkreises Potsdam vermittelte er Erfahrungen aus dem bisherigen Kampf und sagte im Schlußteil seiner Rede: „Diese gemeinsame Funktionärsversammlung in Potsdam war ein hoffnungsvoller Auftakt für die weitere Entwicklung der beiden Arbeiterparteien. Jetzt müssen die letzten Schranken fallen, die uns von unseren sozialistischen Brüdern trennen. In der täglichen Kleinarbeit in den Verwaltungen, in den Betrieben . . . überall muß bei der Arbeit der Gedanke der Einheit an erster Stelle stehen, müssen alle Fragen gemeinsam beraten werden.“⁸³

Erste gemeinsame Bezirks-Funktionärskonferenz

Die Beschlüsse der Dezemberkonferenz der KPD und SPD wurden immer mehr zum Hauptinhalt der Arbeit beider Parteien. Die Vereinigung der KPD und SPD von unten nach oben rückte bis zum Februar 1946 unmittelbar auf die Tagesordnung. Genosse Sägebrecht erinnerte sich und schrieb: „Wie groß die Popularität der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien bereits bei den parteilosen Massen war, zeigte sich unter anderem darin, daß bei der Werbung neuer Mitglieder für die KPD oder die SPD immer mehr Arbeiter und Werktätigen erklärten: Wir treten der Partei erst später bei, wenn die Vereinigung vollzogen ist. Bei den Leitungen der KPD und SPD und später im Organisationsbüro zur Vorbereitung der Vereinigung beider Arbeiterparteien in der Provinz Brandenburg lagen viele Tausende Beitrittserklärungen für die neue Einheitspartei vor.“⁸⁴

Die gemeinsame Funktionärskonferenz der Provinz am 16. Februar 1946 beschloß die Verschmelzung beider Parteien in der Provinz Brandenburg.⁸⁵

Die Genossen Friedrich Ebert und Willy Sägebrecht sprachen zu den fast 500 Funktionären beider Parteien. Auf der Grundlage der Beschlüsse der Dezemberkonferenz, der Analyse der Lage in der Provinz und der bisher gesammelten Erfahrungen wurde das nächste Ziel, die Verschmelzung beider Parteien, angesteuert.

Genosse Sägebrecht stützte sich in seinem Referat auf den Wunsch nach der Vereinigung beider Parteien, den der größte Teil der Genossen der Bezirksparteiorganisationen der KPD und SPD wie auch viele Parteilose vielfältig ausdrückten. Er ging noch einmal auf die Bedeutung der geeinten Arbeiterklasse und ihrer Parteien ein. Am Beispiel der Erfahrungen der Arbeiterklasse im Kampf gegen den Faschismus in Frankreich (1936) und Belgien (1937) zeigte er die große Kraft der Einheit, die dem Faschismus in diesen Ländern eine bedeutende Niederlage bereitete.

Auf die Erfahrungen des eigenen Kampfes vor 1933 eingehend, wies er anschaulich nach: immer wenn die Arbeiterklasse einheitlich handelte, versetzte sie der Reaktion einen Schlag und dort, wo sie getrennt marschierte, lachte die Reaktion.⁸⁶ Deshalb kann die Lehre, wie Genosse Sägebrecht betonte, „nur heißen: Einheit, Einheit und nochmals Einheit.“⁸⁷

Ausführlich legte er dar, daß zur Bereitschaft, beide Parteien zu vereinigen, „ein gemeinsames Programm, gemeinsame Prinzipien, eine gemeinsame Ideologie“⁸⁸ erforderlich seien.

Zu den Aufgaben im Minimalprogramm zählte er „... die Verbesserung der Lebensmöglichkeiten“⁸⁹ des Volkes. Das konnte nur im Prozeß der Vervollendung der demokratischen Erneuerung Deutschlands im Sinne des Aufbaus einer antifaschistisch-demokratischen, parlamentarischen Republik mit weit-

gehenden politischen wirtschaftlichen und sozialen Rechten der Arbeiter, die gesetzlich zu sichern waren, erreicht werden.⁹⁰

Zu dem Grundanliegen des zu formulierenden Maximalprogramms führte Genosse Sägebrecht aus, daß diesem die Erkenntnis über die kapitalistische Entwicklung, die Erkenntnis der Ursachen von Krisen und Kriegen zugrunde liegen müsse. Der „Imperialismus ist die Etappe des sterbenden Kapitalismus. Das muß erkannt werden und daraus (sind auf der Grundlage) der Kenntnis der Entwicklungsgesetze der menschlichen Gesellschaft die Schlußfolgerungen zu ziehen.“⁹¹

Die Übereinstimmung zwischen beiden Parteien in Grundfragen der Strategie und Taktik auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus war eine wichtige Voraussetzung für die Vereinigung. Anlässlich eines von Friedrich Ebert vorgeschlagenen gemeinsamen Besuches bei Eugen Ernst, einem Veteran der SPD in Werder, gab es darüber ein erkenntnisreiches Gespräch. Willy Sägebrecht erinnerte sich: „Im Verlaufe der Unterhaltung stimmte Eugen Ernst unseren Maßnahmen zur Vorbereitung des Zusammenschlusses beider Arbeiterparteien zu und wollte wissen, welche weiteren Aufgaben nach der Bodenreform in Angriff genommen werden sollten. Genosse Ebert berichtete ihm . . . 'Gut, gut' sagte Eugen Ernst, 'aber wie soll es dann weitergehen?' 'Schließlich', antwortete Friedrich Ebert, 'werden wir auch dem Sozialismus zusteuern'. 'Einverstanden', stimmte Eugen Ernst zu und klopfte Genossen Ebert kameradschaftlich auf die Schulter. 'Ja Fritz, aber ohne die Macht der Arbeiterklasse geht das nicht.' Es überraschte mich, daß Eugen Ernst, der in der Weimarer Republik auch einmal sozialdemokratischer Polizeipräsident von Berlin gewesen war, eine solche Auffassung äußerte. Mit Genossen Ebert hatte ich zwar schon über die Entwicklung zum Sozialismus diskutiert, doch hatten die dringenden Aufgaben des täglichen Lebens im Vordergrund gestanden. 'Es ist gut, Genossen', warf ich ein, 'daß es jetzt auch darüber keine Meinungsverschiedenheiten mehr zwischen uns gibt.' 'Ja', entgegnete Eugen Ernst, 'ich habe mich in der letzten Zeit viel mit dieser Frage beschäftigt.' Und zu Genossen Ebert gewandt, meinte er: 'Wir müssen wieder Karl Marx und Friedrich Engels studieren.'“⁹²

Auf der gemeinsamen Konferenz am 16. Februar äußerte sich Genosse Sägebrecht zu diesen Fragen und formulierte: „Die Kritik von Marx und Engels zu dem 1875 beschlossenen Programm bietet der Arbeiterklasse die geistige Waffe für diesen Kampf. Daher wird mit recht gefordert, daß das Gedankengut dieser Kritik Bestandteil des Programms der Einheitspartei wird. Daher soll das Minimalprogramm der Einheitspartei den Plan zur vollen Verwirklichung der Demokratie enthalten. Das Maximalprogramm dagegen soll darüber aussagen, was nach Erreichung dieser Phase der gesellschaftlichen Entwicklung zu tun notwendig ist.“⁹³

Für die Erarbeitung des Programmentwurfs der Einheitspartei wurde eine Kommission von Vertretern des ZK der KPD und des ZA der SPD auf der Dezemberkonferenz beauftragt. Sie sollten die revolutionären Erfahrungen beider Parteien nutzen und in die neue Partei einbringen. Um bestehende Unstimmigkeiten in der gemeinsamen Arbeit zu beseitigen, schlug Genosse Sägebrecht gemeinsame Schulungen und die Bildung eines Einheitsbüros für die Provinz Brandenburg bestehend aus Mitgliedern beider Parteien vor. Einmütig wurde dieser Vorschlag von der Funktionärkonferenz beschlossen. Der Prozeß der unmittelbaren organisatorischen Vorbereitung konnte nunmehr beginnen.

Das Bezirks-Organisationsbüro

In das Organisationsbüro zur Vorbereitung der Sozialistischen Einheitspartei für die Provinz Brandenburg wurden die Genossen Ebert, Sägebrecht, Spiegel und Brüning gewählt. Vier Tage später am 20. Februar 1946 fand die erste Sitzung dieses Büros statt. Sie beschloß konkrete Maßnahmen für den Vereinigungsprozeß in der Provinz Brandenburg. Es sollte für die Presseorgane beider Parteien die Herausgabe einer gemeinsamen Beilage mit dem Titel „Einheit“ geschaffen werden. Um die Zusammenarbeit auf allen Ebenen der Provinz zu erweitern, wurde festgelegt, neue gemeinsame Arbeitsausschüsse zu bilden. Für die gemeinsamen Schulungen, auf die Genosse Sägebrecht ganz besonderen Wert legte, wurden einheitliche Themen festgelegt. Bis zum 24. März 1946 sollte erst in getrennten und dann in gemeinsamen Kreisdelegiertenkonferenzen über die Vereinigung abgestimmt sowie die Leitungen und Delegierten gewählt werden. Außerdem wurde Einigung darüber erzielt, zunächst getrennte Parteitage der SPD und KPD für den 6. April 1946 einzuberufen.

Am 7. April sollte dann gemeinsam die Vereinigung der Arbeiterparteien in der Provinz Brandenburg vollzogen werden. Der Delegiertenschlüssel sah vor, daß jede Partei zum Vereinigungsparteitag der Provinz Brandenburg 250 Delegierte mit beschließender und 20 mit beratender Stimme entsendet. Zu Sekretären des Büros wurden die Genossen Kurt Laube von der KPD und Karl Gadow von der SPD gewählt.⁹⁵

Bereits am 23. Februar 1946 fand die gemeinsame Delegiertenkonferenz der SPD und KPD des Kreises Ruppín statt.

Das war die erste dieser Art im Land Brandenburg, ja überhaupt die erste in der damaligen sowjetischen Besatzungszone, die zum Zusammenschluß von KPD und SPD auf der Ebene der Kreisorganisation führte.⁹⁵

Mit diesen Erfahrungen und Beschlüssen ausgerüstet, fuhren die Vertreter beider Parteien der Provinz Brandenburg zur zweiten gemeinsamen Konferenz des Zentralausschusses der SPD und des Zentralkomitees der KPD

am 26. 2. 1946 nach Berlin. Dort wurden die Entwürfe, „Grundsätze und Ziele“ und das „Statut der SED“ verabschiedet und den Mitgliedern beider Parteien zur Diskussion übergeben. Gleichzeitig beauftragte diese Konferenz die Leitungen beider Parteien, für den 21. und 22. April 1946 den Vereinigungsparteitag einzuberufen.

Der massenweise Zusammenschluß

Nun begann die Etappe des massenweisen Zusammenschlusses der Betriebs- und Ortsgruppen beider Parteien. Im Mittelpunkt der vielen Diskussionen in den gemeinsamen Versammlungen und Schulungen standen die nächsten Ziele der Arbeiterklasse und der Weg zum Sozialismus.

Das paßte den Feinden der Einheit überhaupt nicht. Sie operierten speziell von den westlichen Besatzungszonen und Westberlin aus und verstärkten ihre Aktivitäten unter den Mitgliedern der SPD. Demagogisch erklärten sie, daß nur ein Reichsparteitag die Vereinigung entscheiden könnte bzw. sei eine Urabstimmung darüber erforderlich.

Auch in der Provinz Brandenburg mußte man sich mit diesen Argumenten auseinandersetzen. Bezeichnend für die Lage war, daß selbst dort „... wo eine geheime Urabstimmung durchgeführt wurde – wie Genosse Sägebrecht berichtete – wie zum Beispiel in Angermünde, sich die ungeheure Mehrheit der Mitglieder der SPD für die Vereinigung der Mitglieder der SPD für die Vereinigung mit der KPD entschieden hatte.“⁹⁶

Den geschichtlichen Lehren der Arbeiterklasse folgend und die bewährte Kampfgemeinschaft beider Arbeiterparteien weiter festigend, wurde das Banner der Einheit von den erfahrenen Genossen der KPD und SPD hochgehalten.

„... in allen Orten und Städten unserer Provinz, in allen Betriebs- und Straßengruppen, in Mitgliederversammlungen und Kreisdelegiertenkonferenzen“ wurde, so schrieb Genosse Sägebrecht in seinem Artikel „Vollendet den Bau“ vom 21. 4. 1946, „die endgültige Verschmelzung der KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei erörtert und beschlossen.“⁹⁷

Er brachte zum Ausdruck, daß nicht nur über die Aufgaben der Gegenwart, sondern auch über das endgültige Ziel, der Errichtung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse, bei den meisten Genossen der KPD und SPD und ihren Leitungen Einmütigkeit besteht. „Am 6. und 7. April soll die Reaktion in Potsdam überall spüren, daß die Feinde des werktätigen Volkes ausgespielt haben“, schrieb Genosse Sägebrecht und beendete seinen Artikel „Bei unserer Arbeit wird uns Leitgedanke sein: Alles für unser Volk, aber auch alles durch das Volk. Darum vollendet den Bau.“⁹⁸

Wie in den anderen Kreisen so wurde auch im Brandenburger Volkshaus für die Delegierten beider Parteien der 24. März 1946, nach den getrennten

Kreisparteitagen am 23. März 1946, zu einem historischen Tag in der Geschichte der Brandenburger Arbeiterbewegung. „Nach dem Hauptreferat des Genossen Willy Sägebrecht, in dem er aufzeigt, daß der Sieg der Arbeiterklasse und der Sieg des Sozialismus nur möglich sind, wenn die Arbeiterklasse geschlossen auftritt, vollzogen 200 Delegierte, die rund 4 000 Parteimitglieder vertraten, durch einstimmigen Beschluß die Vereinigung der beiden Kreisparteiorganisationen.“⁹⁹

Der Bezirksparteitag der KPD

Die getrennten Parteitage der KPD und SPD wurden für den 6. April 1946 von 78 000 Sozialdemokraten und 65 000 Kommunisten in allen Kreisen der Provinz vorbereitet.

Auf der Grundlage der marxistisch-leninistischen Analyse der Lage im Bezirk wurde mit dem Referat des Genossen Sägebrecht auf dem KPD-Bezirksparteitag an die vom Vertreter des ZK der SPD Genossen Franz Dahlem dargelegte Klassenkampfsituation angeknüpft. Dabei ging Genosse Sägebrecht von der schwierigen Lage aus, die in der Provinz Brandenburg zu meistern war. Er machte deutlich, daß in den Reihen der KPD nicht nur klare Kampfpositionen, sondern auch sektiererisches Verhalten hinsichtlich der Aktionseinheit anzutreffen war.

Passivität und Skepsis gegenüber dem Aufbau des neuen Lebens war unter der Arbeiterklasse und den anderen Klassen und Schichten verbreitet. Der programmatische Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945 gab vielen Ziel und Richtung für das weitere Leben und weckte Initiativen bei der Überwindung des geistigen und materiellen Chaos. Willy Sägebrecht wurde nie müde, gerade den Inhalt und das Wesen dieses Aufrufes den Mitgliedern der KPD und den anderen Werktätigen zu erläutern.

Dadurch gab er vielen Mut, sich einzureihen und die Kraft zu entwickeln, die für die Lösung mancher schwierigen Aufgabe notwendig war.

Im Kampf um die Einheit der Arbeiterklasse war die Entwicklung ihres Klassenbewußtseins gerade durch die gemeinsamen Aktionen beider Arbeiterparteien von großer Bedeutung., wurde doch der politisch-ideologische Klärungsprozeß nicht im luftleeren Raum, sondern in konkreten Klassen-schlachten geführt.

„Im Bezirk stellten wir von Anfang an,“ resümierte Genosse Sägebrecht, „die Ausrichtung unserer Zusammenarbeit mit den SPD-Genossen auf die organisatorische Verschmelzung ein. Dazu war eine tiefe und breite Aktionseinheit die Voraussetzung, die ebenso notwendig war, wie die ideologische Klärung von grundsätzlichen Fragen.“¹⁰⁰

Die im Kampf für die Einheit beider Parteien und mit den ersten Schritten der antifaschistischen Umwälzung gewonnenen Erfahrungen unterzog Ge-

Genosse Sägebrecht einer exakten Analyse. Es entsprach zutiefst seinem Wesen, wenn Willy Sägebrecht auf dem Bezirksparteitag der KPD klar und unmißverständlich aussprach: „Wir gehen nicht in die neue SED überheblich und von unserer bisherigen Arbeit berauscht, sondern vorbildlich, kameradschaftlich, diszipliniert. Wir kennen in der SED keinen Unterschied von Genossen, Kommunist oder Sozialdemokrat, sondern wir kennen nur Genossen der SED mit gleichen Rechten und Pflichten . . . In Zukunft betrachten wir jedes Mitglied so, mit welcher Hingabe, mit welchem Ernst und welcher Aktivität arbeitet er und wie bewährt er sich.“¹⁰¹

Mit dieser Haltung, die den besten Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung entsprach, gingen die Kommunisten zum Vereinigungsparteitag. „Wir trennen uns schwer“, sagte Genosse Sägebrecht, „von unseren alten Namen, für den so viele wertvolle Arbeiter und prächtige Genossen sich heroisch geopfert haben.“¹⁰²

Genosse Sägebrecht würdigte auf dem Bezirksparteitag der KPD die großartige Unterstützung der sowjetischen Genossen, die dazu beitrugen, das Leben neu zu organisieren, damit die historische Chance, eine Wende in der deutschen Geschichte einzuleiten, voll genutzt werden konnte. Die Zusammenarbeit zwischen den Aktivisten der ersten Stunde und den Vertretern der sowjetischen Besatzungsmacht trug wesentlich dazu bei, die ersten Schritte in das neue Leben zu setzen. Sie leitete auch eine Etappe der wachsenden Freundschaft zwischen den Sowjetvölkern und dem deutschen Volk ein. Für den Genossen Sägebrecht waren die sowjetischen Militärangehörigen nicht schlechthin Besatzungsmacht, sondern Klassenbrüder, die, wie er immer wieder betonte, das deutsche Volk von der Terrorbande des Hitlerfaschismus befreite. In diesem Sinne trat er auf und legte den Genossen ans Herz: „Vergessen wir nie, daß wir leben und wieder aufwärtsschauen können, verdanken wir der Roten Armee.“¹⁰³

„Genosse Sägebrecht ist seinem Wesen nach“, so schrieb Genosse Seibt, „ein überzeugter Internationalist und treuer Freund der Sowjetunion. Zu den sowjetischen Genossen, . . . hatte er stets ein herzliches Verhältnis.“¹⁰⁴

Willy Sägebrecht setzte sich, wo er nur konnte, für die wachsende Freundschaft zur KPdSU und den Völkern der UdSSR und ihren Vertretern im Waffenrock ein. Er selbst hatte eine enge Verbindung zu den Genossen Offizieren der SMAD. Er suchte den Rat der Klassengenossen, die zu ihm ein großes Vertrauen hatten.

Genosse Generalmajor W. M. Scharow, damals Chef der sowjetischen Militäradministration für die Provinz Brandenburg, erinnerte mit größter Hochachtung an solche Genossen wie Willy Sägebrecht.¹⁰⁵ Als er später Gast unserer Republik war, führten ihn seine ersten Schritte zu dem alten Kampfgefährten Willy Sägebrecht.¹⁰⁶

Viele persönliche Freundschaften zwischen sowjetischen und deutschen Genossen haben in dieser Zeit begonnen. Die Kampferfahrungen der sowjetischen Klassengenossen halfen, viele, äußerst schwierige Probleme, die in den Dörfern, Städten und Betrieben anstanden, richtig anzupacken und zu lösen. Die sowjetischen Genossen waren dabei beiden Arbeiterparteien behilflich und gaben ihnen jede erdenkliche Unterstützung. Das war der Ausgangspunkt dafür, daß die Freundschaft zur KPdSU zur Herzenssache des ganzen deutschen Volkes wurde.

Der Vereinigungsparteitag

Nach den letzten Bezirksparteitagen der KPD und SPD fand am 7. April 1946 im Gesellschaftshaus in Potsdam, Zimmerstraße 10 der Vereinigungsparteitag für die Provinz statt. Alle Delegierten waren von einer freudigen, hoffnungsvollen Stimmung erfaßt. Sie hatten in monatelangem, hartem, erfolgreichem Kampf um die Einheit der Arbeiterklasse gerungen. Getragen von dieser Stimmung haben die Genossen Ebert und Sägebrecht ihre Referate über „das Wesen und die Aufgaben der Sozialistischen Einheitspartei“ bzw. „die Aufgaben der Sozialistischen Einheitspartei in der Provinz Mark Brandenburg“ gehalten. Willy Sägebrecht wies in seiner Rede auf die Probleme und Verantwortung der Arbeiterklasse und ihrer geeinten Partei im Kampf um das neue antifaschistisch-demokratische Deutschland hin.

Er faßte die Erfahrungen der bisherigen gemeinsamen Arbeit zusammen und sagte:

„So haben wir alle ... geläutert durch unsere eigene Erkenntnis der Geschichte und durch blutige Erfahrungen aus der Vergangenheit die Folgen unserer Fehler und Schwächen erkannt und für die Zukunft ernste politische Schlüsse daraus gezogen.“ Seine Rede beendete er mit dem Aufruf an die Delegierten: „Laßt hoch die roten Fahnen über uns wehen. Die Einheit der deutschen Arbeiterklasse marschiert, eine neue Zeit, eine neue Epoche bricht an. Hört es alle, werktätige Männer und Frauen, hört uns arbeitende deutsche Jugend, ein Wort gilt nun in alle Zukunft: Ihr habt die Macht in den Händen, wenn ihr nur einig seid.“¹⁰⁷

Mit der Wahl des Provinzialvorstandes der SED und den Genossen Ebert und Sägebrecht als gleichberechtigte Vorsitzende, fand der Vereinigungsparteitag seinen Abschluß.

Anläßlich der Übergabe von Erlebnisberichten der Widerstandskämpfer und Aktivisten der ersten Stunde zum 25. Jahrestag der Gründung der SED in Brandenburg wurde ein Gruß des Genossen Sägebrecht, der zu dieser Zeit krank war, von einer Tonbandaufzeichnung abgespielt. In ihm erinnerte er sich an den 7. April 1946: „Ich denke oft noch an jene Stunde zurück, wo wir in Potsdam die historische Vereinigung beschlossen. Mit Friedrich Ebert ver-

ließ ich als letzter die Tagungsstätte. Wir reihten uns ein in die Demonstration der Potsdamer Bürger, die spontan entstanden war. Mit dem Gesang der Arbeiterlieder zogen wir durch Potsdam bis nach Babelsberg. Und wenn ich heute an diese Stunde zurückdenke, dann muß ich sagen: Unser Kampf hat sich gelohnt.“¹⁰⁸

Anmerkungen

- 1 Willy Sägebrect „Nicht Amboß, sondern Hammer sein“ Erinnerungen, DVB 1968, S. 331
- 2 Thesen des ZK der SED zum Karl-Marx-Jahr 1983 ND vom 1. Dezember 1982 S. 2
- 3 Vg. Geschichte der SED Abriß DVB S. 73
- 4 Vgl. Ebenda S. 74
- 5 Willy Sägebrect – Erinnerungen – a.a.O. S. 301
- 6 Vgl. Ebenda S. 302
- 7 Vgl. Ebenda S. 306
- 8 Ebenda S. 8
- 9 BPA-Potsdam, Nr. I/2/8
- 10 Vgl. Karl Urban „Abriß der Geschichte der Vereinigung von KPD und SPD in Provinz Brandenburg Potsdam 1976 S. 12
- 11 Vgl. Dokument Nr. 32 in „Die Vereinigung von KPD und SPD in der Provinz Brandenburg, Potsdam 1976 S. 102
- 12 BPA-Potsdam, Nr. I/1/1
- 13 BPA-Potsdam, Nr. I/2/3, I/2/6, I/2/7, I/2/8, I/2/10, I/2/13.
- 14 Vgl. BPA-Potsdam, Nr. I/1/1
- 15 BPA-Potsdam, Nr. I/2/8
- 16 Vgl. BPA-Potsdam, Nr. I/2/3
- 17 Ebenda
- 18 Vgl. Kämpfer seiner Klasse – Erinnerungen aus dem Leben und Kampf des Genossen Max Herm und seiner Kampfgefährten (Herausgeber: Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der SED-Kreisleitung Brandenburg), S. 25
- 19 Vgl. BPA-Potsdam, Nr. I/2/2
- 20 Vgl. BPA-Potsdam, Nr. I/2/7, Niederschrift des Genossen Gypter über eine Funktionärversammlung der KPD in Bernau am 9. 6. 1945
- 21 BPA-Potsdam, Nr. I/2/3
- 22 BPA-Potsdam, Nr. I/2/6
Vgl. auch Brief des Genossen Sägebrect an die Kreisleitung der KPD Zauch-Belzig, BPA-Potsdam, Nr. I/2/10
- 23 Vgl. BPA-Potsdam, Nr. I/2/7
- 24 Vgl. Karl Urban a.a.O. S. 20
- 25 Vgl. BPA-Potsdam, Nr. I/1/1
- 26 BPA-Potsdam, Nr. I/2/3
- 27 BPA-Potsdam, Nr. I/1/1, Vgl. auch I/2/2
- 28 Vgl. BPA-Potsdam, Nr. I/2/3, Vgl. auch Karl Urban a.a.O. S. 20
- 29 Vgl. BPA-Potsdam, Nr. I/2/8, Vgl. auch Nr. II/1/1, 4/154
- 30 BPA-Potsdam, Nr. IV/1/125
- 31 Vgl. Willy Sägebrect – Erinnerungen – a.a.O. S. 309

- 32 Vgl. BZG 1/1982, S. 108
- 33 Vgl. „Vereint sind wir alles“ – Erinnerungen an die Gründung der SED – DVB 1966 S. 539/540
- 34 Willy Sägebrecht – Erinnerungen – a.a.O., S. 309/310
- 35 Vgl. Ebenda
- 36 Vgl. BPA-Potsdam, Nr. I/1/1
- 37 Vgl. BPA-Potsdam, Nr. I/2/7
- 38 Vgl. Karl Urban a.a.O., S. 24
- 39 Vgl. „Volkswille“ Nr. 1, 1. Jahrgang vom 15. September 1945, S. 6
- 40 BPA-Potsdam, Nr. I/2/2
- 41 Vgl. Ebenda
- 42 Ebenda
- 43 Vgl. BPA-Potsdam, Nr. I/2/3
- 44 Vgl. Ebenda
- 45 Vgl. Ebenda
- 46 Lenin Werke Bd. 31, S. 80
- 47 Vgl. BPA-Potsdam, Nr. I/2/3
- 48 Vgl. Karl Urban a.a.O., S. 25
- 49 Geschichte der SED a.a.O., S. 107
- 50 Vgl. BPA-Potsdam, Nr. I/2/3
- 51 Ebenda
- 52 Vgl. Ebenda
- 53 Vgl. Ebenda
- 54 Ebenda
- 55 Ebenda
- 56 Vgl. Ebenda
- 57 Ebenda
- 58 Vgl. Ebenda
- 59 Ebenda
- 60 Vgl. Ebenda
- 61 Vgl. Karl Urban a.a.O., S. 53
- 62 Vgl. BPA-Potsdam, Nr. V/5/122, Vgl. auch „Volkswille“ Nr. 6/1 Jahrgang 1945 vom 20. Oktober 1945 „Die Kommunisten zeigen den Weg“
- 63 BPA-Potsdam, Nr. I/2/3
- 64 Ebenda
- 65 BPA-Potsdam, Nr. V/7/301 Broschürensammlung
Willy Sägebrecht „Vorwärts und Aufwärts“, S. 12
- 66 BPA-Potsdam, Nr. II/II/1/1
Vgl. auch Dokument 129 in „Die Vereinigung von KPD und SPD in der Provinz Brandenburg“
Potsdam 1976, S. 204
- 67 BPA-Potsdam, Nr. I/2/2
- 68 Vereint sind wir alles – Erinnerungen an die Gründung der SED DVB 1966, S. 542
- 69 Die ersten Jahre – Erinnerungen an den Beginn der revolutionären Umgestaltung DVB 1979, S. 306
- 70 Vereint sind wir alles a.a.O., S. 574
- 71 Vgl. Die Einheit, Nr. 4 vom 21. März 1946, Beilage der KPD-Zeitung „Volkswille“ vom 21. März 1946

- 72 BPA-Potsdam, Nr. IV/1/125
- 73 BPA-Potsdam, Nr. V/7/301 Broschürensammlung
Willy Sägebrecht „Vorwärts und Aufwärts“, S. 14
- 74 Ebenda
- 75 „Der Märker“ Nr. 16/1 Jahrgang vom 8. 2. 1946, S. 1
- 76 Ebenda
- 77 „Der Märker“ Nr. 17/1 Jahrgang vom 10. 2. 1946, S. 2
- 78 Ebenda
- 79 BPA-Potsdam, Nr. I/2/8
- 80 Willy Sägebrecht – Erinnerungen a.a.O., Vorwort, S. 8 und 9
- 81 Märkische Volksstimme vom 21. Februar 1964, S. 3
- 82 Ebenda
- 83 „Volkswille“ Nr. 7/2 Jahrgang vom 15. Januar 1946, S. 1
- 84 Willy Sägebrecht – Erinnerungen a.a.O., S. 339
- 85 Vgl. Dokument 180 in „Die Vereinigung von KPD und SPD in der Provinz Brandenburg“, S. 269
- 86 BPA-Potsdam, Nr. V/7/301 Broschürensammlung
Willy Sägebrecht „Vorwärts und Aufwärts“, S. 13
- 87 Ebenda, S. 14
- 88 Ebenda
- 89 Ebenda
- 90 Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 6,
DVB 1966 – Dokumente, S. 388
- 91 BPA-Potsdam, Nr. V/7/301 Broschürensammlung
Willy Sägebrecht „Vorwärts und Aufwärts“, S. 14/15
- 92 Willy Sägebrecht – Erinnerungen – a.a.O., S. 343
- 93 BPA-Potsdam, Nr. V/7/301 Broschürensammlung
Willy Sägebrecht „Vorwärts und Aufwärts“, S. 15
- 94 Vgl. BPA-Potsdam, Nr. III/2/2
- 95 Vgl. „Vom schweren Anfang“ 1. Heft 1978 – Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung der Kreisleitung Neuruppin der SED, S. 30
- 96 Märkische Volksstimme vom 7. April 1966, S. 4
- 97 „Die Einheit“ Nr. 4 vom 21. März 1946 – Beilage im Volkswille vom
21. März 1946
- 98 Ebenda
- 99 Chronik – Der Stadt Brandenburg (Havel) 1945–1946
Herausgeber: Rat der Stadt Brandenburg/Stadtarchiv, S. 37
Vgl. auch: Die Vereinigung von KPD und SPD zur SED (Bilder und Dokumente)
DVB 1976, S. 240
- 100 BPA-Potsdam, Nr. I/1/1
- 101 BPA-Potsdam, Nr. I/1/1
- 102 Ebenda
- 103 Brandenburger Bauernkalender 1946
Herausgeber Verlag Volkswille, S. 4
- 104 Willy Sägebrecht – Erinnerungen a.a.O., Vorwort, S. 13
- 105 Vgl. Freundschaft werden und wachsen 1945–1949, Potsdam 1975, S. 355
- 106 Vgl. Willy Sägebrecht – Erinnerungen – a.a.O., Vorwort, S. 13
- 107 BPA-Potsdam, Nr. IV/1/128
- 108 Brandenburgische Neueste Nachrichten Nr. 37 vom 13. und 14. Februar 1971

Zum preussischen Münzwesen unter König Friedrich II.

Zum 200. Todestag des Preußenkönigs

Von Jürgen Koppatz

Der preussische König Friedrich II. veranlaßte grundsätzliche Veränderungen im Münzwesen seines Landes. Die Notwendigkeit ergab sich sowohl aus dem damaligen ökonomischen Entwicklungsstand als auch aus dem Expansionsdrang Preußens.¹

Einen gewissen Aufschluß hierzu geben schon die statistischen Daten aus den Jahren des Regierungsbeginns und des Todes Friedrichs II. im Vergleich mit dem Jahr der Thronbesteigung seines Vater, des „Soldatenkönigs“ Friedrich Wilhelm I.²

Jahr	Staatseinkünfte Mill. Taler	Ausgaben für militär. Zwecke Mill. Taler	Größe der Armee Tsd. Mann	Einwohner des Königreiches in Mill.
1713	3,4 = 100 %	2,5 = 100 %	38 = 100 %	1,65 = 100 %
1740	7 = 206 %	5-6 = 200 %	72 = 190 %	2,24 = 136 %
1786	23 = 677 %	12-13 = 500 %	195 = 513 %	5,43 = 329 %

Das Staatsgebiet erweiterte sich von 2186 Quadratmeilen im Jahre 1740 auf 3456 Quadratmeilen im Jahre 1786,³ also um 58,1 %. Vergleicht man die Zahlen, so ergibt sich, daß die Einwohnerzahl auf 329 %, die Militärausgaben aber auf 500 % stiegen!

Als Friedrich II. den Thron bestieg, befand sich das Münzwesen seines Landes weitgehend in Abhängigkeit vom Ausland. Die nach dem Reichsmünzfuß ausgebrachten vollwertigen Kurantmünzen hatten einen zu hohen Silbergehalt und wurden deshalb im Ausland mit Gewinn eingeschmolzen. An deren Stelle flossen weniger gute, insbesondere französische Münzen ein (sog. Franzgeld⁴) und mußten notwendigerweise auch von den staatlichen Kassen geduldet werden. Lediglich die unterwertig ausgebrachten Scheidemünzen (Kleingeld, sog. „Landmünzen“) hielten sich einigermaßen im Lande. „Die Potsdamer Garnison wurde 1735 mit Franzgeld und deutschen 2-Groschenstücken gelohnt.“⁵ Die das Wirtschaftsleben hemmende ungenügende Prägertätigkeit hatte schon dem „Soldatenkönig“ Sorge bereitet. Als sein Sohn

1740 die Regierung antrat, stand er vor der Frage, entweder nicht bzw. nur wenig Münzen prägen zu lassen oder den Edelmetallgehalt der Münzen zu verringern. Die letztere Möglichkeit setzte normalerweise die Änderung des Reichsmünzfußes voraus. Die entsprechenden Verhandlungen des Reichstages verliefen jedoch auch 1740 im Sande.

Die erste Münzperiode

In diesem Zeitabschnitt (1740–1750) ließ Friedrich zunächst nur wenige Münzen prägen. Im Jahre 1741 wurden aus propagandistischen Gründen Kurantmünzen mit dem Bildnis des jungen Königs nach einem Entwurf des Hofmalers Antoine Pesne hergestellt. Es waren nur 1981 Stück Taler im Reichs- oder 9-Taler-Fuß (d. h. 9 Taler aus der feinen kölnischen Mark, die 233,856 g wog) sowie 3096 Zwei- und 7704 Eindritteltaler-Stücke im Leipziger- oder 12-Taler-Fuß (in Brandenburg-Preußen von 1687 bis 1750 für Kurantmünzen, außer Taler, angewendet).⁶ An Goldmünzen wurden Friedrichsdors und Dukaten geprägt. Doch Goldmünzen hielt man mehr für eine Ware, deren Wert im Verhältnis zur silbernen Kurantmünze ständig schwankte.



Taler aus der Zeit des Regierungsantrittes, 1741, Ø 41 mm, 889/1000 Silber. Münzmeisterzeichen „EGN“ (Ernst Georg Neubauer, Berliner Münzmeister 1725–1749)

„Die Hauptmünzen, die damals in Berlin geprägt wurden, die 1/12. Taler (Doppelgroschen) und 6-Pfennigstücke (Halbgroschen) hatte Friedrich im Gehalt verringern lassen, weil die Anforderungen des (ersten schlesischen) Krieges einen größeren Münzgewinn verlangten.“⁷ Dieser Münzgewinn (Schlagschatz) ergab sich aus der Differenz zwischen Metall-plus Herstellungskosten und dem Nominalwert.⁸ Unter den erläuterten Bedingungen war nur bei der Scheidemünzprägung ein Gewinn möglich, nicht aber bei der Kurantprägung. Bei den letztgenannten Münzen ergab sich wegen der hohen

Selbstkosten finanzieller Verlust, weshalb in Brandenburg-Preußen zum Beispiel zwischen 1727 und 1750 (außer 1741) keine Taler geprägt wurden.

Die Rand- und Streugebiete des Königreiches machten die Prägung von speziellen Provinzialmünzen, die aus früheren Münzsystemen des eigenen Territoriums hervorgingen und sich nun dem Münzwesen der benachbarten Staaten angeschlossen, nötig (Einzelheiten in den Tabellen und auf S. 41 f.).

Die Goldmünzen, die silbernen Kurantmünzen (Taler bis Zwölfteltaler) sowie einige Probeprägungen der Vierundzwanzigsteltaler zeigen im Avers den Kopf oder das Brustbild des Königs mit der Umschrift „FRIDERICUS BORUSSORUM REX“, während die brandenburgischen Scheidemünzen fast alle das gekrönte „FR“ (Fridericus Rex) tragen. Bei den Münzen der anderen Provinzen kommen im Avers außer den vorgenannten Darstellungen auch Wappenmotive, wie das clevische Lilienhaspel, der preußische oder der schlesische Adler, vor. Die Wertangaben, teilweise verbunden mit anderen bildlichen Darstellungen, befinden sich bei allen Münzen im Revers.

Die nachfolgenden Tabellen geben einen Überblick über die im Königreich Preußen geprägten Münzen in den Perioden

1. 1740–1750 (vom Regierungsantritt Friedrichs II. bis zur Graumanschen Münzreform)
2. 1750–1756/57 (Münzen im Graumanschen 14-Taler-Fuß)
3. 1756/57–1763 (Münzen des Siebenjährigen Krieges mit fortlaufend verschlechterten Edelmetallgehalt)
4. 1764–1786 (Münzen im verbesserten Graumanschen 14-Taler-Fuß bis zum Tode Friedrichs II.)

Münzen der 1. Periode, 1740–1750

Tabelle I

Münzsorten	geprägt in den Münzstätten	Prägsjahre	Masse (Raugewicht/Schrot) g	Edelmetallgehalt (Feingewicht/Korn) g
<i>Goldmünzen</i>				
1. Doppel-friedrichsdor	Berlin	1749	13,460	12,245
	Breslau	1747–1749		
2. Friedrichsdor*	Berlin	1741–1749	6,730	6,122
	Breslau	1744–1750		
3. Halb-friedrichsdor	Berlin	1749	3,365	3,061
4. Doppeldukat	Berlin	1749	6,980	6,221
5. Dukat	Berlin	1741–1749	3,490	3,442
	Breslau	1743–1748		

Münzsorten	geprägt in den Münzstätten	Prägejahre	Masse (Raugewicht/Schrot) g	Edelmetallgehalt (Feingewicht/Korn) g
------------	----------------------------	------------	-----------------------------	---------------------------------------

Silbermünzen, Prägungen für das gesamte Königreich

6. Taler	Berlin	1741	29,232	25,984
7. Zweidritteltaler	Berlin	1741	17,323	12,992
8. Eindritteltaler	Berlin	1741	8,661	6,496
9. Zwölfteltaler* (Doppelgroschen)	Berlin	1740–1741	3,598	1,574
	Kleve	1741		
	Berlin	1741–1745	3,598	1,462
	Berlin	1745/1746	3,598	1,349
	Esens	1746	3,598	1,550
	Aurich	1747	3,543	1,550

Silbermünzen, Prägungen für die Zentralprovinz Brandenburg

10. Vierundzwanzigsteltaler (Groschen)	Esens	1746	1,949	0,731
	Aurich	1748		
11. Achtundvierzigsteltaler* (Sechspfennig)	Berlin	1741–1749	1,426	0,312
	Breslau	1750		
	Kleve	1740–1750		
12. Dreipfennig	Berlin	1742	0,831	0,156
13. Pfennig	Berlin	1741–1743	0,536	0,050

Silbermünzen, Provinzialprägungen für die westlichen Gebiete

14. Zweimariengroschen	Esens	1746	2,598	0,974
15. Mariengroschen	Esens	1746	1,503	0,470
	Aurich	1747		
16. Vierpfennig (Halbmariengroschen, Grote)	Aurich	1746–1748	0,844	0,212
17. Viertelstüber (Örtgen)	Esens	1746	0,866	0,054
	Aurich	1747		

Silbermünzen, Provinzialprägungen für das Hzm. Preußen

– keine Prägungen in der ersten Periode –

Münzsorten	geprägt in den Münzstätten	Prägejahre	Masse (Raugewicht/Schrot) g	Edelmetallgehalt (Feingewicht/Korn) g
<i>Silbermünzen, Provinzialprägungen für das Hzm. Schlesien</i>				
18. Fünfzehnkreuzer	Breslau	1743–1746	6,363	3,580
19. Sechskreuzer	Breslau	1743–1747	3,294	1,390
20. Dreikreuzer	Breslau	1743	1,732	0,622
(Silbergroschen, Böhm)	Breslau	1745–1747	0,958	0,130
	Breslau	1745–1747	1,141	0,249
21. Kreuzer	Breslau	1747–1750	1,141	0,180
22. Doppelgröschel	Breslau	1744	? ca.	1,120
23. Poltura	Breslau	1749/1750	1,900	–

Kupfermünzen, Prägungen für die Provinzen

24. Deute	Kleve	1746/1747	2,598	–
25. Denar	Breslau	1747–1749		

Die mit* gekennzeichneten Münzsorten sind nicht in jedem angegebenen Jahr geprägt worden.

Die zweite Münzperiode

Grundsätzliche Veränderungen im Münzwesen des Königreiches Preußen erfolgten durch die Graumanschen Münzreformen im Jahre 1750. Johann Philipp Grauman (1690–1762) leitete die herzoglich-braunschweigische Handels- und Finanzverwaltung und hatte mit seinen Veröffentlichungen zu aktuellen Fragen des Münzwesens Aufsehen erregt. Seine Auffassungen über die Notwendigkeit der Herabsetzung des Edelmetallgehaltes bei Kurantmünzen – daraus ergab sich die Möglichkeit hoher Staatseinnahmen durch Schlag-schatzbildung – deckten sich mit den Ansichten des preußischen Königs. Grauman erhielt Anfang Januar 1750 den Titel eines Geheimen Finanzrates und wurde noch im gleichen Monat Generaldirektor der brandenburgisch-preußischen Münzstätten.

Graumans Hauptverdienst war es, einen den Bedürfnissen seiner Zeit entsprechenden Münzfuß, 14 Taler aus der feinen kölnischen Mark erarbeitet und durch die Münzordnung vom 14. Juli 1750 eingeführt zu haben. Hierdurch wurde das Abfließen der Kurantmünzen verhindert und der Handel ebenso wie die Staatskassen von Auslandsmünzen unabhängig gemacht. Vorteilhaft wirkte sich auch die verstärkte Goldmünzenprägung aus, sowie deren

ständige Annahme bei den Staatskassen. Gescheitert ist Grauman aber bei dem Versuch, den neuen Münzen im Ausland zu hohem Wechselkurs zu verhelfen und mit ihnen billiger Edelmetall für neue Prägungen zu kaufen, als es die anderen Staaten mit ihren Münzen vermochten.

Um die geplante hohe Ausprägung von jährlich 10 bis 12 Millionen Taler realisieren zu können, wurde das Personal der vorhandenen Münzstätten wesentlich erweitert und neue Münzstätten, z. B. in Magdeburg, Stettin sowie eine zweite in Berlin, errichtet. Die Münzreform war verbunden mit einer grundsätzlichen Reorganisation der Münzstättenverwaltung. So löste man die Münzmeister mit ihren aus dem Mittelalter stammenden Rechten durch Münzbeamte mit festen Gehältern ab. Das entsprach den dem Absolutismus eigenen Bestrebungen zur Zentralisation und Vereinheitlichung des Behördenapparates. Auf den Münzen fand das seinen sichtbaren Ausdruck darin, daß sie nicht mehr das Zeichen des Münzmeisters, sondern den Buchstaben, mit der jede Münzstätte gekennzeichnet wurde, trugen. In der Reihenfolge, in der die preußischen Münzstätten reorganisiert wurden, erfolgte die Bezeichnung mit dem Alphabet:

A Berlin 1750 (bis zur Gegenwart), B Breslau 1750 (bis 1826),
C Kleve 1750 bis 1767, D Aurich 1750 bis 1768,
E Königsberg 1750 (bis 1798), F Magdeburg 1750 bis 1769,
G Stettin 1752 bis 1754 (unter dem gleichen Buchstaben ist 1763, wahrscheinlich in Plön, geprägt worden.⁹

Handelsmünzen (Speziestaler von 1755, Bankotaler von 1765, Levantetaler von 1766/67, Albertustaler der gleichen Jahre und Piaster von 1751) können aus Platzgründen nicht näher erläutert werden. Sie erlangten ohnehin keine größere Bedeutung.

Währungseinheit war der real umlaufende Taler, den der König als „Reichstaler“ bezeichnen ließ, weil er annahm, daß diese Münze sich auch in den anderen deutschen Partikularstaaten durchsetzen würde. In Talern erfolgten die Steuerzahlungen der einzelnen Provinzen an die zentralen Staatskassen. Neben den Talern und seinen Teilstücken gab es noch Provinzialmünzen, die in der Regel nur in der jeweiligen Provinz umlauffähig waren und nur im beschränkten Maße Anerkennung als Steuermünzen fanden. Provinzialmünzen waren aber notwendig, um in den Rand- und Streugebieten einen reibungslosen Handel und Verkehr mit den Nachbarstaaten zu garantieren. Die Prägung von Provinzialmünzen endete im Königreich Preußen erst im Jahre 1817.

Nach der Graumanschen Reform von 1750 ergab sich für den brandenburgisch-preußischen Reichstaler (Rtlr.) folgende differenzierte Stückelung:

Kurmark Brandenburg und Randgebiete

1 Rtlr. = 24 Gute Groschen = 288 Gute Pfennige
 1 Guter Groschen = 12 Gute Pfennige

Fürstentum Ostfriesland (1744 an Preußen)

1 Rtlr. = 54 Stüber
 1 Marinegroschen = 8 Gute Pfennige
 1 Rtlr. = 36 Mariengroschen = 288 Gute Pfennige

Westfälische Provinzen (Grafschaften Lingen, Tecklenburg, Ravensberg, Bistum Minden usw.)

1 Rtlr. = 36 Mariengroschen = 288 Gute Pfennige
 1 Mariengroschen = 8 Gute Pfennige

Rheinische Provinzen (Herzogtum Kleve, Grafschaft Mark usw.)

1 Rtlr. = 60 Stüber = 480 Deut
 1 Stüber = 8 Deut

Herzogtum Schlesien (1742 an Preußen)

1 Rtlr. = 30 Silbergroschen = 90 Kreuzer
 1 Silbergroschen (Böhm) = 3 Kreuzer

1 Rtlr. = 60 Poltura

1 Rtlr. = 120 Gröschel = 360 Gute Pfennige
 1 Gröschel = 3 Gute Pfennige

1 Rtlr. = 150 Denare

Herzogtum Preußen (dazu 1772 Westpreußen, Netzedistrikt, Kulmerland usw.)

1 Rtlr. = 30 Dreigröschel = 90 Groschen = 270 Schillinge
 1 Dreigröschel = 3 Groschen = 90 Schillinge
 1 Groschen = 30 Schillinge

Münzen der 2. Periode, 1750-1756/57

Tabelle 2

Münzsorten	geprägt in den Münzstätten	Prägejahre	Masse (Rauhgewicht/Schrot) g	Edelmetallgehalt (Feingewicht/Korn) g
------------	----------------------------	------------	------------------------------	---------------------------------------

Goldmünzen

1. Doppel- friedrichsdor*	Berlin	1750-1755	13,363	12,110
	Breslau	1751/1752		
	Kleve	1752/1753		
2. Friedrichsdor	Berlin	1750-1757	6,682	6,055
	Breslau	1750-1757		
	Kleve	1751-1755		
	Aurich	1752/1753		

Münzsorten	geprägt in den Münzstätten	Prägejahre	Masse (Rauhgewicht/Schrot) g	Edelmetallgehalt (Feingewicht/Korn) g
3. Halb-friedrichsdor*	Berlin	1750-1756	3,341	3,028
	Breslau	1750-1753		
	Kleve	1753		
4. Dukat	Berlin	1753	3,439	3,296
	Berlin	1753/1754	3,439	3,367
	Breslau	1754,1757	3,458	3,386
<i>Silbermünzen, Prägungen für das gesamte Königreich</i>				
5. Taler	Berlin	1750-1752	22,272	16,704
	Breslau	1750-1752		
	Kleve	1751-1753		
6. Halbtaler	Berlin	1750	11,136	8,352
	Breslau	1751/1752		
	Kleve	1751		
7. Vierteltaler	Berlin	1750/1751	5,568	4,176
	Breslau	1751/1752		
8. Dritteltaler	Berlin	1754	8,661	5,413
9. Achtgroschen* (Dritteltaler)	Berlin	1753-1757	8,661	5,413
	Kleve	1755		
	Aurich	1754-1756		
	Königsberg	1754		
	Magdeburg	1753-1757		
	Stettin	1753/1754		
10. Sechsteltaler* (Viergroschen)	Berlin	1750-1756	5,490	2,735
	Breslau	1750-1754		
	Kleve	1752-1754		
	Königsberg	1754		
	Magdeburg	1752-1756		
	Stettin	1753/1754		
11. Zwölfteltaler (Doppelgroschen)	Berlin	1750-1754	3,647	1,368
	Breslau	1750-1755		
	Kleve	1751-1755		

Münzsorten	geprägt in den Münzstätten	Prägejahre	Masse (Raugewicht/Schrot) g	Edelmetallgehalt (Feingewicht/Korn) g
	Aurich	1752		
	Königsberg	1754		
	Magdeburg	1752/1753		
	Stettin	1753/1754		
<i>Silbermünzen, Prägungen für die Zentralprovinz Brandenburg</i>				
12. Vierundzwanzigsteltaler* (Groschen)	Berlin	1752-1757	2,079	0,650
	Breslau	1751/1752		
	Kleve	1751-1755		
	Magdeburg	1752-1757		
	Stettin	1753/1754		
13. Achtundvierzigsteltaler* (Sechspfennig)	Berlin	1750-1756	1,392	0,314
	Breslau	1750		
	Magdeburg	1753-1757		
	Stettin	1753		
<i>Silbermünzen, Provinzialprägungen für die westlichen Gebiete</i>				
14. Viermariengroschen (Neunteltaler)	Aurich	1755-1757	4,331	1,624
	Magdeburg	1752	4,847	1,818
15. Zweimariengroschen	Aurich	1752	2,767	0,865
	Magdeburg	1752		
16. Mariengroschen	Aurich	1752-1756	1,856	0,419
	Magdeburg	1752		
17. Vierpfennig (Halbmariengroschen, Grote)	Aurich	1752/1753	1,083	0,203
	Magdeburg	1752/1753		
18. Doppelstüber	Kleve	1751-1756	2,310	0,433
19. Stüber	Kleve	1751/1752	1,155	0,216
20. Viertelstüber	Aurich	1752	0,400	?

Münzsorten	geprägt in den Münzstätten	Prägejahre	Masse (Raugewicht/Schrot) g	Edelmetallgehalt (Feingewicht/Korn) g
------------	----------------------------	------------	-----------------------------	---------------------------------------

21. Vierkreuzer (Batzen)	Kleve	1754/1755	1,850	?
--------------------------	-------	-----------	-------	---

Silbermünzen, Provinzialprägungen für das Hzm. Preußen

22. Achtzehngröschel (Tympf)	Königsberg	1751-1755	5,920	2,919
	Königsberg	1755-1758	5,846	3,055
	Stettin	1753	5,920	2,919
23. Sechsröschel (Szostak)	Königsberg	1752	2,598	0,956
	Königsberg	1752/1753	3,118	1,072
	Königsberg	1753-1757	3,118	0,974
	Stettin	1753		
24. Dreigröschel (Düttchen)	Königsberg	1751/1752	1,511	0,972
	Königsberg	1752-1754	1,596	0,488
25. Zweigröschel	Königsberg	1752-1757	1,540	0,289
26. Groschen	Königsberg	1752	0,770	0,144
27. Schilling	Königsberg	1752-1756	0,715	0,045

Silbermünzen, Provinzialprägungen für das Hzm. Schlesien

28. Achtzehnkreuzer (Tympf)	Breslau	1752	5,920	2,919
29. Sechskreuzer	Breslau	1755-1757	3,118	0,974
30. Dreikreuzer (Silbergroschen, Böhm)	Breslau	1752-1756	1,596	0,488
31. Kreuzer*	Breslau	1752-1757	0,770	0,144

Münzsorten	geprägt in den Münzstätten	Präjahre	Masse (Raugewicht/Schrot) g	Edelmetallgehalt (Feingewicht/Korn) g
32. Doppelgröschel	Breslau	1750–1754		0,216
33. Gröschel (Fledermäuse)	Breslau	1752–1757	0,577	0,108
<i>Kupfermünzen, Prägungen für die Provinzen</i>				
34. Dreipfennig*	Berlin Magdeburg	1752–1755 1754	7,308	
35. Pfennig	Berlin Magdeburg	1751–1755 1754	2,436	
36. Viertelstüber* (Füchse)	Kleve Aurich	1753–1755 1753/1754	3,246	
37. Deut	Kleve	1752/1753	1,900	

Die mit * gekennzeichneten Münzsorten sind nicht in jedem angegebenen Jahr geprägt worden

Die ersten beiden schlesischen Kriege hatten dem preußischen König die Notwendigkeit hoher Finanzreserven vor Augen geführt. Da die von Grauman in Aussicht gestellten hohen Gewinne aus der Münzprägung nur teilweise realisiert werden konnten, fand neben der ordentlichen Prägung vorgenannter Münzen noch eine streng geheime statt. Ohne Wissen Graumans wurden vor, während und nach dem Siebenjährigen Krieg in der Berliner Münze insbesondere holländische, aber auch französische, polnische und russische Münzen von besonders vereidigten Münzarbeitern gefälscht.¹⁰ Die Prägestempel schnitt der begabte Hofmedailleur D. F. Loos.¹¹

Die dritte Münzperiode

Im Oktober 1755 wurde die Münzstätte Königsberg an die Brüder Moses und Abraham Fränkel verpachtet. Die sich daraus ergebenden Einnahmen waren für Friedrich höher als vorher. Das war für ihn Grund genug, um auch die Münzstätten in Breslau, Berlin, Magdeburg, Aurich und Kleve an ein Konsortium pachtweise zu übertragen. Den Generalpachtvertrag schloß im Auftrag des Königs Generalmajor von Retzow am 6. Oktober 1755 in Pots-

dam mit der Unternehmergruppe Gumperts – Isaac – Itzig ab. Nach der militärischen Eroberung Sachsens im Herbst 1756 wurden auch die dortigen Münzstätten Dresden und Leipzig an das Konsortium verpachtet. Dieses ließ mit vorgefundenen, später nachgefertigten Stempeln Geld mit immer schlechter werdenden Edelmetallgehalt prägen. Der Münzfuß der sächsisch-polnischen Münzen verringerte sich bis zum 40-, der Münzfuß der preußischen Münzen bis zum 30-Taler-Fuß. Auch die meisten der auf der Rechnung des Staates in Berlin geprägten preußischen Goldmünzen unterlagen der Verschlechterung. Um das Volk zu täuschen, wurde der verringerte Edelmetallanteil durch Kupfer ersetzt, wurden Jahreszahlen der Vorkriegszeit auf die Münzen gesetzt usw.¹² Demgegenüber waren die im Auftrag der Zarin Elisabeth in der von russischen Truppen besetzten Stadt Königsberg (und teilweise in der Moskauer Münzstätte) geschlagenen Silbermünzen entsprechend dem Graumanschen Münzfuß vollwertig.¹³ Die preußischen Kriegsmünzen wurden durch das kaiserliche Edikt vom 16. August 1759 „in allen des Heil. Röm. Reichs Landen und Gebieten“ verrufen. Das blieb jedoch ohne praktische Auswirkungen. Selbst die Kriegsgegner Preußens zahlten ihren Soldaten den Sold zum Teil mit „Ephraimiten“.

Die Pachtverträge mit den jüdischen Unternehmern, an deren Spitze sich schließlich Veitel Ephraim setzte, sind jährlich neu abgeschlossen worden und sanktionierten den ständig fallenden Feingehalt der Münzen. Hinsichtlich der sich anbahnenden Friedensverhandlungen verlangte der Kontrakt vom 17. Dezember 1762 für die Prägungen im Zeitraum März 1763 bis Februar 1764 die Verbesserung auf den 19 3/4-Taler-Fuß. Eine sofortige Rückkehr zum Vorkriegs-Münzfuß war wegen des fehlenden Silbers nicht möglich. Ferner wären in diesem Fall auch die Abgaben der Münzpächter geringer gewesen. Da England seit 1760 die Subsidienzahlung eingestellt hatte, konnte Friedrich nicht auf mögliche Einnahmen verzichten.

Von den Münzpächtern erhielt der preußische König in der Zeit von 1758 bis 1763 insgesamt 30 868 333 Reichstaler. Die Kosten des Siebenjährigen Krieges betragen 139 Millionen Reichstaler.¹⁴ Somit wurden rund 22 Prozent der Kriegskosten durch die Münzstättenverpachtung und die damit verbundene Münzverschlechterung finanziert! In dieser Summe sind nicht enthalten die Einnahmen aus der staatlichen Goldmünzenprägung, die, wie bereits erwähnt, größtenteils ebenfalls unterwertig war..

Preußische Münzen aus der dritten, der Kriegsperiode, sind heute selten. Die Ursachen hierfür liegen darin, daß die Münzpächter vorwiegend sächsische Münzen prägten, da deren besonders minderwertige Ausbringung profitabler war als die besser ausprägenden preußischen Münzen. Ferner wurden nach dem Krieg die minderwertigen Münzen fast restlos zum Umschmelzen aufgekauft.

Münzsorten	geprägt in den Münzstätten	Prägejahre	Masse (Rauhgewicht/Schrot) g	Edelmetallgehalt (Feingewicht/Korn) g
<i>Goldmünzen</i>				
1. Doppel-friedrichsdor	Berlin	1756/1757	13,280 ± 0,080	8,490 ± 0,100
2. Friedrichsdor	Berlin	1755-1757	6,650 ± 0,040	4,203 ± 0,076
3. Halb-friedrichsdor	Berlin	1755	3,320 ± 0,020	2,111 ± 0,014
Diese Goldmünzen sind tatsächlich geprägt worden in den Jahren 1758 bis 1763				
<i>Silbermünzen, Prägungen für das gesamte Königreich</i>				
4. Taler	Berlin	1761	ca. 23,000	ca. 7,795
5. Dritteltaler	Berlin	1759	7,940 ± 0,180	3,966 ± 0,131
6. Achtgroschen (Dritteltaler)	Dresden	1758/1759	ca. 8,170	ca. 4,028
	Berlin	1759/1763	7,940	3,922
	Breslau	1759/1763	± 0,180	± 0,024
7. Sechsteltaler (Viergroschen)	Magdeburg*	1756-1763		
	Berlin	1756	4,110	1,636
	Breslau	1763	± 0,150	± 0,337
8. Zwölfteltaler (Doppelgroschen)	Magdeburg	1759/1763		
	Breslau	1763	ca. 2,960	ca. 0,832
<i>Silbermünzen, Prägungen für die Zentralprovinz Brandenburg</i>				
9. Vierundzwanzigteltaler (Groschen)	Berlin	1763	1,970	0,390
	Breslau			
	Kleve			
	Magdeburg Stettin**			
10. Achtundvierzigsteltaler (Sechspfennig)	Berlin	1760	1,300	0,163
	Stettin**			

Münzsorten	geprägt in den Münzstätten	Prägejahre	Masse (Rauhgewicht/Schrot) g	Edelmetallgehalt (Feingewicht/Korn) g
------------	----------------------------	------------	------------------------------	---------------------------------------

Silbermünzen, Provinzialprägungen für die westlichen Gebiete

11. Zwölfmariengroschen	Dresden***	1758	8,060	3,019
12. Sechsmariengroschen	Dresden***	1758	4,770	1,989
13. Mariengroschen	Aurich	1761	1,400	?

Silbermünzen, Provinzialprägungen für das Hzm. Preußen

14. Sechsröscher	Königsberg	1763	2,830	0,866
------------------	------------	------	-------	-------

Silbermünzen, Provinzialprägungen für das Hzm. Schlesien

15. Achtzehnkreuzer	Berlin	1757/1758	5,850	3,200
	Berlin	1759	5,700	2,630
	Breslau	1758	± 0,400	± 0,230
	Magdeburg	1758		
16. Sechskreuzer	Kleve	1756/1757	2,830	0,866
17. Dreikreuzer	Breslau	1763	1,300	0,257
18. Kreuzer	Breslau	1763	0,650	0,072

Kupfermünzen, Prägungen für die Provinzen

19. Dreipfennig	Berlin	1760–1762	4,000	
	Esens	1763		

Die mit* gekennzeichnete Münzsorte ist nicht in jedem angegebenen Jahr geprägt worden

** Diese Münzsorten sind mit dem Münzstättenzeichen Stettins wahrscheinlich in Plön geprägt worden

*** Diese Münzsorten wurden mit einem Stern als Münzstättenzeichen in Dresden geprägt

Die vierte Münzperiode

Die endgültige Rückkehr zum 14-Taler-Fuß erfolgte durch das Edikt vom 29. März 1764. Gleichzeitig wurde der Graumansche Münzfuß verbessert, da

ab jetzt auch kleinere Kurantmünzen (Dritteltaler, Sechsteltaler, Zwölfteltaler und Achtzehngröschler) im 14-Taler-Fuß ausgebracht wurden. Geringere Verschlechterungen des Edelmetallgehaltes ergaben sich nochmals um 1770 bei einigen Sorten (vgl. Tabelle 4).

Die preußischen Staatskassen nahmen die Kriegsmünzen ab Mai 1763 nur noch zum Silberwert an. So galten 100 Taler in sächsischen Dritteltalern nur noch 37 1/2 Reichstaler, d. h., daß die Besitzer des schlechten Geldes 62 1/2 Prozent einbüßten. Die Kosten der Wiederherstellung des Vorkriegsmünzfußes würden also dem Volk aufgebürdet und führten zur Finanzkrise und zur ökonomischen Depression, die bis zum Jahre 1767 anhielten.¹⁵



1/24. Reichstaler (Groschen), brandenburgische Provinzialmünzen, 1754, Ø 20 mm, 313/1000 Silber und 1781, Ø 19 mm, 222/1000 Silber

Durch Veränderung der Münzbilder grenzten sich die Münzen der vierten Periode (1764–1786) optisch eindeutig von den Prägungen früherer Perioden

ab. Zeigten die Münzen vorher Stilmerkmale des Spätbarocks, so traten jetzt die des frühen Klassizismus auf. Am deutlichsten zeigte sich das bei Scheidemünzen, die bis 1763 das Monogramm „FR“ in Verschnörkelungen mit Akanthusblättern aufweisen. Ab 1764 hat das Monogramm – mit Ausnahme von einigen Mariengroschen und schlesischen Gröscheln – eine einfache, klare Gestaltung. Die Vorderseiten der höheren Münzwerte zeigen jetzt das Kopfbildnis des Königs in klassizistischer Klarheit und immer mit Lorbeerkranz, der vorher bei den fridrizianischen Münzen nie auftrat. Die Darstellung des Königs mit Greisenantlitz kommt erstmals 1774 bei Dritteltalern und 1775 bei ganzen Talern vor, bei Halb- und Viertel talern z. B. aber erst im Sterbejahr 1786.



Taler aus dem Sterbejahr Friedrichs II., 1786, Ø 37 mm, 750/1000 Silber

Münzen der 4. Periode, 1764–1786

Tabelle 4

Münzsorten	geprägt in den Münzstätten	Prägejahre	Masse (Raugewicht/Schrot) g	Edelmetallgehalt (Feingewicht/Korn) g
<i>Goldmünzen</i>				
1. Doppelfriedrichsdor*	Berlin	1764–1770	13,363	12,110
		1770–1776	13,363	12,064
2. Friedrichsdor	Berlin	1764–1770	6,682	6,055
	Breslau	1764–1770		
	Berlin	1770–1786	6,682	6,032
	Breslau	1770–1786		

Münzsorten	geprägt in den Münzstätten	Prägejahre	Masse (Raugewicht/Schrot) g	Edelmetallgehalt (Feingewicht/Korn) g
3. Halbfriedrichsdor*	Berlin	1756-1770	3,341	3,028
	Breslau	1765-1770		
	Berlin	1770-1786	3,341	3,016
	Breslau	1770-1777		
<i>Silbermünzen, Prägungen für das gesamte Königreich</i>				
4. Taler	Berlin	1764-1786	22,272	16,704
	Breslau	1764-1786		
	Kleve	1764/1765		
	Aurich	1765		
	Königsberg	1764-1786		
5. Halbtaler*	Magdeburg	1764-1767	11,136	8,352
	Berlin	1764-1786		
	Breslau	1767		
	Königsberg	1764		
	Magdeburg	1764/1765		
6. Dritteltaler*	Berlin	1764-1786	8,352	5,568
	Breslau	1765-1786		
	Königsberg	1768-1786		
	Magdeburg	1764/1765		
7. Vierteltaler*	Berlin	1764-1786	5,568	4,176
	Breslau	1786		
	Königsberg	1764		
	Magdeburg	1764		
8. Sechsteltaler* (Viergroschen)	Berlin	1764-1786	5,345	2,784
	Breslau	1764-1770		
	Kleve	1764/1765		
	Aurich	1764-1767		

Münz- sorten	geprägt in den Münz- stätten	Präge- jahre	Masse (Rauh- gewicht/ Schrot) g	Edelmetall- gehalt (Feingewicht/ Korn) g
	Königs- berg	1764-1778		
	Magde- burg	1764-1766		
9. Zwölfteltaler* (Doppelgroschen)	Berlin	1764-1786	3,712	1,392
	Breslau	1764-1769		
	Kleve	1764-1767		
	Aurich	1764-1768		
	Königs- berg	1764-1772		
	Magde- burg	1764-1767		

Silbermünzen, Prägungen für die Zentralprovinz Brandenburg

10. Vierundzwan- zigsteltaler* (Groschen)	Berlin	1764-1781	2,079	0,650
	Magde- burg	1764-1766		
	Berlin	1781-1786	2,070	0,464
	Breslau	1781		
	Königs- berg	1782		
11. Achtundvier- zigsteltaler (Sechspfennig)	Berlin	1764-1770	1,444	0,271
	Magde- burg	1764-1766		
	Berlin	1770-1780	1,392	0,232
12. Dreipfennig*	Berlin	1764-1770	0,779	0,135
	Magde- burg	1764-1765		
	Berlin	1770-1786	0,812	0,102
13. Einpfennig	Berlin	1768-1770	0,650	0,045
	Berlin	1770-1786	0,650	0,034

Silbermünzen, Provinzialprägungen für die westlichen Gebiete

14. Zweimarien- groschen	Magde- burg	1764	2,589	0,812
15. Einmarien-	Aurich	1767/1768	1,624	0,361

Münzsorten	geprägt in den Münzstätten	Prägejahre	Masse (Raugewicht/Schrot) g	Edelmetallgehalt (Feingewicht/Korn) g
groschen*	Magdeburg	1764		
16. Vierpfennig (Halbmariengroschen, Grote)	Berlin	1771–1775	1,591	0,309
	Aurich	1764–1768	1,035	0,181
	Magdeburg	1764		
	Berlin	1764, 1766		
17. Doppelstüber*	Berlin	1774	1,083	0,136
18. Stüber*	Berlin	1772, 1775	1,670	0,371
	Cleve	1764	1,247	0,217
19. Halbstüber*	Berlin	1771–1783	1,299	0,162
	Berlin	1772–1781	0,650	0,081
	Berlin	1781–1782	0,722	0,090
<i>Silbermünzen, Provinzialprägungen für das Hzm. Preußen</i>				
20. Achtzehngröschler (Tympf)	Königsb.	1764/1765	5,939	3,341
21. Sechsgroscher* (Szostak)	Königsb.	1764–1784	3,118	1,039
22. Dreigröschler (Düttchen)	Königsb.	1765–1767	1,641	0,433
	Königsb.	1771–1786	1,670	0,371
	Berlin	1774–1785		
23. Zweigröschler	Königsb.	1764, 1768	1,540	0,289
	Königsb.	1773	1,458	0,247
24. Gröschler	Königsb.	1764–1770	0,831	0,144
	Königsb.	1771–1786	0,866	0,108
	Berlin	1776		
25. Schilling*	Königsb.	1764–1770	0,715	0,045
	Königsb.	1771–1786	0,693	0,036
	Berlin	1776		
<i>Silbermünzen, Provinzialprägungen für das Hzm. Schlesien</i>				
26. Dreikreuzer* (Silbergroschen, Böhm)	Breslau	1764/1765	1,641	0,433
		1771–1786	1,670	0,371
27. Kreuzer	Breslau	1766/1767	0,831	0,144
		1771–1786	0,866	0,108

Münzsorten	geprägt in den Münzstätten	Prägejahre	Masse (Raugewicht/Schrot) g	Edelmetallgehalt (Feingewicht/Korn) g
28. Doppelgröschel	Breslau	1771–1786	1,299	0,162
29. Gröschel	Breslau	1769/1770	0,624	0,180
(Fledermäuse)	Breslau	1771–1780	0,650	0,081
	Breslau	1781–1786	0,722	0,090

Kupfermünzen, Prägungen für die Provinzen

30. Dreipfennig	Berlin	1770	(Probemünze)
31. Viertelstüber*	Aurich	1764–1767	3,256
(Füchse)	Berlin	1774–1784	

Die mit* gekennzeichneten Münzsorten sind nicht in jedem angegebenen Jahr geprägt worden

Die Münzen aus der Zeit König Friedrichs II. spiegeln den Entwicklungsstand der Politik, Wirtschaft und Kultur im Königreich Preußen am Ende der Feudalperiode wider.

Mit der Graumanschen Reform wurde einem dringenden ökonomischen Problem entsprochen. Friedrich II. besaß den Mut, die grundsätzlichen Veränderungen des Münzwesens in seinem Staatsgebiet separat durchzusetzen, da eine für das Heilige Römische Reich Deutscher Nation zentrale Regelung in absehbarer Zeit nicht zu erwarten war. Genutzt hat die Reform vorwiegend militärischen Zwecken.

Der 14-Taler-Fuß setzte sich in der Folge in den meisten deutschen Territorialstaaten durch¹⁶ und brauchte entsprechend der ökonomischen Entwicklung später nur unbedeutend präzisiert zu werden. Der Münzfuß blieb dabei stets unverändert. Erst durch den Wiener Münzvertrag vom 24. Januar 1857 erfolgten für das deutsche Münzwesen grundsätzliche Veränderungen.

Anmerkungen

- 1 Mittenzwei/Noack: Das absolutistische Preußen in der DDR-Geschichtswissenschaft, in: Preußen in der deutschen Geschichte vor 1789, Berlin 1983, S. (Studienbibliothek DDR-Geschichtswissenschaft, Bd. 2)
- 2 Absolute Zahlen nach: Schmoller, Gustav: Umriss und Untersuchungen zur Verfassungs-, Verwaltungs- und Wirtschaftsgeschichte, Leipzig 1898, S. 138, 180
- 3 1 Meile² = 36,738 km². Somit betrug die Größe des Königreiches im Jahre 1740 124 029,3 km² und 1786 196 086,5 km²

- 4 Vgl. Tewes, Lothar: Das „Franzgold“ – Ein Bild des Geldumlaufes in Preußen in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts, in: VI. Bezirksmünzausstellung Berlin 1985 (Katalog, Numismatische Hefte, Heft 11) S. 32–38
 - 5 Schrötter, Friedrich von: Die Münzverwaltung Friedrich des Großen, in: Hohenzollernjahrbuch, Berlin-Leipzig 1911, S. 92
 - 6 Schrötter, Friedrich von: Das Preußische Münzwesen im 18. Jahrhundert, 2. Bd., Berlin 1908, S. 6 (Acta Borussica. Denkmäler der Preußischen Staatsverwaltung im 18. Jahrhundert)
 - 7 Schrötter, Münzverwaltung, S. 93
 - 8 Vgl. Koppatz, Jürgen: Zur Schlagschatzbildung durch Münzverschlechterungen und -fälschungen unter König Friedrich II., in: Jahrbuch für die Geschichte des Feudalismus, Bd. 3, Berlin 1979, S. 417–441
 - 9 Martin, Klaus: Die Preußischen Münzprägungen von 1701–1786, Berlin 1976, S. 24
 - 10 Schrötter, Münzwesen, 2. Bd. S. 217 f., 4. Bd. S. 191–211 und S. 291 f.
 - 11 Vgl. Sommer, Klaus: Die Medaillen des Königlich Preußischen Hof-Medailleurs Daniel Friedrich Loos und seine Ateliers, Osnabrück 1981, S. 5
 - 12 Einzelheiten hierzu insbesondere bei Schrötter, Münzwesen, 3. Bd. (Das Geld des siebenjährigen Krieges . . .)
 - 13 Vgl. Brause-Mansfeld, August: Feld-, Not- und Belagerungsmünzen von Deutschland . . ., Berlin 1897, S. 27 sowie Spasski, I. G.: Das russische Münzsystem, Berlin 1983, S. 187
 - 14 Vgl. Groehler, O.: Die Kriege Friedrich II., Berlin 1966, S. 170 und Vogler, G./Vetter, K.: Preußen von den Anfängen bis zur Reichsgründung, 3. Aufl., Berlin 1974, S. 93. v. Schrötter errechnete sogar 144,7 Mill. Reichstaler Kriegskosten, vgl. Das Geld des Siebenjährigen Krieges, in: Deutsche Münzblätter 60/1940, S. 50
 - 15 Vgl. Mittenzwei, I.: Friedrich II. von Preußen. Eine Biographie, 2. Aufl., Berlin 1984, S. 145 f.
 - 16 Das Königreich Sachsen führte diesen Münzfuß jedoch erst nach Abschluß des Dresdener Münzvertrages vom 30. Juli 1838 ein, bei dem sich fast alle deutschen Territorialstaaten auf den 12-Taler-Fuß = 24 1/2-Gulden-Fuß im Rahmen des Deutschen Zollvereins einigten
- Bei falschen oder lückenhaften Angaben, insbesondere in den Tabellen, bittet der Autor um kritische Hinweise.

*Carl Wilhelm Frölich, die Eisenhütte und
der Dorfschulmeister Picard in Gottow,
Kreis Luckenwalde*

Von Gerhard Steiner

Aus einer profunden Kenntnis der preußischen Landschulverhältnisse um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert hat 1847 der preußische Staatsbeamte Magnus Friedrich von Bassewitz eine Schilderung der elf Hauptursachen für die „elende Beschaffenheit der ehemaligen Elementarschulen auf dem Lande“ geboten.¹ Er zeichnet ein überaus düsteres Bild. Das Landschulwesen stand im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts unter einer doppelten Belastung. Zum einen ließ das ausbeuterische System der feudalabsolutistischen Gesellschaft keinerlei Entwicklung der Landschulen zu, zum anderen beengte die Ideologie des sich kräftigenden, zur Herrschaft drängenden Bürgertums die schulische Hebung der untersten Gesellschaftsschichten. Die Bemühungen um diese beschränkten sich von bürgerlicher Seite, wie Helmut König überzeugend und mit Literaturbelegen dargestellt hat², auf das vom ökonomischen Standpunkt der Bourgeoisie aus Notwendigste an Ausbildung und waren demnach äußerst dürftig. Der „gemeine Mann“ soll den über ihm stehenden Klassen möglichst nützlich und dienstbar sein.

Aber König schränkt ein:

„Wenn auch nur vereinzelt, so begegnen wir doch schon Stimmen, die sich für die Aufklärung des sich entwickelnden Proletariats einsetzen und eine entsprechende Schulbildung fordern. Die bestehenden Manufakturen und die sich entwickelnden Fabriken benötigen immer mehr Arbeitskräfte.“

Hier soll – gleichsam als Beleg für das obige Zitat Königs – von der Situation in einem besonders strukturierten Dorf der Mark Brandenburg berichtet werden, von den Lebens- und Schulverhältnissen, um deren Verbesserung sich der utopische Sozialist Carl Wilhelm Frölich bemühte.

Der utopische Sozialist Carl Wilhelm Frölich

Was die Lexika bisher noch nicht verzeichnen und ich selbst bei der Abfassung meiner Frölich-Monographie „Der Traum vom Menschenglück“³ nicht wußte, wissen wir jetzt: Er ist am 22. Dezember⁴ 1759 in Landsberg an der Warthe (heute Gorzów Wielkopolski, VRP) geboren. Sein Lebensweg verlief ganz im damaligen Preußen. Der Sohn eines ehemaligen preußischen Feld-

predigers wuchs im Pfarrhaus von Groß-Rosenburg bei Schönebeck a. d. Elbe auf, besuchte sechs Jahre die Lateinschule des Franckeschen Pädagogiums und von 1778 an die juristische Fakultät in Halle. Von 1789 bis 1792 wirkte er als hoher Beamter, als Geheimsekretär, am Generalpostamt in Berlin. Nach dem Erscheinen seiner mit einem nur wenig verschlüsselten Pseudonym veröffentlichten brisanten Schrift „Über den Menschen und seine Verhältnisse“ (Berlin 1792) quittierte er den Staatsdienst und übernahm das stark besteuerte und nicht sehr ergiebige Erbpachtgut in Scharfenbrück bei Luckenwalde. Geschult im Geiste der deutschen Aufklärung, begeistert vor allem von den Staatsromanen Wielands, beeinflusst von den französischen Materialisten und Utopisten, insbesondere von Rousseau, hatte Frölich mit kritischem Blick und offenem Herzen die ökonomischen und sozialen Verhältnisse der bereits frühproletarischen Massen Berlins und die elende Lage der Kleinbauern und Landarbeiter, des „gekrümmten Landmanns“ in der Mark Brandenburg beobachtet. Das sind die Grundlagen der Ideen seiner Erstlingsschrift: In zehn Dialogen zwischen dem Bourgeois Erast, der um die Erziehung seiner Kinder besorgt ist, und dem seiner Zeit vorausseilenden Philemon, aus dem der Autor spricht, geht Frölich von der Frage nach dem Sinn des Daseins und den Zielen der Menschenbildung aus. Er fordert den Gebrauch der Vernunft, weiß aber, daß dieser von den gesellschaftlichen Verhältnissen bedingt ist, ebenso wie moralisches Handeln und Denken von „Zeit und Umständen“ abhängen. Die Gesellschaft muß so gestaltet werden, daß richtiges Denken und sittliches Handeln möglich sind. Frölich muß jedoch feststellen, daß die vorhandene gesellschaftliche Ordnung „wenig geschickt sei, eine allgemeine Glückseligkeit zu verbreiten“. Die Ursache für die meisten moralischen Unvollkommenheiten sieht er in dem rücksichtslosen Streben nach Eigentum: „Sollte die Habsucht einst vom Throne steigen; sollte es möglich sein, daß Privateigentum aufhörte, das einzige allzu verführerische Mittel zu sein, sein Ich auszudehnen, . . . welche ungeheure Menge von Verbrechen, mehr noch der lichtscheuen Vergehungen, alle Kinder des Luxus, würden da verschwinden!“ Er propagiert eine Gesellschaft, die auf gemeinsamem Eigentum beruht, und weist den Einwand, daß der Gewerbefleiß in einer solchen Ordnung erlahmen würde, damit zurück, daß die „Aufhebung des Privateigentums den Fleiß nicht nur nicht erschlaft, sondern veredelt“, und daß die Menschen durch die neuen Verhältnisse ja auch eine neue geistig-sittliche Formung erhalten würden. Eine Industrie, die nicht auf Gewinnstreben bedacht ist, könne vielmehr eine vernünftige Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen erreichen. Dem Hinweis auf die ungleichen menschlichen Fähigkeiten begegnet Frölich mit der These, daß jeder Mensch, der seine Pflichten nach Kräften erfülle, ein Recht auf die Unterstützung durch die Gesellschaft habe, das nicht durch die ungleichen Fähigkeiten beeinträchtigt werde, da es

sich allein auf die Bedürfnisse gründe, die grundsätzlich gleich seien. Zur Verdeutlichung seiner Gedanken entwirft Philemon am Ende der Aussprache das heitere Bild des friedlichen Lebens einer dörflichen Gemeinschaft, in der alle Familien sich geeinigt haben, ihren Besitz „als Eigentum der Gesellschaft zu betrachten, wovon die Bedürfnisse jedes Einzelnen befriedigt würden“. Dadurch vermögen sich alle gegenseitig zu helfen, und auch der Schwache ist gegen Not und Unglück gesichert. In einem höheren Sinne sei jeder Nutznießer allen Eigentums, denn, so ruft der glühende Menschenfreund aus, „die Gesellschaft nahm nicht, um dich zu *verarmen*, sondern daß du *mehr haben*, daß keiner darben möchte“.

Frölich entfernt sich mit diesen Thesen vom bürgerlichen Naturrecht, das die Freiheit auf Eigentum nicht beschränken will. Es ist beachtlich, daß er die Entwicklung der Manufaktur und die Lenkung der gewerblichen Tätigkeit durch das Volksganze in seine Konzeption mit einschließt.

Die Lehre des gediegenen, von den Gedanken der Humanität und des Fortschritts beherrschten Denkers zielt auf die Befreiung und die ökonomische wie geistige Hebung der arbeitenden Volksschichten.

Er will vor allem die – wie er sagt – „dienende Klasse“ von Unterdrückung und Ausbeutung befreien, „die unzähligen Menschen“, die verdammt sind, „vom Morgen bis an den Abend auf Mittel gegen Hunger und Dürftigkeit zu sinnen“. Denn nur in einer Gesellschaft, in der das Eigentum nicht zur Erniedrigung eines großen Teils des Volkes führt, kann – so legt er dar – eine *allgemeine* Volkskultur erblühen und sich ein Nationalgeist entwickeln. Die vom kollektiven Eigentum geprägte Gesellschaft wird das „Beste des Allgemeinen“ im Bewußtsein der Menschen verwurzeln und eine der wahren menschlichen Natur entsprechende Gestaltung des Lebens ermöglichen.

Frölich erwartet, daß „die größere und stärkere Klasse zu reinern Begriffen über sich selbst und den Zweck ihres Seins gelangt“, bis sie einst so bewußt und mächtig ist, daß eine „Abänderung lästiger, zweckwidriger Verhältnisse eine notwendige Folge“ sein wird. Angesichts des Beginns der Französischen Revolution steht ihm nicht die Entfaltung der Bourgeoisie vor Augen, sondern die revolutionäre Lösung der gesellschaftlichen Situation der unteren Klassen, eine politische Aufgabe, die nach seiner Ansicht erst in der Zukunft bewältigt werden kann. Frölich machte sich jetzt schon zum Sprecher derer, die ihren Bedürfnissen noch nicht publizistischen Ausdruck geben konnten. Seine kleine Schrift veranlaßte zu seiner Zeit nicht nur einen Georg Forster in Paris zu beachtlichen Überlegungen über die Eigentumsfrage, seine Ideen griff auch seine Frau Henriette, die ihm zehn Kinder gebar, auf und führte sie in dem bemerkenswerten Roman „Virginia oder die Kolonie am Kentucky“ (Berlin 1820) weiter. Auch in Wien beachtete man Frölichs Schrift und setzte sie auf die Verbotsliste.

In Scharfenbrück schrieb der vielseitig interessierte Jurist neben mehreren nützlichen Aufsätzen – unter diesen einen in Wielands „Teutschem Merkur“ über den Englischen Garten – ein „Thierarzneibuch“ (2 Bde. Berlin 1801) als theoretischen und praktischen Beitrag zur Aufklärung auf dem Lande, und die anregende und gehaltvolle Essaysammlung „Gemälde nach der Natur“ (Berlin 1802), die erzieherische und gesellschaftliche Gedanken seiner Erstschrift veranschaulicht und untermauert.

Bis 1812 versuchte Frölich unermüdlich, dem Erbpachtgut trotz mehrfacher Plünderungen im Befreiungskrieg und immer drückenderen Steuerlasten eine gedeihliche Entwicklung zu geben. Aber als ihm das nicht gelang, er gepfändet wurde und sein Plan, das Gut unter die Scharfenbrücker Büdner und Leineweber aufzuteilen, ebenso abgelehnt wurde wie sein Gesuch um erneute Übernahme in den Staatsdienst, siedelte er mit seiner Familie nach Berlin über.

Dort widmete er sich einer neuen volksaufklärerischen und -bildnerischen Tätigkeit: Er übernahm eine große deutsche und französische Leihbibliothek und gründete und betrieb zu einer Zeit, in der dem Bürger ein immer fester Maulkorb umgelegt wurde, in der Niederlagstraße Nr. 1 mit seinem Bruder eine öffentliche Zeitungs- und Zeitschriftenhalle als ein jedermann zugängliches Informations- und Diskussionszentrum, ein „Museum“, in dem auch politische Flugschriften, Neuerscheinungen und Landkarten ausgelegt wurden, wo fünf Lesesäle und ein Konversationsraum von 9.00–20.00 Uhr, im Winter auch sonntags, den Besuchern zur Verfügung standen. Das konnte er aber nur bis 1820 durchhalten, er mußte in immer billigere und abseitigere Wohnungen ausweichen. Der Mann, der den Weg zu Gerechtigkeit und Glück für alle Menschen gesucht hatte, starb völlig verarmt am 23. Mai 1828 in Charlottenburg bei Berlin, ein Opfer der Verhältnisse, deren Beseitigung er anstrebte.

Trotz der utopischen Züge seines Gedankenwerkes – es fehlte ihm die Einsicht in die realen Klassenantagonismen – achten wir Frölich als ein Glied in der „Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ und freuen uns als seine geistigen Erben mit Friedrich Engels seiner „genialen Gedankenkeime und Gedanken, die unter der phantastischen Hülle überall hervorbrechen“.

Die Eisenhütte in Gottow

Rund 5 km von Frölichs Erbpachtgut Scharfenbrück entfernt liegt das Dorf Gottow, 7 km östlich von Luckenwalde. Es hatte zu Beginn des 19. Jahrhunderts nur 26 Feuerstellen und 185 Einwohner, aber fand dennoch in einem einbändigen geographischen Werk, das die ganze Welt behandelte, Erwähnung, wie auch in Joseph Meyers erster Ausgabe des Konversationslexikons.⁵

Der Grund dafür lag in der Bedeutung des Dorfes für den preußischen Staat: Gottow beherbergte eine königliche Eisenhütte. Ein Eisenhammer hat in Gottow schon im Mittelalter bestanden, und zwar als landesherrlich-brandenburgischer Besitz, ebenso wie der 1397 beurkundete Scharfenbrücker Hammer, der noch im 17. Jahrhundert arbeitete.⁶ Ende des Jahres 1506 gestatteten die Brüder Kurfürst Joachim und Markgraf Albrecht von Brandenburg dem Hammermeister Michel Nitzke, auf dem Gottower Eisenhammer eine Mahlmühle zu betreiben.⁷

Das direkt am Dorfe liegende Werk bestand aus einem Eisenstein- und Kalkpochwerk und einem Stabhammer mit der Frischesse. Im Zuge der manufaktur-kapitalistischen Entwicklung in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts und aufgrund des kriegerischen Machtstrebens Friedrichs II., der in der Eisengewinnung und -verarbeitung vom Ausland unabhängig sein wollte und Kanonenkugeln für seine Armee brauchte, wurde etwa 2 km von diesem „alten Werk“ entfernt 1754 ein neues Werk errichtet.

Im gleichen Jahre wurde der Hüttenbetrieb aus der Amtsverwaltung in die der Berg- und Hüttenadministration überantwortet.

Diese etablierte 1760 ein Frischfeuer mit Stabhammer und fügte 1764 einen Zainhammer hinzu. Das durch Gottow laufende Hammerfließ, das die Hämmer antrieb, war beim alten Werk zu einem Teich angestaut worden und floß dann zu dem neuen Werk. Zu dieser nunmehr respektablen industriellen Anlage gehörten um 1800 drei Kohlenschuppen, drei Magazine, das Hüttenamtshaus mit den Stallgebäuden, drei für 15 Familien berechnete Wohngebäude für die Hüttenarbeiter, eine Hufschmiede und eine Brauerei, die das Bier und den Branntwein für die im Werk Beschäftigten herstellte.

Die Grundlage für die Verhüttung bildeten die bis zu einen halben Meter mächtigen alluvialen Raseneisensteinlager der Umgebung. Das Wiesenerz, das im Gebiet der Nuthe und ihrer Nebengewässer zwischen Zossen und Luckenwalde bis Baruth und zum unteren Spreewald lagerte, konnte verhältnismäßig leicht abgebaut werden. Das Ausgraben des Eisensteines für das Gottower Werk leisteten unter der Aufsicht eines Schmelzers 24 Arbeiter. Sie hatten in Gebieten, die eine halbe bis zwei Meilen von Gottow entfernt lagen, den Eisenstein zu orten, zu fördern und zu waschen und mußten ihn dann nach „Kummern“, d. h. etwa 630 kiloweise (was 230 bis 235 Kilo Eisen ergab) auf den Hüttenhof fahren. Dort wurde das Material in „Halden“ zu abgestumpften Kegeln oder Pyramiden aufgeschichtet, die eine schnelle Inhaltsberechnung ermöglichten. Der Eisenstein wurde nun im Pochwerk zerkleinert und dann vergattert, d. h., mehrere verschieden flüssige Sorten wurden miteinander vermischt. Um den Schlackenfluß zu fördern, wurden hierauf die Eisensteine mit Kalk beschickt, mit den nötigen Kohlen aufgesetzt und verblasen, d. h. geschmolzen. Das Roheisen wurde in der Stabeisen-



Darstellung des Unterhammers (Teil der Eisenhütte von Gottow) auf einer Postkarte, um 1900



Erzeugnisse der Eisenhütte von Gottow: Kanonenkugel (links) und Radabweiser für Toreinfahrten (rechts)

fabrikation von den fremdartigen Bestandteilen befreit: Im Frischfeuer wurde mit Holzkohlen aus dem überkohlten Gußeisen ein geschmeidiges Schmiedeeisen gewonnen. Das waren komplizierte, arbeitsaufwendige Vorgänge. Das im Frischprozeß entstandene Eisen (Zain) wurde unter dem Zainhammer ausgestreckt und dann weiter verarbeitet. Zwei Köhler, die wiederum 12 Knechte beschäftigten, sorgten für die nötige Holzkohle. Über den Ertrag des Gottower Hüttenwerkes informiert uns Friedrich Nicolai, der 1806 das Werk beschreibt: Wenn der Hochofen in Betrieb ist, so liefert er während der „Kampagne“, der 30 bis 40 Wochen der Eisensteinschmelze, durchschnittlich 160 Zentner Roh- oder Gußeisen pro Woche. Ein späterer Historiker führt an, daß das Gesamtwerk von 1770 bis 1823 „über 74 000 Zentner Roh-eisen, 25 000 Zentner Munition, rund 14 000 Zentner sonstige Gußwaren (Töpfe, Kasserollen, Kessel, Mörser usw.) und gegen 77 000 Zentner Schmiedeeisen“ geliefert habe.⁸

In dem umfassenden Werk von Otto Büsch über „Industrialisierung und Gewerbe im Raum Berlin/Brandenburg 1800–1850“⁹ wird das Gottower Eisenhüttenwerk nur erwähnt, nicht beschrieben. Die Eisenhämmer hätten, heißt es dort, „in der Regel nicht mehr als zwischen 5 und 30 Arbeitern –; eine Ausnahme in der Größenordnung bildete das Ruhlaer Werk¹⁰ mit schon 114 Arbeitern.“ Gottow dürfte insgesamt mindestens ebensoviel Arbeiter in der Hütte beschäftigt haben, oder vielleicht sogar mehr. Denn Nicolai schreibt 1806: „Die Anzahl der Seelen, welche dieses Werk ernährt, erstrecken sich auf 156.“¹¹

Neben den dort Beschäftigten gab es ein landwirtschaftliches Frühproletariat, das sich mit Spinnen und der Bearbeitung von etwas Gartenland und einer Wiese für eine Kuh zu ernähren suchte, aber auch gegen einen niedrigen Tagelohn für das Vorwerk Handdienste leisten mußte. Es war ein dürftiges Leben bei harter Arbeit.

Der Dorfschulmeister Johann Christian Picard

Der einzige Schulmeister des Ortes hatte 1810 73 Kinder zu unterrichten, und diese Zahl wird zur Jahrhundertwende nicht geringer gewesen sein. Er hieß Johann Christian Picard, ist um 1764 geboren, durchlief eine Schneiderlehre bis zur Gesellenprüfung, ging um 1790, vermutlich aus Neigung, in den Schuldienst und starb am 20. Oktober 1838 in seinem Wirkungsort nach fast fünfzigjähriger Lehrtätigkeit.

Die soziale Zusammensetzung der Schülerschaft Gottows spiegelt die der Bevölkerung wider. Im Jahre 1810 bestand jene aus 2 Kindern des Hüttenoberinspektors, 3 Kindern des Dorfschulzen und des Gastwirts, 21 Kindern von Hüttenarbeitern, u. a. vom Platzknecht, von Hochöfnern, vom Vorschmied, Aufgießer, Köhler und Brauer, 5 Kossätenkindern, 16 Büdnerkindern und

7 Kindern von Tagelöhnerinnen, Knechten, Viehhirten. Dazu kamen noch 19 Kinder aus den Dörfern der Umgebung, deren Eltern zumeist Kolonisten, Tagelöhner, Kossäten oder Büdner waren.

In Gottow wurde Picard nun nicht nur durch Frölich gefördert, sondern auch durch dessen Hallenser Studienfreund, den Gottower Hüttenfaktor Johann Christian Siber, der bald zum obersten Offizianten des Hüttenwerkes, zum Inspektor und Rendanten aufstieg. Aufschlußreich sind Frölichs enthusiastische „Nachrichten von der Dorfschulanstalt in Gottow“, die er 1797 zur Ehre des Schulmeisters veröffentlichte.¹² Frölich ist beeindruckt von den Kenntnissen und pädagogischen Fähigkeiten, die sich der Autodidakt Picard angeeignet hat, und über die Erfolge, zu denen er eine Dorfschule führte. Eröffnete doch dieser Schulmeister, der noch vor acht Jahren Schneidergeselle war, die Schulprüfung mit einer Rede „in so richtigem, reinen Deutsch, mit jener Gedankenfülle, die alle sich selbst gebildete Köpfe charakterisiert“.¹³ Auch der Schulinspektor hebt lobend hervor, daß Picard nach „immer zweckmäßigerer Verbesserung der Lehrmethode“ strebe und „die Schriften eines Pestalozzi, Stephani, Riemann und Niemeyer“ miteinander vergleiche, „um sich auch mit den Ideen neuer Pädagogen bekannt zu machen“. Hier erweist sich die oben angeführte Feststellung, daß die mit der Herausbildung kapitalistischer Verhältnisse entstandenen Fabriken immer mehr und besser geschulte Arbeitskräfte benötigten. Das Eisenhüttendorf Gottow schulisch zu heben, lag im Interesse der ökonomischen, die bürgerliche Emanzipation fördernden Entwicklung, war aber auch weitestgehend auf die Initiative einzelner Persönlichkeiten angewiesen. Frölich gehörte zu den Vertretern einer progressiven Pädagogik, die die Forderung, daß die Aufklärung allen Gliedern der Gesellschaft zugute kommen soll, in der Praxis zu verwirklichen suchten. Das pädagogische Leitbild, das den Lebensweg eines Menschen begleitet, ist oft abhängig von den eigenen Schulerfahrungen. Wir wissen heute auch, wo Frölich die Impulse für sein pädagogisches Wirken empfing. Was mir bei der Abfassung meiner Monographie gleichfalls noch nicht bekannt war: Er besuchte vom 7. Oktober 1772 an bis 1778 das Franckesche Pädagogium in Halle¹⁴, eine Schulstadt, die mit einer vielschichtigen und z. T. zwiespältigen pädagogischen Ausstrahlung das kritische Durchleuchten und Entscheiden herausforderte. Dort war Frölich Schüler der Lateinischen Hauptschule, der Latina, an der neben Latein, Griechisch und Hebräisch auch eine moderne Sprache, Französisch, eingeführt worden war und das Deutsche besonders durch Übungen im Reden und Briefschreiben und im Schmieden deutscher Verse gepflegt wurde. Vor allem aber erhielt der Unterricht durch neue, dem praktischen Leben dienende Fächer Gewicht: Zoologie, Anatomie des Menschen als Grundlage der Gesundheitspflege, Botanik, Physik der Erde und Meteorologie, Astronomie und Ökonomie (Landwirtschaft) sowie Anfänge

der Technologie durch Besuch von Werkstätten. Auch Fertigkeiten wurden nicht vernachlässigt; Zeichnen und „mechanische Disziplin“ wie Drechseln, Glasschleifen und Papparbeit vervollständigten den Unterricht.

Wie stark die durch die hallenser Schulung in Frölich verankerten aufklärerischen und philanthropischen Tendenzen in die Gottower Schule eindringen, spiegelte sich in deren Lehrinhalt und in Picards pädagogischer Haltung wider. Bei der Abfassung seines Artikels über die Gottower Schule stellte Frölich in seiner Begeisterung über das Bemühen und das Können des Schulmeisters seinen Einfluß auf diesen zurück. Denn sicher ist es Frölich zuzuschreiben, wenn Picard nicht nur einen elementaren Unterricht im Lesen, Schreiben, Rechnen und in der Religion erteilte, sondern als neue, mehr oder weniger ausgebaute Fachgebiete die Naturkunde, die Geographie, die Gesundheitslehre pflegte, daß er zu rationalem Denken hinführte, den Versuch unternahm, die praktische Vernunft auszubilden; zum Beispiel im Kampf gegen Aberglauben und Gespensterfurcht. In Anlehnung an die Schulpraxis der Latina führte Picard auch in die für den Kleinbauern und Landarbeiter wichtige Wetterkunde ein und vermittelte das Wissen von all dem, was der heimische Boden hervorbringt (Botanik verbunden mit Ökonomie). Mit diesen Unterrichtseinheiten unterschied sich die Gottower Schule grundlegend von den Landschulen der Umgebung, ja von brandenburgischen Landschulen überhaupt.

Das galt auch für die Unterrichtsmethode, die Frölichs Einfluß spüren läßt, und die erzieherische Einstellung des Lehrers. Zum ersten war Picards Lehrmethode gleich der am Halleschen Pädagogium praktizierten in den naturwissenschaftlichen Fächern weitestgehend auf Anschauung eingestellt. Und wenn Frölich in seinem Artikel über die Gottower Schule anhand eines von dem Lehrer ausgearbeiteten, von drei Knaben geführten Unterrichtsgesprächs über die Entstehung der Gespensterfurcht die didaktische Methode des Schülerdialogs hervorhebt, denken wir daran, daß der pädagogische Philosoph selbst seine beiden Hauptschriften, die Abhandlung „Über den Menschen und seine Verhältnisse“ und das „Thierarzneibuch für den Landmann und Ökonomen“ in Dialogform veröffentlichte. Andere Themen, die Picard mit dem didaktischen Mittel des Schülerdialogs seinen Zöglingen nahebrachte, lauteten: „Wie soll man mit Tieren umgehen?“ und „Über die Erhaltung der Gesundheit“. Ferner hatte Frölich in Halle die Grundsätze der „naturgemäßen“ Pädagogik kennengelernt. Die Schüler sollen mit Liebe und Freundlichkeit für die Aufnahme der Lehrgegenstände und für die moralischen Belehrungen gewonnen werden. Leitbilder boten dem Gottower Lehrer, gewiß auch auf Frölichs Anleitung, die Vertreter der Aufklärungspädagogik, deren Erziehungssysteme eine starke demokratische Note haben, vor allem Johann Heinrich Pestalozzi¹⁵, Heinrich Stephani¹⁶ und August Her-

mann Niemeyer¹⁷. Dieser, als Urenkel August Hermann Franckes selbst am Pädagogium erzogen, wirkte, als Frölich in Halle studierte, an der Universität als Professor der Theologie und wurde 1780 außerordentlicher Professor. Der von Rousseau und der Philanthropie beeinflusste Theologe vertrat in seinen beachtlichen pädagogischen Schriften unter anderem, die lange auch vom Bürgertum bestrittene Meinung, daß das Kind des ärmsten Landbewohners ebensogut verständig werden könne wie das des Edelmanns oder Fürsten.¹⁸

Von dem gleichen Gedanken ging Friedrich Eberhard von Rochow aus, der den Bildungsstand der ausgebeuteten Landbevölkerung heben wollte, indem er forderte, ökonomische Maßnahmen mit erzieherischen zu verbinden¹⁹, und dies selbst auf seinen Gütern in Reckahn und drei weiteren Dörfern vorbildlich praktizierte. Für dessen pädagogische Ziele wiederum setzte sich der Picardsche Gewährsmann Karl Friedrich Riemann ein, indem er unermüdlich Rochows Musterschule zu Reckahn und dessen Lehrart empfahl.²⁰

Ganz anders als in Gottow stand es um die Schulverhältnisse der Büdner- und Kolonistendörfer in der Umgebung des Eisenhütendorfes. Der lobende Bericht Frölichs über die Gottower pädagogische Praxis sollte beispielhaft wirken, da noch überall auf dem Lande trotz des „Königlich-Preußischen General-Land-Schul-Reglements“ vom 12. August 1763 katastrophale Schulverhältnisse herrschten. In seinem Gutsort Scharfenbrück selbst hatte Frölich 1792 ein erschütterndes Schulerbe zu übernehmen. Die Bildung und Erziehung der Landjugend litt dort bei völliger Vernachlässigung durch den Staat vor allem durch die auf die armen Eltern abgewälzte Entlohnung des Schulhaltes, die diesen veranlaßte, das Lehren als einen Nebenberuf zu betrachten, durch die nur geringe oder ganz fehlende Ausbildung des Schulhalters und durch das Nichtvorhandensein eines Schulhauses.

Die Schulinspektoren, waren nur an der Verbesserung der Schulen wirtschaftlich wichtiger Dörfer wie Gottow interessiert oder doch wenigstens nicht mutig genug, sich den Berliner Oberbehörden gegenüber für die Kinder der Landarbeiter und Kolonisten einzusetzen. Sie konzentrierten ihre Bemühungen auf die städtischen Schulen.

Wenn man sich die großartigen vorwärtsweisenden pädagogischen Ideen der bedeutenden Schriftsteller der letzten Jahrzehnte des 18. und des ersten Jahrzehnts des 19. Jahrhunderts vor Augen hält, dann wird deren großer Abstand zur ländlichen Schulwirklichkeit in Brandenburg erschreckend deutlich.

Wegen der miserablen Schulverhältnisse in Scharfenbrück, die die Regierung trotz des Erbpächters Bemühen nicht änderte, schickten Frölich und der Müllermeister Deneve ihre Kinder nach Gottow in die Schule. Frölich ermunterte seine Kolonisten mehrfach, diesem Beispiel zu folgen, aber kein Kolonist war dazu bereit. Die Gründe dafür teilte Frölich der Schulinspektion mit: In

ihrer Armut konnten die Kolonisten nicht die nötige Kleidung und das Schuhwerk beschaffen, um ihre Kinder über Land laufen zu lassen.

Aber auch in Gottow konnten die gepriesenen schulischen Erfolge nur im unausgesetzten Kampf gegen die widrigen Lebensbedingungen der Landbevölkerung errungen werden. Es war unendlich schwer für Picard, ein ihn einigermaßen befriedigendes Unterrichtsergebnis bei den Kindern der armen Hüttenarbeiter und bäuerlichen Tagelöhner zu erreichen. Denn wie in Scharfenbrück und ringsum auf den Dörfern besuchten auch in Gottow die meisten Kinder, wie Frölich feststellte, die Schule nur drei bis vier Monate im Jahr, die wenigsten volle sechs Monate.

Noch 1827 betont Picard, wie mühevoll seine Arbeit sei, da von den Schülern der größere Teil jährlich kaum fünf Monate und dazu noch unzusammenhängend dem Unterricht beiwohne.

Ein realistisches Gedicht des Schulmeisters

Picard scheute sich nicht, schon frühzeitig möglichst eindrucksvoll auf diese Notlage und deren Ursachen hinzuweisen. Den Anlaß dazu bot ihm die von der Königlichen Bergwerks- und Hüttenadministration angeordnete jährlich vor Ostern abzuhaltende Schulprüfung, an der die Hüttenoffizienten, der Prediger und die Gemeinderatsmitglieder teilnahmen, zu der sich aber auch benachbarte Honoratioren, Beamte, Prediger und Lehrer, einfinden sollten. Angesichts einer solchen respektablen Öffentlichkeit schuf der damals drei- unddreißigjährige Picard ein Dialektgedicht, in dem er ungehemmt bloßlegte, wie die sozialen Verhältnisse eines brandenburgischen Hüttendorfes die Bemühungen des Lehrers beeinflussten. Picard schreibt am 6. September 1816 an das Schulamt: „Im Jahre 1797, wo vorzüglich viele auswärtige Schulfreunde der Prüfung beiwohnen wollten, wollte ich am Schluß derselben durch einen Schulknaben die Ursachen der häufigen Schulversäumnisse darlegen und zugleich den Anwesenden danken und sie um Nachsicht mit den vorgekommenen Mängeln bitten lassen. Zu dem Ende entwarf ich beikommend das plattdeutsche Gedicht, welches von dem darauf benannten Bauernknaben kraftvoll und mit Beifall vorgetragen wurde.²¹ Der Bauernknabe hieß Friedrich Bergemann, der diese Verse am 19. April 1797 sprach:

So seit Sei denn, o leven Heern!
Hüt her gekamen uns to hörn.
Sei seit tom deel wiet hergeföhrt,
Un höhn den Knecht fröh rutgestöhrt.

Det freuet uns nu wol recht sehr
Un brenkt uns ok een Hupen Ehr.
Ja, wenn uns eener Gulden gew,
Det wære uns doch nicht so lev.

Et is frilich kaum nennenswarrth,
Wat Sie bei uns hüt hähn gehört:
Alleen ick häh denn doch gesehen,
Dat mänjer nickte: det is schön!

Mie was wol erst recht sehre bang,
Doch as ick dachte breet un lang
Da feel mir in: wennt ok nich gaat
Wie bi den Schöler in de Stadt,

So willst du di recht dreiste stelle,
Un willst de Heeren wol vertelle,
Wie kömmt, daß wer nich lese so fix
Un unse Kumpelment un Knix

Nich so maneerlich ut sik nemt,
As wenn man bi de Stadtmann kömmt,
Nu fängt sik an der Grawetiet
Da brikt de Landmann sienen Fliet,

Mockt det hee Erfte un Knullen steckt,
Plant weißen Kohl, de ok goot smeckt
Sät Lien un Herse ok darbei,
Davon mackt Mutter oft een Brei.

Da möt wei denn to Huse bliewn
Un mötn det Vieh störn Herde triewn:
Mötn ok wol sülwiß de Ossen kehrn,
Damet sei nich det Kaarn vertern.

Denn wenn det Kaarn wert afefrätn
Wat söln wei denn im Winter ätn?
Kömmt nu de kleene Plante rut,
So kommt ok fäl son böset Krut.

Wenn det nicht reen wärt uteplückt,
So wart de Plante unterdrückt.
Da möt wei weten frö un spat,
Bes all det Krut is ut de Saat.

Nu is noch nich de Ernde ran,
Da möt wei in de Hede gahn,
Un plücken swarte Heedelbeern:
De smecken söt as Mandelkeern.

Kömmt denn de leve Erntetiet
As söken wei met allen Fliet
De Aerkens ut de Toppeln rut.
De fudern uns ne Hinne ut.

De Eier legt tum Eierkoukn:
Sei seit ok süß noch goot to brukn.
Im Herweß hohln wie Holt un Keen:
Denn sittn wei warm un känen sehn,

Wenn de Wint met Sneiflocken driewt,
De Schäper gern to Huse bliewt,
Un sick bien heten Aven sett,
Wo em för Angst recht düchtig swett.

Die Kinder werden als Arbeitskräfte benötigt und müssen deshalb der Schule fernbleiben, solange die Eltern nicht allein mit der Arbeit fertig werden: Sie müssen beim Säen und Stecken helfen, das Vieh austreiben und hüten, Un-

Nu derwn wei erst tor Schole gahn,
Mötn aber doch noch fröh upstahn
Un spinnen bes de Schol angeit,
Det Awens ok bes't teine schleit.

Oft segt denn unse Mutter woll:
Woto de Junge schriewen soll?
Woto soll hee Papeer versemeern?
Hee soll wol gar stodeeren lern?

So geit nu in der Stadt wol nich!
Da kann dee Junge flietiglich
Jahr ut Jahr in tow Schole gahn.
Will her det Morgens fröh upstahn.

Un stäken siene Näß int Book,
Denn kann hee go wol werden klook.
Da lät sick denn wol bookstabeern
Un ok fix rekn un lesen lehrn.

Da geit det woll! Nat mockt uns ut!
Ich wehre mei ok minen Hut.
Ick weet det twelf een Dutzend is;
Un det de Mus keen Osse is;

Un keen Eke Plumen drägt.
Un wer mei um wat mehret frägt
Dem seg ick: frag hee soone Lüd,
Dee sick to sowat nehmen Tiet.

Un plüken mei een Kesperblatt
Un piep een Ding det recht bunt gaat,
Un danze in dee Krüz un Quer.
Nu seg ick ok keen Wort nich mehr

As eenen smucken groten Dank,
(Süß wert Oehr woll de Tiet to lang)
Det Sei sich hähn dee Möh genomen
Un sint to uns hüt her'gekomen:

Det sei uns flitig togehört,
Un sick ok gar nich dranne kehrt,
Wenn wei ok men Dörpkinder sind.
Sei wetn bi uns bloß ok de Wint

So gaat as in de grote Stadt
Un stövt den drögen Sand so watt.
Heer kömmt hee rin, da geit hee rut,
Un is för hüte alles ut.

kraut jäten. Vor der Ernte sind die Waldbeeren zu pflücken. Nach der Ernte wird gestoppelt, damit die Körner eine Henne ernähren können. Dann kommt der Herbst und zwingt die Kinder, Holz und Kien zu sammeln und nach Hause zu schleppen. Mit diesen Andeutungen greift Picard nur Beispiele aus dem Alltag der Kinder heraus, schildert er auf keinen Fall deren volle Arbeitslast; nicht gesagt ist auch, daß die Kleinen dies alles mit dürftiger Kleidung und barfuß oder auch mit mangelhaftem Schuhwerk bei jeder Witterung bewältigen müssen. Sie bekommen früh die Härte der Armut zu spüren, die ihre Eltern bedrückt. Erst im Winter kann für die Dorfkinder die Schulzeit beginnen. Aber auch dann haben sie vor dem Unterricht ein Arbeitspensum zu erledigen. Sie müssen sehr früh aufstehen und erst einmal beim Spinnen ein Stück harter Arbeit leisten. Ohne die Hilfe der Kinder würde der Lohn der Eltern für das Gesponnene noch geringer ausfallen.

Nicht vermerkt hat Picard in seinem Gedicht, daß die jämmerlichen Wohnverhältnisse gerade in der winterlichen Schulzeit die Leistungen der Kinder beeinträchtigen. Eine Kolonistenfamilie z. B. verfügte nur über eine Stube und eine Kammer und teilte die Küche mit einer anderen Familie. Die Arbeiter und Tagelöhner dürften nicht besser mit Wohnraum bedacht gewesen sein. Die ökonomische Situation der Dorfarmen und Hüttenarbeiter zwang die Familien dazu, die Kinder mit einzuspannen und die Arbeit in Haus und Hof für wichtiger zu halten als das Studieren und Papier-Vollschmierien. Picard hat das in seinem Gedicht überzeugend zum Ausdruck gebracht. Man spürt aus Picards Versen sein pädagogisches Ethos, seinen Altruismus und sein Verständnis für die Schüler, das auf einer genauen Kenntnis und Berücksichtigung ihrer sozialen Situation beruht.

Aus dem Gedicht ist auch ablesbar, wie groß der den Gottower Lehrer bedrückende Unterschied zu den Schulverhältnissen der Stadt ist.

Die Belastung der Kinder mit häuslicher Arbeit und die dadurch beeinträchtigten Schulverhältnisse in Gottow hatten sich im Jahre 1810 noch nicht geändert, so daß Picard bei der Schulprüfung am 9. April das Gedicht von 1797 noch einmal vortragen lassen konnte. Es war immer noch hochaktuell. Frölich, der in seiner Erstlingsschrift „Über den Menschen und seine Verhältnisse“²² seine pädagogischen Ambitionen erwiesen hatte und sich auf seinem Erbpachtgut ohne Erfolg an den harten Realitäten der preußischen Landschulverhältnisse rieb, erhoffte sich zunächst Erfolge für die Ausbildung der Schulmeister durch die modernen pädagogischen Methoden, die das „Schulmeister-Seminarium zu Berlin“ vermittelt. Aber er erkannte, daß das – wie ihm der Fall des Scharfenbrücker Schulhalters Fürstenau bewies – wirkungslos ist, wenn nicht durch eine ausreichende Bezahlung die Lebensverhältnisse der Landlehrer verbessert und durch ausreichende Schulbauten Schülern und Lehrern eine günstigere Arbeitsgrundlage geboten wird.

In seinem Essayband „Gemälde nach der Natur“²⁴ bringt Frölich eine fingierte „Antwort eines Fürsten auf die Klagen der Schullehrer über geringes Gehalt“. Auf seines Schulhalters Beyers Beschwerden, die in mehr als ein Dutzend Schreiben dem König vorgetragen wurden, antwortete der Inspektor, es sei doch selbstverständlich, daß ein Schullehrer „eine Profession versehen“ müsse, „wo er sich vorzüglich seinen Unterhalt zu erwerben imstande“ sei. Frölich aber lehnt in seinem Essay die Invaliden- und Korporallehrer ab, wendet sich auch dagegen, daß Schneider und Krüger im Nebenberuf als Schulhalter fungieren. Er tritt für eine „bestimmte Bildung“, das heißt eine gute Fachausbildung für alle Berufe ein: Auf der einen Seite sollen Handwerker beruflich so gut ausgerüstet sein, daß sie von ihrem Handwerk allein ihre Familie ernähren können, andererseits sollen gut ausgebildete Lehrer eine ausreichende Besoldung erhalten und nicht genötigt sein, nebenbei Geld zu verdienen oder gar zu erbetteln, wie der Scharfenbrücker Schulmeister Beyer.

Freilich ist sich Frölich dessen bewußt, daß eine grundlegende Besserung des Landschulwesens nur erreicht werden kann, wenn die gesellschaftlichen Verhältnisse der Landbevölkerung sich soweit gewandelt haben, daß die Kinder nicht für den Familienunterhalt mitarbeiten müssen, sondern regelmäßig, auch im Sommer, die Schule besuchen können. So fordert er in seinem Essay auf, über die Besserung des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens nachzudenken und sich für diese einzusetzen, denn „Ändern nach Kräften, das geziemt dem Manne“.

Anmerkungen:

- 1 Die Kurmark Brandenburg, ihr Zustand und ihre Verwaltung unmittelbar nach dem Ausbruche des franz. Krieges im Oktober 1806. Von einem ehemaligen höheren Staatsbeamten. Leipzig 1847. S. 342-345.
- 2 Helmut König: Zur Geschichte der Nationalerziehung in Deutschland im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts. Berlin 1960, S. 61-69, die folgende Auf. S. 69.
- 3 Akademie-Verlag Berlin 1959.
- 4 Archiv für Sippenforschung, Jg. 19, H. 10, S. 235 f.
Den Hinweis verdanke ich der freundlichen Aufmerksamkeit des Bibliotheksrats Peter P. Rohlach, Stadtbibliothek Berlin.
- 5 J. G. F. Cannebich, Lehrbuch der Geographie. 12. Aufl. Ilmenau 1829, S. 541.
Dort werden 265, in Joseph Meyer, Das große Conversations-Lexikon, 13. Bd. Hildburghausen usw. 1848, S. 565 300 Einwohner genannt.
- 6 Berthold Schulze: Besitz- und siedlungsgeschichtliche Statistik der brandenburgischen Ämter und Städte 1540-1800. Berlin 1935, S. 79.
- 7 Adolf Friedrich Johann Riedel: Codex Diplomaticus Brandenburgensis. Bd. XI, Berlin 1856, S. 279.

- 8 Friedrich Nicolai: Beschreibung der königlichen Residenzstädte Berlin und Potsdam... , Bd. 3, Berlin 1806, S. 1044 f. –
Hermann Hahn: Das Hüttenwerk Gottow bei Luckenwalde. In: Die Provinz Brandenburg in Wort und Bild, 2. Bd. Leipzig und Berlin 1912, S. 395.
- 9 Berlin (West) 1971, S. 82, die folg. Anf. S. 83.
- 10 „Ruhlaer Kolonie“ nannte man die Vorstadt von Neustadt Eberswalde, weil sich dort zahlreiche Eisen- und Stahlarbeiter aus dem damals Sachsen-Weimar-Eisenachischen Ort Ruhla angesiedelt hatten.
- 11 A. a. O., S. 1045.
- 12 Der Traum vom Menschenglück. S. 192–194, 230 f.
- 13 Abschrift dieses Artikels: Zentrales Staatsarchiv Potsdam. Pr. Br. Rep. 2A Regierung Potsdam, Abt. II. Kreis Jüterbog-Luckenwalde. Schule zu Gottow. Bl. 88–91; die folgende Anf. Bl. 63.
- 14 Siehe Fußnote 5 und Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt, Halle, Archiv der Franckeschen Stiftungen, Abt. Schularchiv, Schülerverzeichnis.
- 15 Wie Gertrud ihre Kinder lehrt. Bern und Zürich 1801; Buch der Mütter, ebd. 1803; Anschauungslehre der Zahlenverhältnisse, ebd. 1804.
- 16 Grundriß der Staatserziehungswissenschaft. Weisfenfels und Leipzig 1797. Kurzer Unterricht in der leichtesten und kürzesten Methode, Kindern lesen zu lehren. Erlangen 1803.
- 17 Ansichten der deutschen Pädagogik und ihre Geschichte im 18. Jahrhundert. Halle 1801; Leitfaden der Pädagogik und Dialektik, Halle 1802.
- 18 Siehe König a.a.O., S. 413 f.
- 19 Ebenda, S. 200–208.
- 20 Beschreibung meiner Reise von Berlin über Potsdam nach Reckan. 2. Aufl. Frankfurt und Leipzig 1780; Versuch einer Beschreibung der Reckanischen Schuleinrichtung. Berlin und Stettin 1781; Neue Beschreibung der Reckanischen Schule. Berlin und Stettin 1792; Über Arbeitsschulen, Berlinische Monatsschrift 1792 St 10.
- 21 Staatsarchiv Potsdam, Pr. Br. Rep. A, Regierung Potsdam, Abt. II, Kreis Jüterbog-Luckenwalde, Schule zu Gottow, Bl. 135–140.
- 22 Neu herausgegeben von Gerhard Steiner, Akademie-Verlag, Berlin 1960.
- 23 Die näheren Umstände enthält „Der Traum vom Menschenglück“.
- 24 Verlag Unger, Berlin 1802.

Die Stadtwüstung Freyenstein, Kreis Wittstock

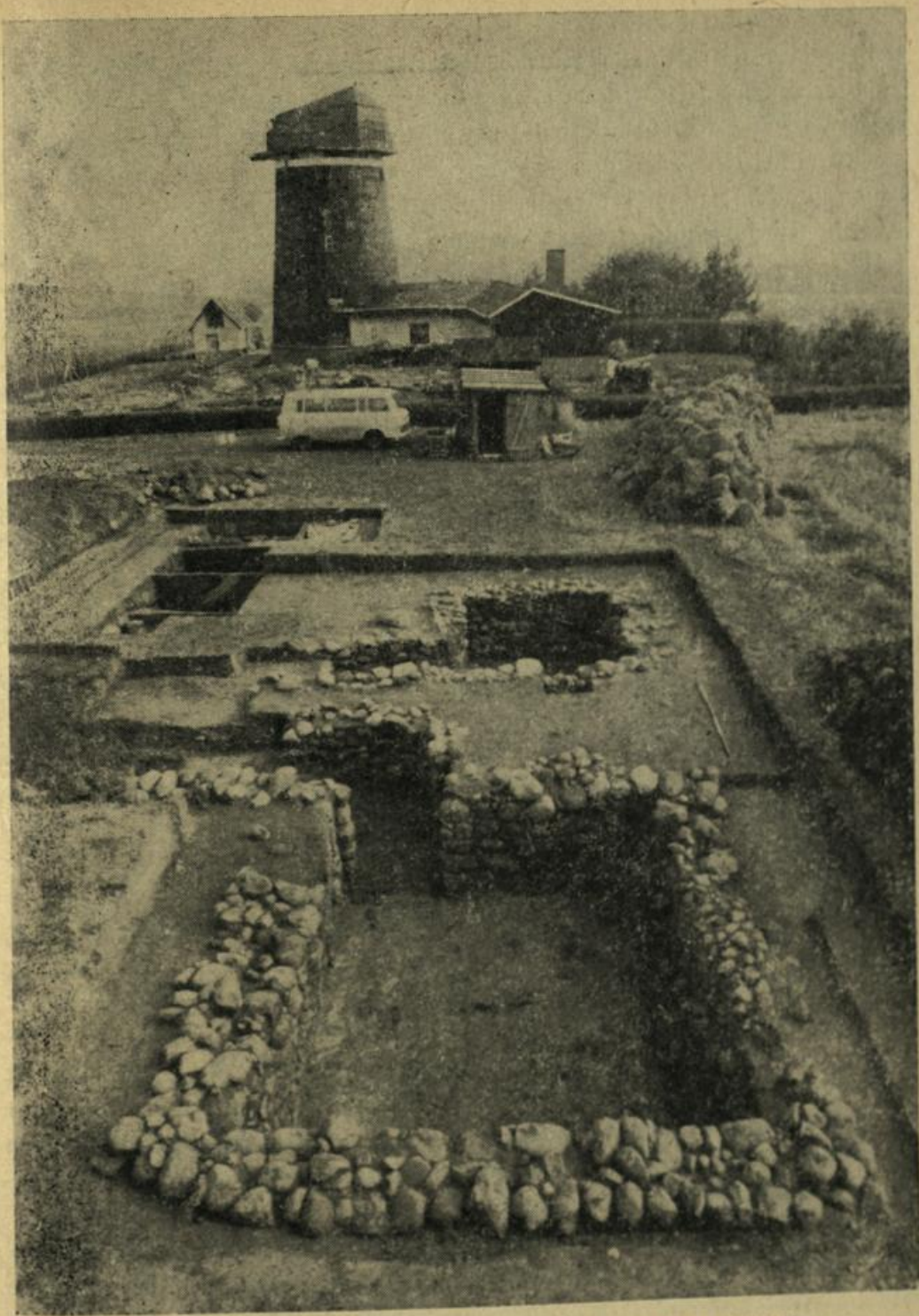
Von Christa und Friedrich Plate

Eine Anhöhe westsüdwestlich der Stadt, unmittelbar an deren Befestigungssystem grenzend, erweckt schon seit längerem die Aufmerksamkeit von Historikern und Archäologen.

Die Stelle trägt den Flurnamen „Altstadt“ und ist der Platz, auf dem Freyenstein ursprünglich gegründet worden war und bis zum Jahre 1287 gestanden hat. In diesem Jahr erfolgte eine Neugründung durch die brandenburgischen Markgrafen Otto IV. und Konrad, verbunden mit der Verleihung des Stadtrechtes von Brandenburg. Aus dem Text der Urkunde geht auch der Grund für die Neugründung und die gleichzeitig erfolgte Verlegung an die heutige Stelle hervor: die Stadt war mehrmals in Grenzkämpfen zwischen den brandenburgischen Markgrafen und den mecklenburgischen Herren von Werle, die die Besitzer der unmittelbar angrenzenden Gebiete im Süden Mecklenburgs waren, zerstört worden.

Der Zeitpunkt der Erstgründung ist nicht überliefert. Der Beginn der Besiedlung wird anhand der Gründungsdaten anderer Prignitzstädte und der bisherigen Ausgrabungsergebnisse im Altstadtgelände, über die im Folgenden berichtet wird, in den Zeitraum vom Ende des 12. und den Beginn des 13. Jahrhunderts gesetzt. Zeitlich älteres slawisches Fundmaterial fehlt ganz. Die Stadt wurde in einem in slawischer Zeit nur dünn besiedelten Gebiet angelegt, das von Wäldern eingenommen wurde, welche die Gebiete der slawischen Stämme der Došane an der Dosse und der Müritzer im Müritzseengebiet voneinander trennte. Nach der Eroberung der Prignitz im Zuge des von Havelberg 1147 ausgehenden Wendenkreuzzuges durch deutsche Feudalherren wurden hier elf Herrschaftsbezirke, sogenannte terrae gebildet. Freyenstein liegt im Gebiet der terra Wittstock, die zum Besitz der Bischöfe von Havelberg gehörte. Erste nachweisbare Eigentümer, wohl seit 1244, sind die mecklenburgischen Herren von Werle, die die Stadt von den Bischöfen zu Lehen hatten. Sie kommen deshalb neben den Havelberger Bischöfen als Stadtgründer in Betracht.

1263 oder 1267 eroberten die Markgrafen von Brandenburg die Stadt und den nördlichen Teil der Herrschaft Wittstock. Die Nordgrenze dieses Gebietes war noch bis in den Anfang des 14. Jahrhunderts hinein heftig umkämpft. Neben den schweren Verwüstungen, die die Stadt im 13. Jahrhundert betraf-



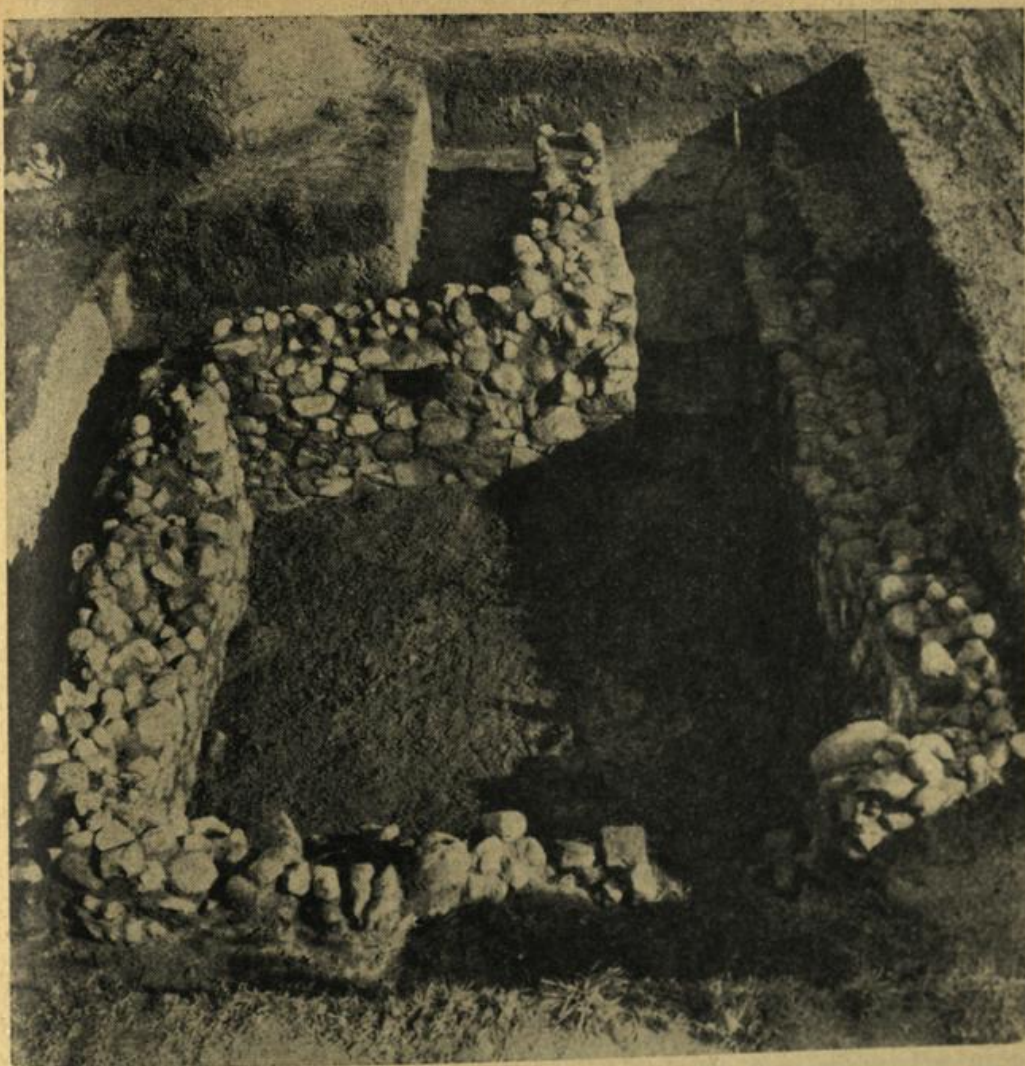
Übersicht über die Grabungsfläche 1984 mit zwei freigelegten Feldsteinkellern

fen hatten und die einen Wiederaufbau an gleicher Stelle sinnlos erscheinen ließ, spielte sicherlich auch die günstige strategische Lage des neu gewählten Standortes eine entscheidende Rolle für die Neugründung. Freyenstein wurde damals von der Hochfläche in ein Niederungsgebiet verlegt, wodurch zusammen mit der Verkleinerung des Stadtareals und der Errichtung einer neuen Stadtbefestigung offensichtlich ein besserer Schutz vor Angreifern erreicht wurde. Gleichzeitig rückte die Stadt in die unmittelbare Nähe einer wohl schon vorher angelegten Burg an der Stelle des heutigen Alten Schlosses im Süden der Stadt. Ursprünglich befand sich hier eine ganz von einem Wassergraben umgebene rechteckige Befestigung von 45 x 40 Meter Seitenlänge, auf der 1556 ein Renaissance-Schloß erbaut wurde. Burgen dieses Typs wurden in der 2. Hälfte des 12. und im 13. Jahrhundert von deutschen Feudalherren in der Mark Brandenburg errichtet. Eine genaue zeitliche Einordnung wäre jedoch nur durch eine Ausgrabung zu erreichen.

Auf dem Altstadtgelände sind für eine Ausgrabung sehr günstige Bedingungen gegeben. Die Ausdehnung des alten Stadtgeländes kann durch die heutige Topographie – abfallende Hänge und Reste der ehemaligen Stadtbefestigung, die als Wall und Graben im Westen und Nordwesten noch erkennbar sind – mit 680 Meter in West-Ost-Richtung und 480 Meter in Nord-Süd-Richtung gut bestimmt werden.

In diesem Areal fanden nur an zwei Stellen, bei einem Schulneubau und durch den Bau einer Windmühle, größere Erdbewegungen statt. Da das ganze übrige Gelände ackerbaulich und gärtnerisch genutzt wird, stünde es somit einer archäologischen Untersuchung zur Verfügung, ohne daß wesentliche Störungen der im Boden erhaltenen Strukturen der alten Stadt zu erwarten wären. Diese Umstände sind für die Erforschung der Anlageform, der Bauweise von Wohnhäusern und Wirtschaftsgebäuden, der Untersuchung von Produktionsstätten und der Art der Nutzung eines städtischen Areals in der Frühphase der Stadtentwicklung von großer Bedeutung, da diese Bedingungen in Städten, die nicht verlegt wurden, wegen der bis in die Neuzeit hinein erfolgten Eingriffe in den Boden, ungleich schlechter sind. Die dort zwangsläufig vorhandenen Bodenstörungen lassen nur unter sehr günstigen Bedingungen und immer nur in begrenztem Umfang Beobachtungen von Baustrukturen aus älteren Zeitabschnitten zu.

Der Anlaß für den Beginn der Grabungen im Altstadtgelände waren 1979 beim Verlegen einer Telefonleitung zur Mühle aufgefundene Fundamente eines Feldsteingebäudes zusammen mit Scherbenfunden. Das Museum für Ur- und Frühgeschichte Potsdam, Forschungsstelle für die Bezirke Potsdam, Cottbus und Frankfurt/O. erhielt damals Meldung über die Funde von ehrenamtlichen Mitarbeitern des Museums in Freyenstein und Wittstock. Seit 1980 wurden in jährlich ca. acht Wochen andauernden Grabungskampag-



Grundriß des später oberirdisch markierten Feldsteinkellers mit Wandnische nach der Freilegung. In Vordergrund Fensteröffnung

nen bis 1985 zwei ca. 50 Meter voneinander entfernte Flächen von insgesamt 925 m² Größe untersucht. Dabei wurden 17 Komplexe angeschnitten, von denen zwölf vollständig untersucht wurden. Wegen der Größe des Fundplatzes und der nach den ersten Grabungskampagnen festgestellten fundleeren Flächen zwischen den einzelnen Bauwerken, wurde 1983 eine geomagnetische Erkundung von Mitarbeitern der Akademie der Wissenschaften Berlin durchgeführt. Hierdurch wurde eine Reihe von Arealen erkannt, in denen sich Funde und Befunde konzentrierten. Die Grabung konnte dadurch ab 1984 zielgerichtet fortgesetzt werden. Auf einer Fläche von nur 390 m² westlich des Mühlengrundstückes wurden zehn Komplexe nachgewiesen. Die bisher ergrabenen Objekte können wie folgt untergliedert werden: Vier

Feldsteinkeller, zwei Holzkeller, ein Pfostenbau (Backhaus), ein ebenerdiges Bauwerk mit Feldsteinfundamenten und Schleppdach (vermutlich Hufschmiede), drei Gruben und ein Bronzeverarbeitungsplatz mit kleiner Herdstelle. Bei den übrigen fünf angeschnittenen Bauwerken handelt es sich um Holzkeller, die z. T. noch untersucht werden.

Aus der Übersicht geht hervor, daß bisher vorwiegend Reste von Gebäuden freigelegt wurden, die unterkellert waren, oder Fundamente bzw. Pfosten-setzungen hatten, die unter das alte Oberflächenniveau reichten. Der Nachweis von ebenerdigen Bauwerken, die hier auch vermutet werden, sowie von Straßen und Wegen gelang bisher nicht, da die alte Oberfläche nicht mehr erhalten ist.

Die Fundamente der vier bisher freigelegten Steinkeller bestanden aus sorgfältig in Lehm verlegten Feldsteinen mit einem durchschnittlich 4,0 x 4,0 m großen Innenraum und ca. 1,40 m Tiefe. Sie besaßen vorgebaute Eingangsrampen unterschiedlicher Konstruktionen z. T. mit noch erhaltenen Feldstein-treppen. Diese Keller wurden sicherlich zur Aufbewahrung von Vorräten genutzt und besaßen, wie die Verfüllschichten beweisen, ein oberes Stockwerk in Fachwerkbauweise, das auf dem ursprünglich ca. 1,0 m über die heutige Oberfläche reichenden Feldsteinfundament aufgebaut war.

Neben diesem Obergeschoß können auch ebenerdige Anbauten bestanden haben, die jedoch aus den oben angeführten Gründen nicht mehr nachgewiesen werden konnten. Der Keller wäre dann nur ein Teil des Hauses mit einer größeren Grundfläche. Neben der Nutzung als Vorratsraum muß mit einer ursprünglich wohl auch vorhandenen Schutzfunktion der Keller gerechnet werden.

Zwei ausgegrabene und zwei weitere angeschnittene Holzkeller haben langgestreckt rechteckige Grundrisse von maximal 2,50 m Breite, durchschnittlich 4,00 m Länge und 1,60 m Tiefe. Hölzerne Eingangstreppen befanden sich an den Schmalseiten. Die Holzwände und Eckpfosten waren als Verfärbung erhalten. Der Fußboden markierte sich, ebenso wie in den Steinkellern, als dünne Schicht von dunkler Färbung über dem anstehenden lehmigen Sand; er war also nicht befestigt gewesen. Eindringendes Regenwasser wurde in kleinen Gruben, die an der tiefsten Stelle des Kellers angelegt waren, aufgefangen.

Der Grundriß des 1982 freigelegten Backhauses in Pfostenbauweise war annähernd trapezförmig. Deutlich markierte sich der Eingang an der Nordseite. Im Zentrum des Gebäudes befanden sich drei übereinanderliegende runde bis ovale Tennen von Backöfen. Sie waren seitlich etwas versetzt angeordnet und sind nacheinander in Gebrauch gewesen. Die Lehmtennen mit sehr glatter, hartgebrannter Oberfläche waren auf einem Fundament aus Lehm errichtet worden. Steinsetzungen markierten die Feuerlöcher, während die aus einer

erdiges
schmie-
dstelle.
a Holz-

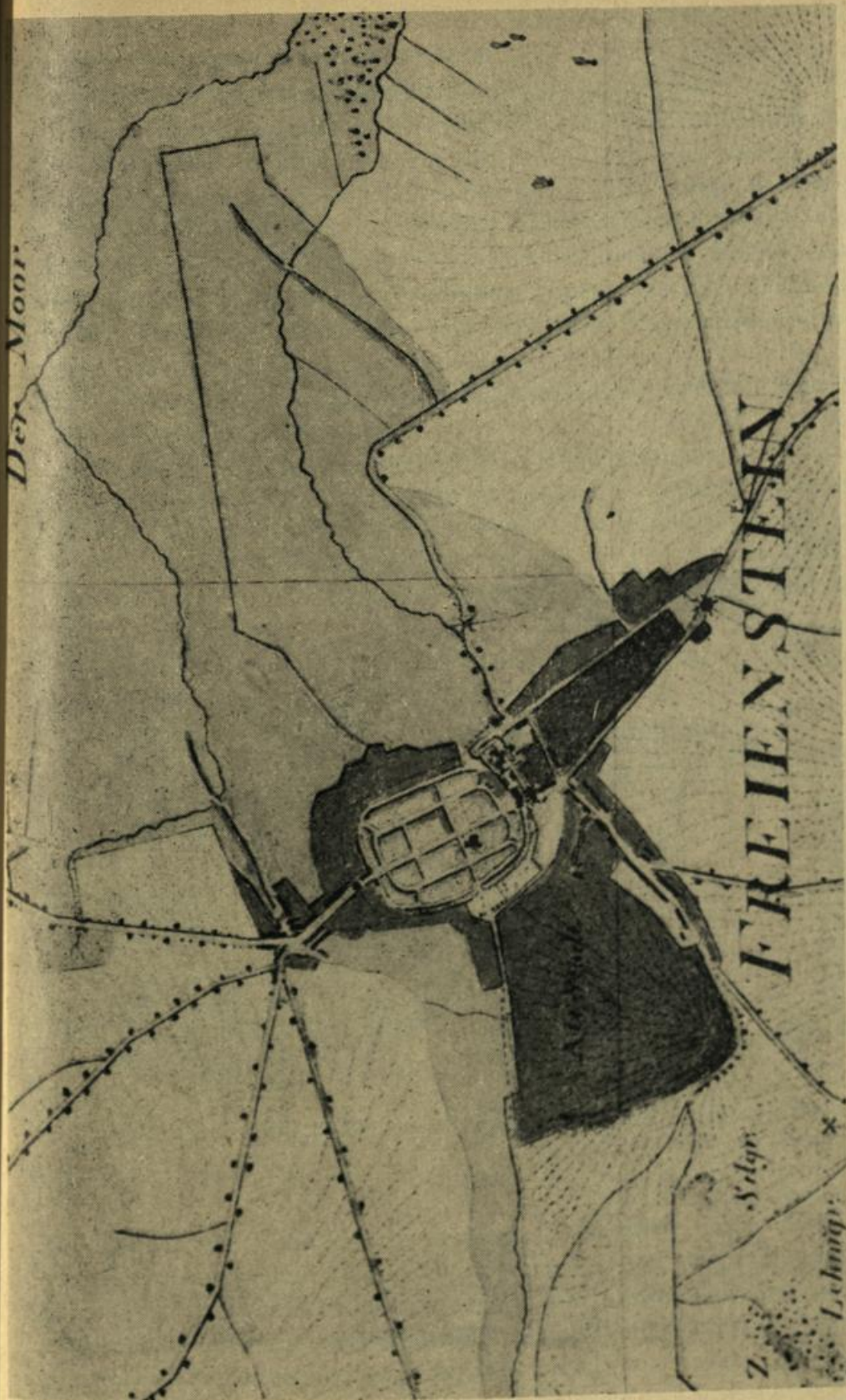
bäuden
fosten-
Nach-
wie von
t mehr

s sorg-
4,0 m
gangs-
dstein-
en ge-
kwerk
eutige

anden
ewie-
einer
einer
chnet

lang-
ttlich
ch an
g er-
, als
and;
le in
afge-

an-
eite.
e bis
und
tter,
htet
iner



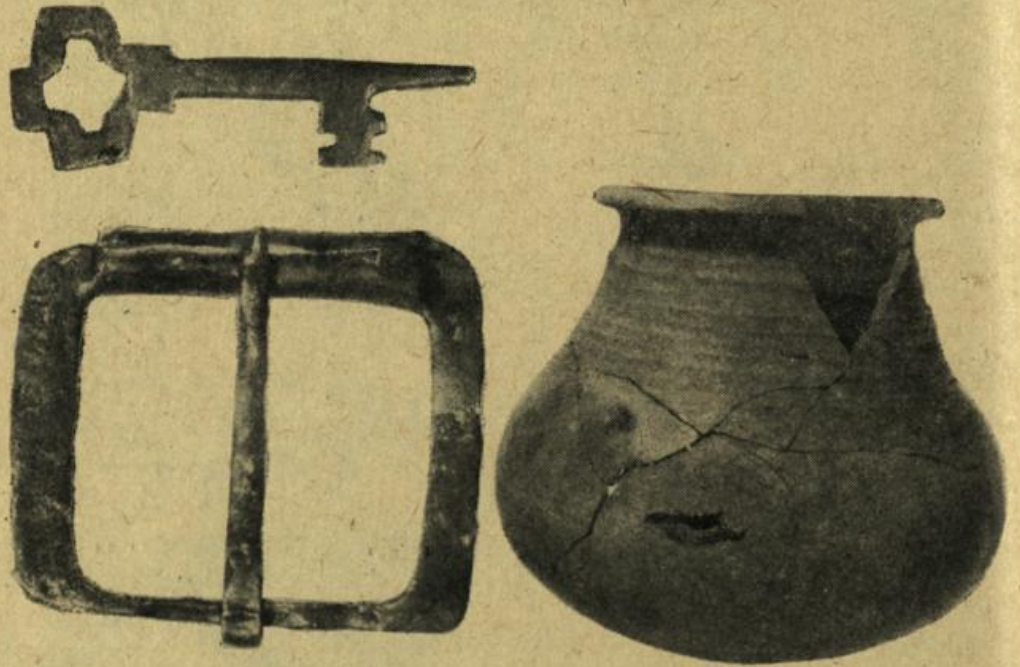
Ausschnitt aus dem Urmeßrissblatt 1823

Holz-Lehm-Konstruktion bestehenden Kuppeln nicht mehr vorhanden waren.

Nach den bisherigen Untersuchungen zeigt sich bereits, daß die Bauwerke regelmäßig zueinander ausgerichtet waren. Zwischen ihnen befanden sich teilweise größere fundleere Flächen, die möglicherweise Hofgrundstücke oder Gartenland waren. Weitere Aussagen über die innere Struktur der Stadt können noch nicht gemacht werden.

In den einzelnen Bauwerken und deren unmittelbarer Umgebung wurden zahlreiche Geräte und andere Gebrauchsgegenstände, sowie Bruchstücke von ihnen, aus Keramik, Metall, Glas, Holz und Knochen geborgen. Dabei handelt es sich sowohl um Siedlungsabfälle als auch um Gegenstände, die verloren wurden oder nach dem Zusammensturz der Häuser nicht mehr zugänglich waren.

Die größte Fundgruppe umfaßt das Keramikmaterial, welches sich überwiegend aus Scherben oder größeren Gefäßbruchstücken zusammensetzt. Neben



Funde aus dem verschiedenen Komplexen. Bronzeschlüssel (links oben), Eisenschnalle (links unten) und Kugeltopf (rechts)

den für diese Zeit typischen Scherben von grauen Töpfen, Kannen und Tassen mit halbrundem Boden, den sogenannten Kugeltöpfen, wurde in Freyenstein erstmals ein größerer Komplex gut erhaltener Gefäße anderer Materialstruktur und Formgebung gefunden. Die teilweise glasierten Gefäße werden einmal Rückschlüsse auf Handelsverbindungen möglich machen.

Zahlreiche Metallgegenstände aus allen Bereichen des täglichen Lebens erlauben Aussagen zur Wirtschaftstätigkeit, dem Haushaltsgerät und der Bewaffnung der Bewohner, Tierknochen und pflanzliche Reste, die als Abfälle fortgeworfen wurden, werden nach Abschluß der Untersuchungen von Fachwissenschaftlern ausgewertet.

Wegen seiner besonderen Bedeutung steht der Fundplatz unter staatlichem Schutz. Alle Veränderungen, insbesondere Eingriffe in den Boden, bedürfen der Genehmigung durch das Museum für Ur- und Frühgeschichte Potsdam. Funde, die bei der Bearbeitung des Bodens oder oberflächlich zutage kommen, sind, wie alle Funde aus ur- und frühgeschichtlicher Zeit, ablieferungs-pflichtig.

Die Grabungen sollen in den nächsten Jahren fortgesetzt werden, um die bisher gewonnenen Ergebnisse zu vervollständigen. Für die Zukunft ist auch ein Grabungsschnitt durch die ehemalige Stadtbefestigung geplant, um deren Aufbau zu klären. Mit Hilfe von Sondierungen soll versucht werden, die Lage der Kirche festzustellen, über deren Standort nur Vermutungen vorliegen. Über die Grabungsergebnisse wird in Publikationen und Ausstellungen berichtet werden; geplant ist eine Präsentation eines Teils des Fundmaterials in der Burg Freyenstein.

Der Grundriß des ersten, 1980 untersuchten Feldsteinkellers, wurde mit Mitteln des Rates des Kreises Wittstock oberirdisch sichtbar markiert. Zu diesem Zweck wurden die freigelegten Fundamentmauern bis über das Oberflächenniveau hochgemauert, so daß der Besucher heute den Kellergrundriß in seiner Originalgröße und -ausrichtung an der Fundstelle besichtigen kann.

Literatur

- Lieselott Enders, Historisches Ortslexikon für Brandenburg, Teil 1, Prignitz
Weimar 1962
Walter Matthes, Urgeschichte des Kreises Ostprignitz. Leipzig 1929.
Johannes Schulze, Die Prignitz. Köln-Graz 1956.

Der Backofen, das kleinste Bauwerk im Dorf

Von Kurt Weiden

Er war zwar das kleinste; aber gleichzeitig ein lebenswichtiges Bauwerk im Dorf, von denen es meist mehrere gab. Die Backöfen galten als feuergefährlich, ein Grund, daß sich die „Obrigkeit“ wiederholt mit ihnen beschäftigen mußte. Im Reglement „Über die Anlegung von Backöfen in den Dörfern vom 16. 4. 1761“ wies die Kriegs- und Domänenkammer auf die Feuersbrünste hin, welche durch die Nähe der Backöfen an Gebäuden und vor allem durch mangelhafte Aufsicht entstanden sind. Sie hielt es für rationeller, nur einen Backofen im Dorf zu haben, diesen voll auszunutzen, durch eine zuverlässige Person ständig betreuen zu lassen und „nicht in der Wirtschaft für das Brotbacken einen halben Tag aufzubringen.“

Die Kriegs- und Domänenkammer wies daher an:

1. Es sollen nicht mehr als höchstens 4 Backöfen in einem Dorf gehalten werden.
2. Der Ofen soll, wenn im Dorf genügend Platz vorhanden ist, so groß gebaut werden, daß mehrere Wirte gleichzeitig darin backen können.
3. Wenn möglich, können mehrere Seiten eines Dorfes für die Errichtung von Backöfen verwendet werden, (um zu weite Wege zu vermeiden.)
4. Die Backöfen müssen künftig mit Schornstein versehen werden und eine Mindestentfernung von 30-40 Schritten von den Gebäuden haben.
5. Nur in Ausnahmefällen dürfen Backöfen im Garten gebaut werden.
6. In jedem Dorf mit einem gemeinsamen Backofen sind Personen wie „arme Leuthe, wie Schäfer- und Nachtwächterfrauen zur Aufsicht zu bestellen“, die das Heizen und Abbacken beaufsichtigen sollten.
7. Das Holz muß jeder selber liefern.
8. Holz und Stroh dürfen nicht eher gebraucht werden, ehe geheizt wird.
9. Bei Sturm darf ein Ofen nicht geheizt, das Backen muß auf einen andern Tag verschoben werden.
10. Es ist mit großer Vorsicht beim Heizen vorzugehen. Flachs soll möglichst in der Sonne und nicht im Ofen geröstet werden.
11. Mit Ende des Jahres sollen die gefährlichen Backöfen aus den Dörfern entfernt werden. (1761)

Es mußte allerdings „mißfällig vernommen werden“, daß nicht nach dem Reglement verfahren würde. (13. 7. 1767) Nun entschloß sich die Kriegs- und

Domänenkammer, einen Backofentyp zu entwickeln, der vor allem den Forderungen nach Sicherheit entsprach. Hierzu war eine Befragung der Bevölkerung vorausgegangen. Diese sah wohl die Notwendigkeit ein, dennoch war es recht schwer, alte Gewohnheiten und Traditionen aufzugeben. Grundsätzlich waren vor allem die Frauen gegen ein gemeinsames Backen, wobei in einigen Dörfern die Auffassungen auseinandergingen. Es gab auch damals keine Hausfrau, die eine „olle Schmuddeljuste“ an den Backtrog ließ oder an den Ofen stellte. Die Furcht vor Feuersbrünsten war groß; aber die Kosten für die Errichtung eines Backofens waren auch nicht gering. Die Amtmänner, Lehnschulzen, Gerichtsmänner und einsichtigen Dorfbewohner legten Wert auf den Schutz ihrer Gehöfte vor Feuersbrünsten.

Das Ergebnis der Räte in der Kriegs- und Domänenkammer war ein „Anschlag zur Anfertigung eines publiquen Backofens von 10–12 Fuß im Durchmesser Größe, Gewölbt, mit Dachstein in Lehm belegt, mit einem massiven Vorgelege und Schornstein versehen nach anliegender Zeichnung.“ Die Originalzeichnung, farbig angelegt, ist ein kleines Kunstwerk. Man verstand es bereits damals, eine Sache schmackhaft zu machen. Hierzu wurde folgender Kostenanschlag gemacht:

„An Arbeitslohn

Das Fundament zum Backofen 3 Fuß in und über der Erde hoch gerechnet 2 Fuß aequirt stark von Feldsteinen auszulegen, und den Backofen selbst 10–12 F Durchmesser, 4 F hoch auf 1/2 Stein, mit Gurten auf ein Stein stark wölben, in Lehm gemauert.

Th sgr

6 12

Das Verlegen davor 6 F im Quadrat groß mit Schornstein auf Kappe darüber zus. incl. Berappen

4 —

Den Ofen mit Lehm zu bewerfen 3–4 Zoll stark

— 16

Solchen mit Dachstein in Lehm eingedeckt zu belegen

1 —

facit Maurerarbeitenlohn

12 4

Dem Tischler, Schlösser und Schmidt

1 glatt geleimte Thüre außerhalb vor das Vorgelege, mit Bänder, Mauerhaken und Schließ-Krammen

1 18

1 starke eiserne Ofen Thüre mit Mauerhaken und Schließ-Kramme

3 4

3 eiserne Anker in die Schornsteinkappe a 18 gr

2 6

1 doppelte Ofen Eisen im Sturz des Mundloches

1 6

facit vom Tischler, Schlösser und Schmidt

8 10

An Materialien

24 Fudersteine zum Fundament des Backofens und des

	Vorgeleges a 14 Cubicfuß Größe erforderlich, diese fahren die Gemeinen selbst an von Orthen wie dergleichen in der Nähe zu haben		
4000	Mauersteine kosten auf denen Ziegeleyen im Durchschnitt 18 sgr das Hundert. Hier also	30	-
1300	Dachsteine zur Decke des Backofens erforderlich dito a 18 sgr das Hundert auf der Ziegeley	9	18
3	Tonnen Kalk zum Fundament und dem Berappen des Vorgeleges und Schornsteins von außen a 1 Th 16 sgr auf denen factoreyen gegenwärtig	5	-
-	Lehm, Sand auch Stroh zum Bewerfen des Ofens fahren die Gemeinen unentgeltlich an		
	facit der Materialien	44	18
<i>Recapitulation</i>			
	1. dem Maurer an Arbeitslohn	12	4
	2. dem Tischler, Schlösser und Schmidt	8	10
	3. An Materialien	44	18
	in Summen	65	8

Berlin den 6ten Februar 92 (1792)“

Die Baukosten mit ca. 65 Talern (eine Kuh kostete 15 Taler) waren bewußt so niedrig gehalten. Tatsächlich betrug diese, wie an anderer Stelle festgestellt wurde, 80–90 Taler. Als die Dorfbewohner den Kostenanschlag sahen, gab es erneute Diskussionen.

Die Verminderung der Feuergefährlichkeit wurde anerkannt. Dem gegenüber standen die Wünsche Einzelner. Die Räte der Kriegs- und Domänenkammer legten den Landräten nahe, „... gemeinschaftliche Backöfen nicht durch Zwang zu bewürken, sie hielten dafür: daß solche denen Unterthanen als freier Sache überlassen bliebe.“

Sie würden schon selber erkennen, daß ein gut gebauter gemeinschaftlicher Backofen „von 70 bis 80 Thaler“ billiger und besser ist, als wenn jeder Wirt selbst baut und dabei sein Gehöft und andere gefährdet. Die Kammer schlug vor, für 20 bis 30 bäuerliche Familien 3 bis 4 gewölbte Backöfen „mit massiven Vorgelegen“ zu errichten, in denen auch Obst und Flachs (!) getrocknet werden kann.

Die Kammerräte wußten aber auch recht gut, daß das Backen von den wirtschaftlichen Belangen in den Haushaltungen und den recht unterschiedlichen Bedürfnissen abhängig war, was an den Feiertagen zu einem großen Andrang auf den gemeinschaftlichen Backofen führte. „Auch würden die kleinen Leuthe, Hirten und Tagelöhner sehr leiden, die nicht viel mit einem mal backen könnten, daher öfter backen müßten, diese würden also

erst den Ofen heiß machen müssen.“ Brenn- und Raffholz war bereits damals sehr knapp. Während es die Bauern mit Pferd und Wagen nach Hause fahren konnten, mußten sich die Tagelöhner und Büdner mit der schwer beladenen Karre durch den Sand quälen. Hier dachten bereits einige Kammerräte sozial. Am meisten wurden die Backöfen in der Zeit von Michaelis (29. 9.) bis Martini (11. 11.) benutzt. Im Vordergrund stand nun die Brennholzsparsparnis.“ Die Wirthe sollen hieran gewöhnt werden und das Holz nach Proportion liefern.“ Also hat bereits damals manch einer gern auf Kosten des andern gelebt.

Die gemeinschaftliche Benutzung und Instandsetzung des Backofens führte zwangsläufig zu Auseinandersetzungen in der Gemeinde. Örtliche Regelungen wurden vorgeschlagen. Zum besseren Schutz war der Backofen mit einem Ziegeldach zu versehen und sollte nicht wie bisher mit einem Bretterdach oder sogar mit Stroh (!) abgedeckt werden.

Von wesentlicher Bedeutung waren die Sicherheitsabstände von den nächsten Gebäuden, die wenigstens 40 bis 50 Schritt betragen mußten.

Grundsätzlich wurde das Bretterdach über dem Backofen verboten. Auch damals wurde nicht auf die Mitarbeit der Bevölkerung verzichtet, wie aus folgenden Vorschlägen hervorgeht:

- Der Backofen darf nur vormittags und nicht abends geheizt werden, weil tagsüber derselbe besser „beobachtet werden könne.“
- Jeder Wirt ist verpflichtet, den Ofen zu überwachen „bei nahmhafter körperlicher Strafe dafür zu sorgen, daß beim Herausnehmen des Feuers alle mögliche Behutsamkeit beobachtet, solches sogleich vor dem Backofen eingegraben oder mit Wasser ausgelöscht werden.“ Es wurde niemand gestattet „die aus dem Ofen gescharrte glühende Asche oder Kohlen nach seinem Hause zu bringen.“
- Flachs und Hanf durften nicht vor dem Ofen ausgebreitet werden, weil die Spreu die Feueregefahr vermehrte.
- Das Holz zum Heizen des Ofens war 10-12 Schritt entfernt von diesem zu lagern. (Es war leicht brennbares Reisig.)

Die Maßnahmen waren alle sehr gut, wenn man sie beachtet. Eine nachhaltige Wirkung versprach sich die Kriegs- und Domänenkammer mit der Einschaltung der Ortsschulzen als Beauftragte der Dorfgerichte, indem von den Wirten das Anheizen der Backöfen vorher zu melden war. Einen weiteren Schutz sah man im Anpflanzen von Obstbäumen und Weiden um die Backöfen herum, um einen Funkenflug zu verhindern. Zum Schluß schlugen die Kammerräte vor, in jedem Dorf zunächst den Versuch mit einem gemeinschaftlichen Backofen zu machen.

Leider mußte die Kriegs- und Domänenkammer abermals „mit großem Mißfallen gewahr werden“, daß aus „Vorurtheil, Widerspruch und Einwendun-

gen“ der Feuersicherheit nicht Rechnung getragen wurde und erließ eine Verordnung „Wegen besserer Einrichtung der Backöfen in den Dörfern der Churmark“ am 16. 4. 1794. Hieraus ist zu ersehen, wie schwer es selbst im autoritär regierten Staat war, die Menschen von der Einsicht in Notwendigkeiten zu überzeugen, weil stets deren Egoismus im Vordergrund stand.

Mit der Verordnung mußte notgedrungen der Weg des Zwanges beschritten werden. Hierzu erfolgten Bestimmungen:

- § 1 Backöfen müssen in 50 Schritt Entfernung von Gebäuden errichtet werden. Hölzerne Ofentüren und das Abdecken der Öfen mit Brettern, Stroh oder Rohr wird verboten. Es sind Obstbäume um die Öfen herum zu pflanzen.
- § 2 Bei einem geringeren Abstand, welcher der Zustimmung des Landrats bedarf, ist der Ofen mit einem massiven Schornstein und mit Dachziegeln zu decken.
- § 3 Auf den Dorfstraßen dürfen keine Backöfen gelitten werden.
- § 4 Ohne Zustimmung der Gerichtsbarkeit dürfen keine Backöfen errichtet werden. Diese entscheidet über die Platzwahl.
- § 5 Backöfen, die den Vorschriften nicht entsprechen, müssen innerhalb einer bestimmten Frist „eingeschlagen“ werden. Außerdem sind 10 Taler Strafe zu bezahlen.
- § 6 Die Land- und Kreisausreiter „haben die Backöfen in den Dörfern fleißig in Augenschein zu nehmen, und wenn sie Mißbräuche finden, solches bei nachdrücklichen Strafen sofort anzeigen.“

Diese Verordnung sollte gedruckt, „in den Intelligenzblättern und Zeitungen eingerückt und in den Dorfschänken angeschlagen werden. „Hinzu kam die sonntägliche Verlesung von den Kanzeln durch die Prediger.

Immer wieder bereitete der Sicherheitsabstand von den Gebäuden der „Obrigkeit“ Sorgen. Da gegen diesen häufig verstoßen wurde, waren die Kontrollen sehr streng und damit der Abriß des Backofens verbunden.¹

Wie bauten die Märker ihre Backöfen um 1850?

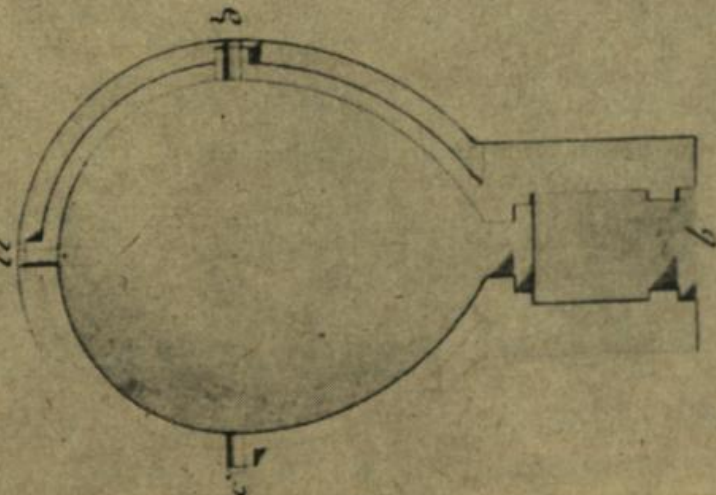
Vielfältig waren die Ausführungen, wie die noch vorhandenen Reste mancher Backöfen zeigen. Einen Eindruck vermittelt der vom Autor vermessene Backofenrest eines solchen auf dem Neuendorfer Anger in Potsdam-Babelsberg. Es war ein recht dauerhaft gebauter Ofen, bei dem jedoch die Entfernung von 50 Schritt (37,50 m) nicht eingehalten wurde, sondern nur 70 Fuß (21 m) betrug. Dieser vor dem Jahr 1866 erbaute Backofen, der von Fliederbüschen umgeben war, wurde noch 1918 benutzt.²

Vor dem Bau eines Backofens prüften die Erbauer, ob die gedachte Stelle einen ausreichenden Sicherheitsabstand von den Gehöften und der Nachbargrenze hatte; vor allem aber bequem lag, worauf die Hausfrau besonderen

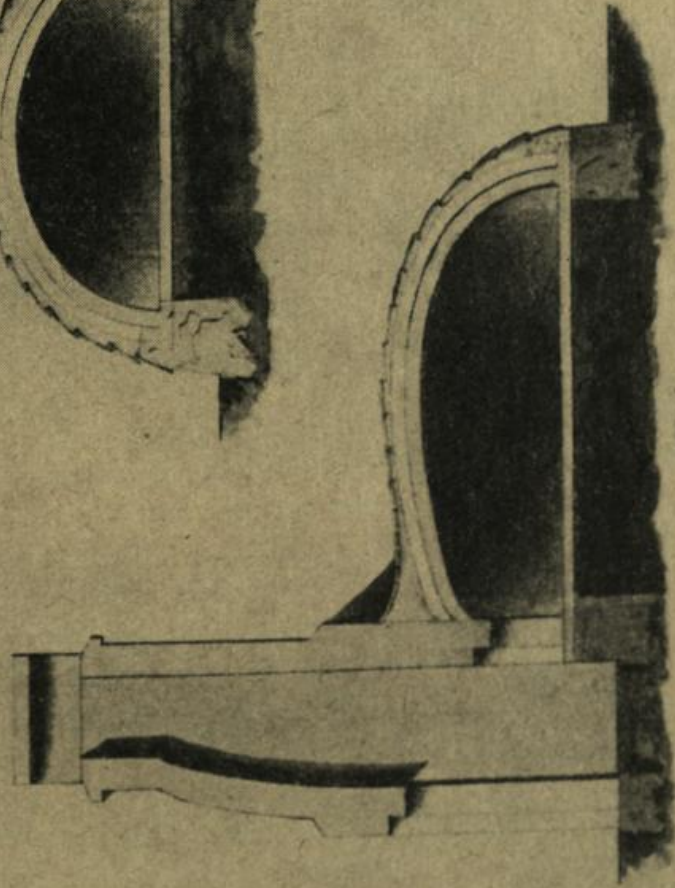
ne Ver-
 Chur-
 autori-
 keiten
 hritten
 t wer-
 ettern,
 herum
 ndrats
 chzie-
 ichtet
 einer
 rfern
 nden.
 ngen
 die
 der
 die
 cher
 gene
 els-
 fer-
 Fuß
 der-
 elle
 ar-
 ren

Handwritten note: In dem Dörfen anzulegen, folgt man dem

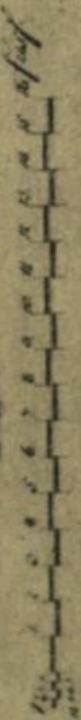
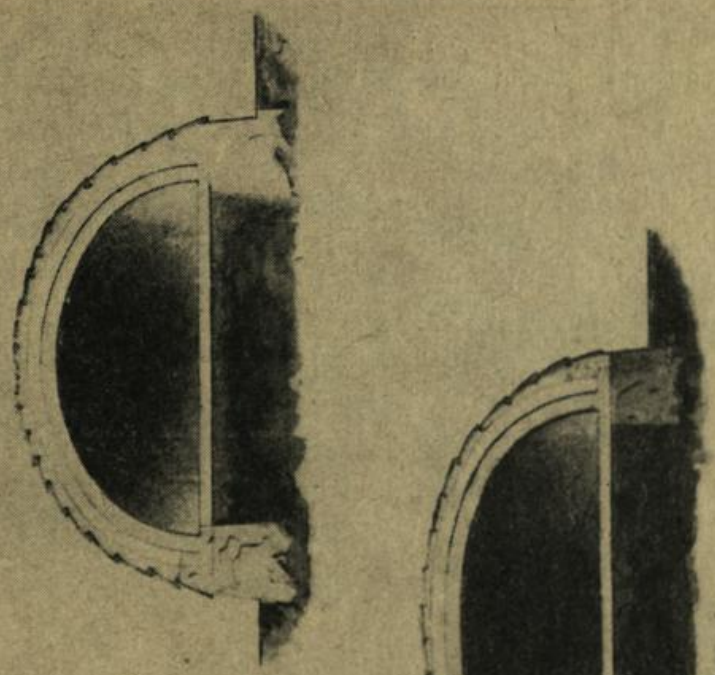
Grundriß



Durchschnitt des Ofens nach ab



Durchschnitt der Ofen nach c-d

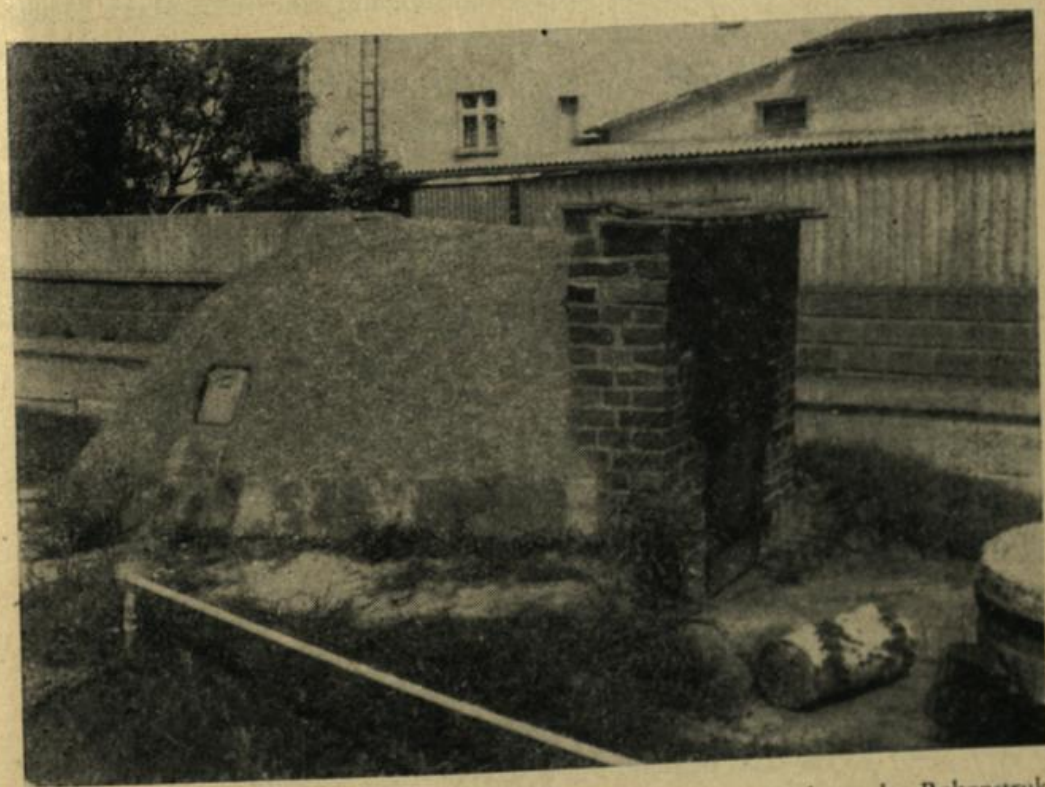
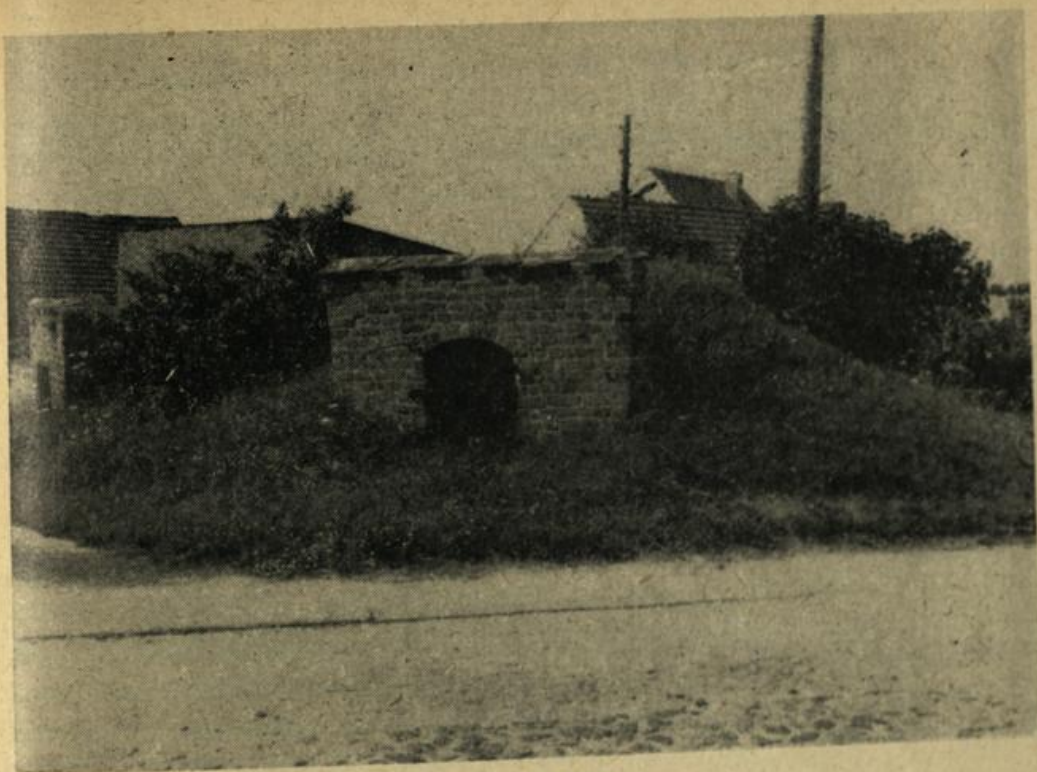


Zeichnung für einen öffentlichen Backofen in den Dörfern (Empfehlung der Kriegs- und Domänenkammer, nach 1767)

Wert legte. Der Ofenmaurer mit seinem Gehilfen schippte die 10 Fuß breite Grundfläche aus und zogen einen Graben für das Fundament. In den runden Teil wurden große Feldsteine eingegraben, die großen nach außen die kleinen in die Mitte mit Glasscherben ausgefüllt, 3 Fuß über die Erdoberkante und das Ganze mit Lehm ausgestrichen. Die Vorderfront wurde ebenfalls mit Lehm hochgemauert, denn Kalk durfte beim Backofenbau für diesen Zweck nicht verwendet werden. Zunächst mauerte der Maurer am Ofenloch die beiden Seiten hoch. Dazu verwendete er ein Stück vom alten Wagenreifen und legte es bei der gewünschten Höhe über das Ofenloch. Damit entstand eine Wölbung. Auf diese legte er die Steine hochkant. Dieser Bogen wurde etwa 3 Fuß hoch übermauert. Damit war die Vorderfront fertig. Links und rechts vom Ofenloch war je eine Nische. In der einen stand der Mehltopf, in der anderen lagen Stahl und Zunder. Nun begann die Backofenmaureri. Die Mauersteine wurden auf die flache Kante in kreisform gelegt, nach außen etwas höher. Es folgte die zweite Schicht; aber immer so, daß nicht Fuge auf Fuge kam. Etwa 2 Fuß hoch wurde immer rund gemauert. Mit Hilfe eines Holzbogens entstand durch die hochkant gesetzten Mauersteine die Wölbung. Es war ein Lehrgrüst. Nun begannen Maurer und Lehmer zwischen die auf dem Grüst liegenden Steine Lehm zu schütten, nach außen etwas mehr. Um die Trägfähigkeit zu erhöhen, wurde das Gewölbe wie eine „preußische Kappe“ gemauert. Dazu verwendete man nur leicht und keine hart gebrannten Steine, weil letztere leicht ausbrennen und platzen. Die leicht gebrannten Steine hingegen wurden beim Heizen des Backofens hart. Der Maurer achtete darauf, daß die Steine in der Vorderfront im Verband gemauert waren. Damit die Hitze die Vorderfront nicht auseinanderreißen konnte, wurden über dem Ofenloch eiserne Anker eingebaut. An den beiden Seiten und dem hinteren Teil des Ofens ließ der Maurer drei Rauchlöcher, die so angelegt waren, daß kein Regenwasser in den Ofen dringen konnte. Sie dienten dazu, nach dem der Rauch abgezogen war, beim Backen nicht die Hitze entweichen zu lassen, denn sie wurden, nachdem die Glut aus dem Ofen genommen war, mit Mauersteinen, die in einen feuchten Lappen gewickelt waren, zugestopft, oder wenn es der Bäuerin zu heiß erschien, wieder nach Bedarf herausgenommen. War alles genügend getrocknet, nahm der Ofenmaurer die Holzbögen aus dem Ofen heraus, machte ein kleines Feuer an, um denselben vorzuwärmen, aber auch undichte Stellen mit Hilfe des herausquellenden Rauches zu erkennen.

Nun folgte der nächste Arbeitsgang. Dazu wurde in der Nähe des Backofens auf einer ebenen Fläche ein Lehmhaufen hingeschüttet, eine Vertiefung gemacht und in diese Wasser hineingegossen, damit der Lehm zähe werden sollte. Das darüber gestreute recht glatte Stroh wurde mit den Beinen eingetretet, um beides zu vermischen. Schlechtes Stroh durfte nicht verwendet

breite
unden
leinen
ee und
ls mit
Zweck
ie bei-
n und
H eine
etwa
rechts
n der
. Die
ußen
Fuge
Hilfe
e die
hmer
ußen
eine
keine
leicht
Der
l ge-
ußen
iden
cher,
ante.
e die
dem
ge-
eder
der
euer
des
ens
ge-
den
ge-
det



Historischer Backofen in Emstal, Kreis Brandenburg-Land. Zustand vor der Rekonstruktion (oben) und nach der Rekonstruktion

werden. Nachdem alles gut vermischt war, kam wieder eine Schicht Lehm darüber, die erneut mit den Füßen vermischt wurde. Abermals folgte eine Schicht Stroh, bis man glaubte, es wäre genug. Der Haufen wurde von der Mitte her nach außen mit einem Misthaken, der nur einen Zinken hatte, auseinandergezogen. Die so erhaltenen einzelnen Stücke wurden als „Pese“ bezeichnet. Der Misthaken wurde dazu etwa 10 mal gedreht, bis sich der Lehm mit dem Stroh herumgewickelt hatte. Nun saß der Maurer (Lehmer) auf dem Backofen und sein Helfer stand auf einer Bank und langte die Pesen zu. Der Mann auf dem Backofen nahm die Stücke immer so, daß die dünnen Enden nach innen und die dicken nach außen zu liegen kamen. Dann begann der Lehmer alles von unten nach oben schön glatt zu streichen, damit der Ofen sauber aussah. Danach fugte der Maurer sehr sauber die Vorderfront. Solch Backofen sah dann von außen recht schön aus.

Anschließend wurde der „Herd“ (die Innenflächen des Ofens) gelegt. Vorn, innen am Ofenblock, lagen die Steine hochkant. Es folgte eine Schicht trockener, weißer Sand, in welche die Steine mit der flachen Seite hineingedrückt wurden, sodaß sie dennoch „ganz weich“ lagen. So ging es von vorn nach hinten in den Ofen hinein. Um die Rundung zu bekommen, mußten die letzten, außen liegenden Steine etwas abgeschlagen werden. Das ganze rieb der Maurer mit einem scharfen Mauerstein ab, um eine recht glatte Fläche zu erhalten. Befand sich zwischen den Steinen eine Fuge, dann mußte mit dem Mauerstein solange gerieben werden, bis das Steinmehl diese ausfüllte. Mitunter wurde alles mit feinem weißen Sand beworfen und durchgerieben. Die Rückstände kehrte der Maurer oder sein Helfer mit einem Handfeger (Gänseflügel) aus dem Ofen heraus. Der Herd mußte glatt sein, damit die Hausfrau nicht mit dem „Schützele“ (Schieber) beim Hereinschieben des Brotes oder beim Herausholen hängen blieb.

Der letzte Arbeitsgang war die Überdachung des Backofens und die Errichtung eines kleinen Vorraumes, in welchem das frisch gebackene Brot „aus der Hand gelegt“ werden konnte. Die Lebensdauer eines Backofens hing von seiner pfleglichen Behandlung ab. Dazu gehörte, daß er nach Ablauf einiger Jahre einen neuen „Rock“ bekommen mußte, d. h. die verwitterte Lehm-schicht mußte erneuert werden. Dann konnte er älter als ein Menschenleben werden.

Anmerkung

1. Staatsarchiv Potsdam, Pr. Br. Rep. 2 A Reg. Pdm, I Hb Nr. 2029.
Anlegen von Backöfen in den Dörfern 1767-1847
2. Weiden, Kurt: Amtsdorf Neuendorf, S. 278-285

Gründung der Bezirksarbeitsgruppe „Brandenburgische Sprachgeschichte“

Von Rolf Bock/Helmut Langner

Am 20. Februar 1986 wurde die Bezirksarbeitsgruppe „Brandenburgische Sprachgeschichte“ gegründet, die dem Bezirksfachausschuß „Kulturgeschichte/Volkskunde“ der Gesellschaft für Heimatgeschichte im Kulturbund der DDR zugeordnet ist. Die Mitglieder der Bezirksarbeitsgruppe wollen sich etwa zwei- bis dreimal im Jahr treffen und Ergebnisse von Untersuchungen zur Mundart und Umgangssprache in Kurzvorträgen vorstellen und diskutieren, Erfahrungen bei der Arbeit an diesen und anderen Themen der brandenburgischen Sprachgeschichte austauschen sowie versuchen, wichtige Arbeiten zu koordinieren. Daher ist anzustreben, auch in den Kreisen und Orten des Bezirkes Potsdam Arbeitsgruppen zur brandenburgischen Sprachgeschichte zu gründen, deren Arbeit durch die Bezirksarbeitsgruppe unterstützt werden kann.

Auf der Gründungsveranstaltung wurden drei Vorträge gehalten, die sich mit einigen Problemen der regionalen Sprachgeschichtsforschung beschäftigten. OL Rolf Bock erläuterte Grundzüge der brandenburgischen Sprachgeschichte sowie Besonderheiten der brandenburgischen Mundarten, indem er die zum Brandenburgischen (Märkischen) gehörenden Dialekte voneinander abgrenzte. Dozent Dr. Helmut Langner sprach über das gegenwärtige Verhältnis der Existenzformen Literatursprache (Schriftsprache), Umgangssprache und Mundart zueinander, insbesondere über den Einfluß der Umgangssprache auf die Literatursprache. Er wies auf die dringende Notwendigkeit hin, die Umgangssprache – auch im Interesse der allgemeinbildenden Schulen – umfassend zu erforschen. Dr. Wolfgang Dost stellte die Sprachsituation in der Prignitz vor und demonstrierte an Hand von instruktiven Beispielen die Bewertung von Mundart, Umgangssprache und Literatursprache durch Bewohner dieses Sprachraumes im Norden des Bezirkes Potsdam.

Der Bezirksarbeitsgruppe und den Arbeitsgruppen in den Orten und Kreisen muß es in erster Linie darum gehen, den Sprachgebrauch in Vergangenheit und Gegenwart als Zeugnis für die Auseinandersetzung des Menschen mit der objektiven Realität zu erfassen und damit die Sprache als spezifisches Element des kulturellen Erbes zu erschließen und zu pflegen. Im Vordergrund stehen Untersuchungen zur Mundart und Umgangssprache, speziell zu ihrem Gebrauch und zu ihrer Entwicklung im 19. und im 20. Jahrhundert.

Dabei sind Sprachgebrauch und Sprachverhalten als Bestandteile der Kultur und Lebensweise der Menschen zu betrachten, also stets in größere Zusammenhänge einzuordnen; denn die Entwicklung der Sprache als Ganzes, der Teilsysteme und der Sprachverwendung sind gesellschaftlich (sozial und historisch) determiniert.

Im einzelnen geht es um die Lösung folgender Aufgaben, die selbstverständlich nicht überall und nicht zu gleicher Zeit zu erfüllen sind:

- (1) Erforschung des Gebrauchs und der Entwicklung von Mundart und Umgangssprache, Erschließung von Mundartdichtungen aus Vergangenheit und Gegenwart,
- (2) Untersuchungen zum Sprachgebrauch einzelner sozialer Gruppen, Klassen und Schichten,
- (3) Untersuchungen zum Sprachgebrauch im Zusammenhang mit bestimmten Feiern, Festen und anderen Bereichen der Lebensweise,
- (4) Erforschung von Personen-, Flur-, Straßen- und Ortsnamen, und zwar unter besonderer Berücksichtigung der starken Veränderungen in der jüngsten Vergangenheit,
- (5) Sammlung und Erläuterung von Sagen, Märchen und anderen volkskundlichen Überlieferungen im Bezirk Potsdam,
- (6) Erschließung von Ortschroniken und anderen älteren Texten unter sprachhistorischen Gesichtspunkten; bei der Lösung dieser Aufgabe ist eine enge Zusammenarbeit mit den Ortschronisten bzw. mit entsprechenden Arbeitsgemeinschaften erforderlich.

Bei der Bearbeitung aller Themen sind auch die Faktoren und Bedingungen zu beachten, die den Sprachgebrauch bestimmter Gruppen beeinflussen und die u. a. ihren Ausdruck in der Haltung der Menschen zur Mundart, zur Umgangssprache und zur Literatursprache finden.

Die Bezirksarbeitsgruppe „Brändenburgische Sprachgeschichte“ hofft, daß sich in vielen Kreisen des Bezirks Bundesfreunde für die Lösung dieser und anderer Aufgaben interessieren und in Arbeitsgruppen zusammenschließen. Informationen und Anfragen zu entsprechenden Vorhaben sowie zur Mitarbeit in der Bezirksarbeitsgruppe sind an den Bezirksfachausschuß „Kulturgeschichte/Volkskunde“ beim Bezirksvorstand der Gesellschaft für Heimatgeschichte zu richten.

Bibliographie

Bearbeitet von Dorothee Geßner

Allgemeines

Badstübner, Ernst: Kirchen der Mönche: d. Baukunst d. Reformorden im Mittelalter. – 1. Aufl. – Leipzig: Koehler & Amelang, 1984. – 290 S.: Ill.

Corpus archäologischer Quellen zur Frühgeschichte auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik (7.–12. Jh.). – Berlin: Akad.-Verl. Lfg. 4. Bezirke Cottbus, Dresden, Karl-Marx-Stadt, Leipzig. – 1985. – Textband & Tafelteil

Heimatgeschichtliche Arbeit – Positionen, Probleme, Erfahrungen/Kulturbund d. DDR. – Berlin, 1985. – 84 S. – (Heimatgeschichte; H. 18.)

Die Slawen in Deutschland. – 4., Neubearb. Aufl. – Berlin: Akad.-Verl., 1985. – 530 S.: Ill.

Wurlitzer, Bernd: Museen: Galerien, Sammlungen, Gedenkstätten. – 2. Aufl. – Berlin; Leipzig: Tourist-Verl., 1985. – 208 S.

Mark Brandenburg

Bodenfunde und Heimatforschung/Bezirkfachausschüsse für Ur- und Frühgesch. d. Bez. Berlin, Cottbus, Frankfurt, Potsdam. 14. – 1985. – 64 S.: Ill.

Das Edikt von Potsdam 1685: d. franz. Einwanderung in Brandenburg-Preußen . . .; Ausstellung d. Staatl. Schlösser u. Gärten Potsdam-Sanssouci. – Potsdam, 1985. – 108 S.: Ill. & Anl.

Fischer, Gerhard: Die Hugenotten in Berlin. – Berlin, 1985. – 70 S. – (Hefte aus Burgscheidungen; 229/230)

Gustavs, Sven: Geschützte Bodendenkmale der Bezirke Potsdam, Cottbus und Frankfurt/O. / Sven Gustavs; Friedrich Plate. – Potsdam, 1985. – 87 S.: Ill.

Menzel, Walter: Die Brandenburgische Städtebahn. – 1. Aufl. – Berlin: Transpress, 1984. – 184 S.: Ill.

Naturschutzarbeit in Berlin und Brandenburg/Hrsg.: Akad. d. Landwirtschaftswissenschaften d. DDR; Räte d. Bezirke Potsdam . . . – Potsdam. – Jg. 21. – 1985. – Heft 1–3

Urban, Karl: Die Vereinigung von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in der Provinz Brandenburg: d. Beginn d. antifaschist.-demokrat. Umwälzung 1945-1946 / Karl Urban; Joachim Schulz. - Geschichte der Landesparteiorganisation Brandenburg der SED 1945-1952 / Autorenkoll. Hrsg.: Bezirksleitung Potsdam d. SED, Komm. zur Erforschung d. Gesch. d. örtl. Arbeiterbewegung. - Potsdam, 1985. - 172 S.: Ill.

Bezirk Potsdam

Regionalgeschichtliche Dokumente aus dem Havelbezirk / Hrsg.: Bezirksleitung Potsdam d. SED. - Potsdam.

Heft 1. Als unsere Republik entstand. - 1985. - 24 S.: Ill.

Heft 2. Ernst Thälmann in Brandenburg, Prieros und Ziegenhals. - 1985. - 44 S.: Ill.

Gleditzsch, Wolfgang: Die SED-Bezirksparteiorganisation als Organisator des Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus im Havelbezirk (1952-1955) / W. Gleditzsch; Manfred Uhlemann. Hrsg.: Bezirksleitung Potsdam d. SED, Geschichtskomm. - Potsdam, 1985. - 176 S.: Ill.

Potsdam - Stadt und Kreis

Bussler, Robert: Der Rafael-Saal: Verz. d. im Königl. Orangeriehaus zu Sans-Souci auf allerhöchsten Befehl aufgestellten Copien nach Gemälden von Rafael Sanzio. - Nachdr. d. 2. Aufl. Berlin 1861. - Potsdam, 1983. - 64 S.: Ill.

Filmgeschichte im Museum: Filmmuseum d. DDR Potsdam. - Berlin: Henschelverl. Kunst u. Gesellschaft, 1984. - 93 S.: Ill.

Grützner, Günter: Cecilienhof 1945: histor. Fotos d. Potsdamer Konferenz / G. Grützner; R. Heise-Schirdewan. - 2., stark überarb. Aufl. - Potsdam, 1985. - 60 S.: Ill.

Potsdam 1750-1850 / Hrsg. Generaldirektion Staatl. Schlösser u. Gärten Potsdam-Sanssouci. - Potsdam, 1985. - 10 Bl.

Potsdamer Schlösser in Geschichte und Kunst / Staatl. Archivverwaltung d. DDR; Staatl. Schlösser u. Gärten Potsdam-Sanssouci. - 2. Aufl. - Potsdam, 1984. - 208 S.: Ill.

Ratgeber für den Bürger der Stadt Potsdam / Rat d. Stadt. - Potsdam, 1985. - 223 S.

Ruinen mahnen: künstlerische Zeugnisse d. Zerstörung Potsdams im April 1945; Ausstellung d. Potsdam-Museums . . . - Potsdam, 1985. - 24 S.: Ill.

Einzelne Kreise

Belziger Heimatkalender / Rat d. Kreises Belzig, Abt. Kultur. 1986. – 1985. – 56 S.: Ill.

Aktivisten der ersten Stunde: Lebensbilder antifaschistischer Widerstandskämpfer / Autoren: Gerhard Prill; Walter Jekal. Hrsg.: Kreisleitung *Pritzwalk* d. SED, Gesch.-Komm. – Pritzwalk, 1983. – 35 S.: Ill.

Beiträge aus der Geschichte der Kreisparteiorganisation *Pritzwalk* der SED 1952–1961 / Hrsg.: Kreisleitung Pritzwalk d. SED, Gesch.-Komm. – Pritzwalk, 1985. – 31 S.: Ill.

Dank Euch ihr Sowjetsoldaten: zur Befreiung d. Kreises *Jüterbog* 1945 / Hrsg.: Kreisleitung Jüterbog d. SED. – Jüterbog, 1985. – 56 S.: Ill.

Heimatkalender für den Kreis *Jüterbog* / Rat d. Kreises Jüterbog, Abt. Kultur. – Jüterbog.

Jg. 1. 1986. – 1986. – 56 S.: Ill.

Sie standen in der Reihe der Sieger / Kreisleitung *Königs Wusterhausen* d. SED. – Königs Wusterhausen, 1985. – 48 S.: Ill.

Rathenower Heimatkalender / Kulturbund d. DDR, Kreisleitung Rathenow. Jg. 30. 1986. – 1985. – 96 S.: Ill.

Heimatkalender für den Kreis *Zossen* / Rat d. Kreises, Zossen, Abt. Kultur. Jg. 29. 1986. – 1985. – 96 S.: Ill.

Einzelne Orte

Chronik der Stadt *Brandenburg* (Havel) / Autor: Vera Langnickel. Hrsg.: Rat d. Stadt, Abt. Kultur. – Brandenburg/H.

Mai 1955 bis Juli 1958. – 1984. – 56 S.: Ill.

Juli 1958 bis August 1961. – 1985. – 48 S.: Ill.

1385–1985: 600 Jahre *Dippmannsdorf* Kreis Belzig; Dorfchronik / Rat d. Gemeinde. – Dippmannsdorf, 1985. – 32 S.: Ill.

Schumann, Ilse: Von der Städtischen Volksbibliothek *Jüterbog* zur Stadt- und Kreisbibliothek / hrsg. von d. Wissenschaftl. Allgemeinbibliothek d. Bez. Potsdam. – Potsdam, 1985. – 46 S.

Kühle, Barbara: Die Todesmärsche der Häftlinge des KZ *Sachsenhausen* / Nationale Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen. – Oranienburg, 1985. – 52 S.: Ill.

Blütenstadt *Werder/Havel* / Kulturbund d. DDR, Ortsgruppe Werder, 1986. – 1985. – 63 S.: Ill.

Personen

Ein Garten der Erinnerung: 7 Kap. von u. über Karl *Foerster* / hrgs. von Eva Foerster u. Gerhard Rostin. – 2., überarb. Aufl. – Berlin: Union-Verl., 1985. – 439 S.: Ill.

Das Wirken Friedrich Eberhard von *Rochow* und die Wahrung seines progressiven Erbes in der sozialistischen Schulentwicklung: Kolloquium 12. Okt. 1984. – Potsdam: Pädag. Hochschule, 1985. – 87 S. (Schriften zur Traditionspflege)

Friedrich Eberhard von *Rochow* (1734–1805): zum fortschrittlichen pädag. Erbe d. märkischen Schulreformators / Rat d. Bezirkes, Abt. Volksbildung. – Potsdam, 1984. – 47 S.: Ill.

Autorenverzeichnis

Oberlehrer Rolf Bock, Mitglied der Bezirksarbeitsgruppe
„Brandenburgische Sprachgeschichte“

Werner Bytry, Diplomgesellschaftswissenschaftler, Lehrer an der Bezirks-
partei-schule „Friedrich Engels“ Berlin

Dororthee Geßner, Mitglied des Bezirksvorstandes der Gesellschaft für Hei-
matgeschichte, Wissenschaftliche Allgemeinbibliothek, Potsdam

Jürgen Koppatz, Mitglied der Fachgruppe Numismatik, Potsdam-Museum,
Potsdam

Dr. sc. Helmut Langner, Dozent, Mitglied des Bezirksvorstandes der Gesell-
schaft für Heimatgeschichte, Pädagogische Hochschule „Karl Liebknecht“,
Potsdam

Christa Plate, Museum für Ur- und Frühgeschichte Potsdam

Friedrich Plate, Museum für Ur- und Frühgeschichte Potsdam

Prof. em. Dr. phil. habil. Gerhard Steiner, Berlin

Kurt Weiden, Potsdam – Babelsberg